



Landtag von Baden-Württemberg

105. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 21. Februar 2001 • Haus des Landtags

Beginn: 9:35 Uhr

Schluss: 15:37 Uhr

INHALT

- Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten 8253
- Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Dr. Schlierer . 8253
- Begrüßung des Botschafters der Republik Burundi, Herrn Aloys Mbonayo, und des für das Land Baden-Württemberg zuständigen Honorarkonsuls der Republik Burundi, Herrn Dietrich von Berg 8317
1. Aktuelle Debatte – **Rot-grüne Rentenvorschläge: Statt für die Bürger verlässlich und sozial ausgewogen steuerliche Ungereimtheiten und neue Bürokratien** – beantragt von der Fraktion der CDU 8253
- Abg. Mayer-Vorfelder CDU 8253, 8264
- Abg. Maurer SPD 8255, 8265
- Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen 8257, 8267
- Abg. Dr. Noll FDP/DVP 8259, 8269
- Abg. Rapp REP 8260, 8271
- Minister Stratthaus 8261, 8272
2. Große Anfrage der Fraktion der SPD mit der Antwort der Landesregierung – **Zukunft der Unterrichtsversorgung** – Drucksache 12/5191 8273
- Abg. Zeller SPD 8273, 8286
- Abg. Rau CDU 8275, 8280
- Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen . . 8276
- Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP 8278
- Abg. König REP 8279
- Staatssekretär Köberle 8281
3. **Fragestunde** – Drucksache 12/6011
- 3.1 Mündliche Anfrage des Abg. Gerhard Weiser CDU – **Ökologischer Landbau** 8288
- Abg. Weiser CDU 8288, 8289, 8290
- Ministerin Gerdi Staiblin 8289, 8290
- Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen . 8289, 8290
- Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen . 8289
- 3.2 Mündliche Anfrage des Abg. Gerhard Weiser CDU – **Hektarerträge bei Weizen und Getreidepreisausgleich der EU** 8290
- Abg. Weiser CDU 8290, 8291
- Ministerin Gerdi Staiblin 8290, 8291
- 3.3 Mündliche Anfrage des Abg. Heinz Troll REP – **Subventionen für Lebendtiertransporte** zurückgezogen
- 3.4 Mündliche Anfrage des Abg. Peter Hauk CDU – **Erste bekannt gewordene Hormonproblematik** 8291
- Abg. Hauk CDU 8291, 8292
- Ministerin Gerdi Staiblin 8292
- 3.5 Mündliche Anfrage des Abg. Peter Hauk CDU – **Massentierhaltung mit strafrechtlichen Folgen** 8292
- Abg. Hauk CDU 8292
- Ministerin Gerdi Staiblin 8292
- Abg. Weiser CDU 8292

<p>3.6 Mündliche Anfrage der Abg. Helga Solinger SPD – Die weitere Entwicklung der neu gegründeten Hochschule der Medien in Stuttgart 8293</p> <p>Abg. Helga Solinger SPD 8293</p> <p>Staatssekretär Sieber 8293, 8294</p> <p>3.7 Mündliche Anfrage der Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen – Stuttgart 21 . . . 8294</p> <p>Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen 8294, 8296, 8297</p> <p>Minister Ulrich Müller 8294, 8296, 8297, 8298, 8299, 8300</p> <p>Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen . . . 8296, 8298</p> <p>Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen 8296, 8298</p> <p>Abg. Deuschle REP 8297, 8298</p> <p>Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen . 8298, 8300</p> <p>Abg. Dr. Noll FDP/DVP 8299</p> <p>Abg. Eigenthaler REP 8300</p> <p>4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Neuorganisation der Naturschutzverwaltung und zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes – Drucksache 12/5916</p> <p>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländlichen Raum und Landwirtschaft – Drucksache 12/6021 8300</p> <p>Abg. Göbel CDU 8301</p> <p>Abg. Dr. Caroli SPD 8302</p> <p>Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen 8303</p> <p>Abg. Kiel FDP/DVP 8304</p> <p>Abg. Eigenthaler REP 8306, 8311</p> <p>Ministerin Gerdi Staiblin 8308</p> <p>Staatssekretär Dr. Mehrländer 8308</p> <p>Beschluss 8309</p> <p>5. Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 1. Dezember 2000 – Bericht der Landesregierung von Baden-Württemberg über entwicklungspolitische Maßnahmen in den Jahren 1998/1999 – Drucksachen 12/5790, 12/5915 8311</p> <p>Abg. Wieser CDU 8311, 8315</p> <p>Abg. Schmiedel SPD 8311</p> <p>Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen 8312</p> <p>Abg. Dr. Glück FDP/DVP 8313</p> <p>Abg. Dr. Schlierer REP 8314</p> <p>Staatssekretär Dr. Mehrländer 8316</p> <p>Beschluss 8316</p>	<p>6. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 21. September 2000 – Denkschrift 1999 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1997 (Nr. 22) – Kostenvergleich bei den Kliniken für Mund-, Zahn- und Kiefer-Heilkunde – Drucksachen 12/5555, 12/5998 8317</p> <p>Beschluss 8317</p> <p>7. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 8. Januar 2000 – Denkschrift 2000 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1998 (Nr. 28) – Zusammenarbeit der Fachhochschulen mit der Steinbeis-Stiftung für Wirtschaftsförderung – Drucksachen 12/5900, 12/5999 8317</p> <p>Beschluss 8317</p> <p>8. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 4. Januar 2001 – Denkschrift 1999 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1997 (Nr. 18) – Die Einheitsbewertung des Grundbesitzes – Drucksachen 12/5886, 12/6000 . 8317</p> <p>Beschluss 8317</p> <p>9. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 12/5988, 12/5990, 12/6012, 12/6013, 12/6014, 12/6015, 12/6016 8317</p> <p>Beschluss 8317</p> <p>10. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksachen 12/5983, 12/5984, 12/6009, 12/6010 8317</p> <p>Beschluss 8317</p> <p>11. Kleine Anfragen – Drucksachen 12/5922, 12/5932, 12/5948, 12/5949 8318</p> <p>12. Abgeordnetenbriefe 8318</p> <p>13. Schlussansprache des Präsidenten 8318</p> <p>Anlage</p> <p>Statistische Angaben über die Arbeit des 12. Landtags von Baden-Württemberg 8322</p>
---	--

Protokoll

über die 105. Sitzung vom 21. Februar 2001

Beginn: 9:35 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 105. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Dienstlich verhindert sind heute Herr Ministerpräsident Teufel, die Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Frau Dr. Schavan, und Herr Sozialminister Dr. Repnik.

Meine Damen und Herren, heute hat Herr Kollege Dr. Schlierer Geburtstag. Ich gratuliere Ihnen, Herr Kollege Schlierer, sehr herzlich und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall bei den Republikanern sowie Abgeordneten der CDU, der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben sich darauf verständigt, heute ohne Mittagspause durchzutagen. Die Fragestunde wird daher am späten Vormittag wie vorgesehen als Tagesordnungspunkt 3 aufgerufen. – Sie sind damit einverstanden.

Wir treten dann in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Rot-grüne Rentenvorschläge: Statt für die Bürger verlässlich und sozial ausgewogen steuerliche Ungereimtheiten und neue Bürokratien – beantragt von der Fraktion der CDU

Es gelten die üblichen Redezeiten: Gesamtdauer 50 Minuten ohne Anrechnung der Redezeit der Regierung, fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Gerhard Mayer-Vorfelder.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen und der Republikaner – Heiterkeit – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Ehre, wem Ehre gebührt! – Abg. Nagel SPD: Zum Abschluss bleibt uns auch nichts erspart! Und dann noch am letzten Tag! Mein lieber Mann! – Weitere Zurufe)

Abg. Mayer-Vorfelder CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist natürlich auch für mich etwas Besonderes, wenn zum letzten Mal zum Appell geblasen wird,

(Heiterkeit – Abg. Birzele SPD: Das ist der Weckruf!)

und wenn man sich nach 21 Jahren mit einem Redebeitrag von diesem hohen Haus verabschiedet, dann bewegt einen das schon ein wenig.

Nun hat man mich heute für diese Aktuelle Debatte eingeteilt.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Haben Sie sich einteilen lassen? – Weitere Zurufe)

Mir wäre es natürlich lieber gewesen – nachdem ich heute die Zeitung gelesen habe –, wenn ich gestern da gewesen wäre und etwas zum EnBW-Verkauf gesagt hätte.

(Zuruf des Abg. Maurer SPD)

Denn es ist schon köstlich, wenn man die Zeitung liest, Herr Maurer, all die Widersprüche zu entdecken. Sie beklagen, dass Haus und Hof verkauft werden, und Ihre Spitzenkandidatin will die LBBW auch gleich noch verkaufen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Fällt Ihnen auch etwas zur Rente ein?)

Wenn man ein bisschen Abstand gewonnen hat, fällt einem solche Widersprüchlichkeit schon auf.

Bin ich jetzt schon bei vier Minuten, oder habe ich noch vier Minuten?

(Heiterkeit – Abg. Maurer SPD: Das geht schnell! – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Die Uhr läuft noch nicht! – Abg. Drexler SPD: Wenn man nicht mehr Minister ist, muss man schneller sprechen!)

Ich nehme an, dass der Herr Präsident mit Einwilligung des hohen Hauses heute mit mir etwas großzügiger umgeht.

(Erneute Heiterkeit – Zurufe von der SPD: Nein, nein!)

Auf der Tagesordnung steht: Aktuelle Debatte zur Rentenreform.

(Abg. Drexler SPD: So geht es nicht!)

Der Bundeskanzler ist ja heute in Stuttgart; vielleicht hätte man ihn als Gastredner hier gewinnen können. Das wäre eigentlich sehr interessant gewesen.

(Abg. Rapp REP: Lieber nicht!)

(Mayer-Vorfelder)

Ich halte die Aktuelle Debatte schon für gut.

(Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich halte sie deshalb für gut,

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Haben Sie gemerkt, was die CDU damit will?)

weil das Meisterwerk, das da vollbracht worden ist, der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden darf.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hans-Michael Bender CDU: So ist es!)

Man hat die Rentenreform schön auseinander dividiert und hat einen Teil verabschiedet. Der andere Teil wird im Vermittlungsausschuss behandelt werden. Wenn ich den Bundeskanzler in der Vergangenheit richtig verstanden habe, hat er immer gesagt: Die private Vorsorge ist das Herzstück der Rentenreform. Deshalb müsste im Vermittlungsausschuss, wenn über das Herzstück gesprochen wird, eigentlich das ganze Thema und nicht nur die private Vorsorge noch einmal aufgerufen werden.

(Abg. Rückert CDU: So ist es!)

Man hat ja seine Erfahrungen mit dem Vermittlungsausschuss. Dass dort noch einmal eine große Debatte stattfindet, glaube ich gar nicht. Da wird in irgendwelchen Hinterzimmern – das verstehen Sie ja prima –

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Sie dagegen nicht!)

mit den Ministerpräsidenten noch ein wenig gekungelt. Wenn die neue Finanzverfassung und der Finanzausgleich sowieso verfassungswidrig sind, dann kommt es auch nicht darauf an, dass man sie noch etwas mehr verfassungswidrig macht. Vielleicht geben Sie Bremen die Hafencosten zurück.

(Abg. Bebber SPD: Der Experte spricht!)

Wahrscheinlich haben Sie dann die Zustimmung von Bremen.

(Abg. Bebber SPD: Der Experte spricht!)

Ich habe auch all das, was der Bundeskanzler im Wahlkampf gesagt hat,

(Abg. Bebber SPD: Das ist gut!)

noch gut in Erinnerung. Ich weiß noch, wie er gesagt hat, er wolle nicht alles anders machen, aber vieles besser.

(Abg. Maurer SPD: Stimmt ja auch! – Abg. Bebber SPD: Jetzt! Hervorragend!)

– Ob ihm das mit der Rentenreform gelungen ist? Ich glaube, da zweifeln auch Sie, Herr Maurer.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Unruhe)

Denn da ist zwar vieles anders, aber praktisch alles schlechter gemacht worden.

(Abg. Bebber SPD: Jetzt zur Rente!)

Nun habe ich mich natürlich in die Problemstellungen eingeleitet. Das Interessante ist, dass du außer den Reden der Ministerpräsidenten der SPD im Bundesrat überhaupt niemanden findest, der etwas Positives zu dieser Sache sagt.

(Abg. Rückert CDU: So ist es!)

Es gibt überhaupt keine Experten, gleichgültig aus welchem Lager sie kommen, die diese Rentenreform als glücklich ansehen.

(Abg. Drexler SPD: Sagen Sie mal etwas Negatives dazu!)

– Das kommt gleich. Dem Manne kann geholfen werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Er hat noch eine halbe Stunde Zeit! – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Nur Geduld! – Unruhe)

Das Problem ist, dass Sie gewisse Schwierigkeiten bei den Grundrechenarten haben. Denn all das, was in der Rentenreform gerechnet worden ist, ist geschönt, wenn es nicht gar getürkt ist. Wenn wir schon beim Rechnen sind: Da wird gesagt, man sei in der Lage, das bis 2030 zu berechnen. Wenn eines sicher ist, dann das: Diese Rentenreform wird das Jahr 2030 nicht erleben.

(Beifall des Abg. Haasis CDU – Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Die Halbwertszeit dieser Rentenreform wird sehr kurz sein, schon deshalb, weil das Bundesverfassungsgericht in Kürze ein Urteil über die Besteuerung der Renten treffen wird. Das hat selbst Herr Eichel gesehen.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Hätte man deshalb nichts machen sollen? – Abg. Bebber SPD: Jetzt müssen Sie lediglich zum Ende kommen! – Abg. Birzele SPD: Die Uhr ist abgelaufen!)

Deshalb ist einiges in einer Last-Minute-Aktion vom Tisch genommen worden.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Dieses Urteil des Bundesverfassungsgerichts – das wissen Sie genauso gut wie ich –

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

wird diese ganzen Formeln über den Haufen werfen.

Ich will Ihnen – –

(Abg. Bebber SPD: Zum Schluss! – Abg. Birzele SPD: Die Uhr ist abgelaufen!)

– Nein, nein. Ich bin noch lange nicht am Schluss.

(Heiterkeit – Zurufe von der SPD)

Verderben Sie mir jetzt meine letzte Rede nicht, indem Sie jetzt noch auf die Zeit sehen! Ich kann ja auch zehn Minuten reden. Dann spreche ich in der zweiten Runde gar nicht mehr.

(Mayer-Vorfelder)

(Widerspruch bei der SPD – Zurufe der Abg. Drexler und Bebbler SPD – Abg. Deuschle REP zur SPD: Seid doch mal ruhig!)

Ich will Ihnen noch Folgendes sagen: Diese Rentenreform ist schlampig gerechnet. Man hat nicht den Konsens gesucht. Man hat lieber auf die Gewerkschaften gehört. Man hat keinen Mut zur Wahrheit gehabt. Dass das schlampig gerechnet ist, muss ja jedem Laien einleuchten: Wenn wir früher ein Verhältnis von Arbeitnehmern zu Rentnern von 8 : 1 hatten und dieses Verhältnis in den nächsten Jahren auf 2 : 1 zurückgehen wird und im Jahr 2030 etwa 1 : 1 betragen wird, dann können Sie diese Formel nur aufrechterhalten, wenn der Bundeszuschuss für die Renten ins Unermessliche steigt.

Ihr Kollege Metzger

(Oh-Rufe von der SPD)

hat schöne Berechnungen darüber angestellt, dass der staatliche Zuschuss schon in den nächsten vier Jahren auf 134 Milliarden DM steigen wird.

(Abg. Bebbler SPD: Sie überziehen maßlos! – Abg. Nagel SPD: Jetzt brauchen Sie schon grüne Experten!)

Ich will noch ein Wort sagen.

(Abg. Bebbler SPD: Maßlos überzogen! – Abg. Nagel SPD: Hier gibt es keine Nachspielzeit! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Das Schöne ist, dass Sie dann wahrscheinlich auch nicht mehr im Landtag sind und nicht mehr dazu Stellung nehmen müssen, wenn das Jahr 2030 aufläuft,

(Heiterkeit des Abg. Rech CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

wenn die Katastrophe dann vollkommen wird.

Ich will noch ein Wort zur privaten Vorsorge sagen.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Diese private Vorsorge ist schon ein Schelmenstück. Sie sind Weltmeister darin – da kann man Sie nicht übertreffen –, bürokratische Hürden aufzurichten.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Was für ein Stuss!)

Was mit diesen bürokratischen Hürden aufgebaut wird, ist ungeheuerlich: zwölf Bedingungen. Wie sollen die einfachen Bürger überhaupt verstehen, was da gemacht wird? Die SPD spricht immer vom mündigen Bürger. Wenn man dem Bürger nicht einmal so viel traut, dass man ihm das Geld in einem Zug auszahlt, weil man vielleicht meint, der verprasst das Geld sofort, dann ist das doch ungeheuerlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Bebbler SPD: Merken Sie nicht, dass Sie längst in der Kabine sind?)

Wenn Sie eine private Vorsorge einführen wollen, dann studieren Sie einmal in der Schweiz oder in England, wie die das dort gemacht haben,

(Abg. Drexler SPD: Schweiz ist okay!)

nämlich mit einem größeren Risikofaktor und mit anderen Beträgen, damit sich das letzten Endes auszahlt.

Wenn über die private Vorsorge noch einmal gesprochen wird – und darüber muss gesprochen werden –, dann muss das private Wohnungseigentum einbezogen werden, denn das ist das liebste Kind der Deutschen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Deuschle REP)

Außerdem muss eine Regelung gefunden werden, dass die Altverträge im Versicherungsbereich umgestellt werden, sodass diese auch für diese Maßnahme verwendet werden können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Deuschle REP – Abg. Bebbler SPD: Ich sage nur „Balakov“!)

Erst dann haben Sie das Recht, von privater Vorsorge zu reden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Eine beklagenswerte Rede – wie der Zustand des VfB! – Abg. Brechtken SPD: Wir machen lieber gleich den Sport!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Mayer-Vorfelder, ich habe mich extra selber

(Abg. Haasis CDU: Vorbereitet!)

eingeteilt, weil ich gedacht habe, es wird wieder so richtig wie in alten Zeiten. Aber das geht jetzt nicht.

(Heiterkeit bei der SPD)

Denn durch die Tatsache, dass Sie zum Thema nichts gesagt haben, bin ich völlig entwaffnet.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drautz FDP/DVP: Überraschungseffekt! – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Die Ohren ein bisschen ausputzen, Herr Kollege Maurer!)

Da ich also nicht weiß, wie ich mich brutal auseinander setzen soll mit etwas, was gar nicht gesagt worden ist,

(Heiterkeit bei der SPD)

nehme ich in meiner Verzweiflung wie schon des Öfteren eine Anleihe beim Kollegen Oettinger.

(Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(Maurer)

Ich zitiere aus der „Südwest Presse“ vom 13. November 2000:

Oettinger will Ja sagen.

Das ist schon mal gut.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Er ist doch schon verheiratet!)

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg, Günther Oettinger, hat Zustimmung zur geplanten Rentenreform signalisiert. Bei einer Veranstaltung des Deutschen Familienverbands in Esslingen sagte der Politiker, er trage die wesentlichen Bausteine der Reform mit: Höherbewertung der Kindererziehungszeiten, Einstieg in die private Altersvorsorge

(Abg. Haasis CDU: Ein paar richtige Sachen hat es ja drin!)

und Berücksichtigung der Erziehungszeiten bei der geplanten Absenkung der Hinterbliebenen-Versorgung.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Er habe auch nichts gegen die Höhe der Förderbeiträge beim Einstieg in die private Rentenversicherung.

(Abg. Birzele SPD: Weiß das der MV?)

Über einiges sei zwar noch zu sprechen, aber er sehe keinen Grund zur Ablehnung.

Der Mann hat Recht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Brechtken SPD: Guter Mann!)

Das war noch in der Zeit, als Sie noch nicht auf dem Trip waren, dass es ein Wahlkampfhit sein soll, die Rentenreform zu bekämpfen.

(Abg. Haas CDU: Das war nach dem siebten von 14 Entwürfen!)

Mittlerweile haben Sie sich entschieden, das für einen Wahlkampfhit zu halten. Ich halte das für einen großen Fehler.

Ich sage Ihnen: Die wesentlichen Punkte dieser überfälligen Rentenreform bestehen darin, dass das Rentenniveau nicht, wie Sie es mit Ihrem demographischen Faktor vorhatten, auf 64 % abgesenkt wird – das wollen wir nicht in Vergessenheit geraten lassen –, sondern dass es sich bei 67 % bewegt.

(Abg. Döpfer CDU: Schön wärs!)

Das ist übrigens die Zahl, die der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger vorgegeben hat.

(Abg. Helga Solinger SPD: Der weiß es besser!)

Mit dem müssen Sie sich also auseinander setzen, wenn Ihnen das nicht passt.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ja auch nur logisch, dass man, wenn man künftig erwartet, dass die Bevölkerung in die private Vorsorge mit einbezahlt, das bei der Berechnung der Nettoeinkommen berücksichtigt.

Zweitens: Dies ist eine Rentenreform, die – neben diesen 67 %; wohlgemerkt, Sie wollten 64 % – einen Einstieg in eine zusätzliche kapitalgedeckte Altersvorsorge bedeutet.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Das wird von der Bundesregierung in einem Ausmaß gefördert, das man wirklich einmal würdigen muss. Im Jahr 2008 wird der Staat zu diesem Aufbau einer privaten Altersvorsorge 20 Milliarden DM zuschießen. Das ist doch ein Wort, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Zurufe der Abg. Ingrid Blank und Haas CDU)

Ich möchte einmal wissen, warum Sie das im Bundesrat ablehnen wollen. Das ist nämlich der eine Punkt, der im Bundesrat zur Abstimmung stehen wird.

(Abg. Haas CDU: Das wird nicht abgelehnt!)

Insbesondere ist der Zuschuss für den Aufbau einer privaten Altersvorsorge

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

dann am höchsten, wenn man beispielsweise zwei Kinder hat und über ein mittleres Einkommen verfügt. Was haben Sie daran eigentlich auszusetzen? Wer diesen Weg beschreitet, wer zusätzlich zu diesem Rentenniveau von 67 % mit erheblicher staatlicher Hilfe auch noch private Anstrengungen unternimmt – der Staat wird dabei in vielen Fällen weit mehr als die Hälfte dessen zahlen, was eingezahlt wird –,

(Zurufe von der CDU)

wird sich in einer weit besseren Situation befinden, als wenn es nach dem Modell Blüm gegangen wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Danach wäre ein Niveau von 64 % erreicht worden

(Abg. Haas CDU: 65,5!)

und hätte es keine vom Staat geförderte private Altersvorsorge gegeben. Das ist die schlichte Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Sie werden im Bundesrat auch noch darüber abstimmen,

(Abg. Haas CDU: Sagen Sie einmal etwas zum Häusle, Herr Maurer! Das ist wichtig für Baden-Württemberg! – Gegenrufe von der SPD)

ob in Deutschland endlich Schluss sein soll – das wollen wir – mit der so genannten verschämten Altersarmut vor allem von Frauen. Darüber werden Sie auch abstimmen.

(Maurer)

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Weiser: Frauen werden benachteiligt!)

Es ist der Wille des Bundesgesetzgebers,

(Abg. Haas CDU: Frauen zu schröpfen!)

dass anders als bisher nicht alte Frauen mit kümmerlichem Einkommen zu Hause bleiben, weil sie sich nicht trauen, aufs Sozialamt zu gehen, und weil sie vor allem nicht wollen, dass die Sozialämter bei ihren Kindern das Geld abbassieren. Das werden wir beenden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Zurufe der Abg. Ingrid Blank und Haas CDU)

In Zukunft wird vor allem diesen Menschen der Gang zum Sozialamt erspart, und ihre Kinder werden nicht mehr finanziell in Anspruch genommen. Das passt Ihnen nicht, wie ich in der Zeitung lese.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Sie wollen dagegen stimmen. Bei dieser Verweigerungshaltung wünsche ich Ihnen gute Reise. Ich sage Ihnen: Ich bin ausdrücklich stolz darauf, dass wir es jetzt in Angriff nehmen, diese oft elende Situation vor allem von älteren Frauen in Deutschland zu beenden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann wird auch noch viel Unsinn erzählt.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Es wird behauptet, bei der Hinterbliebenenrente würden große Benachteiligungen stattfinden.

(Abg. Haas CDU: Natürlich!)

Man muss die Gelegenheit ja einmal nutzen, um mit Ihren Parolen hier aufzuräumen.

Erstens: Für all diejenigen, die jetzt Rentnerinnen und Rentner sind, ändert sich an der Witwenrente gar nichts.

Zweitens: Für alle, bei denen heute auch nur ein Ehepartner älter als 40 ist, ändert sich gar nichts.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Haas CDU)

Sie dagegen erzählen draußen dauernd dummes Zeug und verunsichern die Leute.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Weiser CDU)

Für diejenigen Ehen schließlich, bei denen beide Ehepartner heute jünger als 40 sind, ändert sich nur dann etwas zum Negativen, wenn diese Ehen kinderlos sind. Aber wenn sie Kinder haben, führt das sogar zu Verbesserungen gegenüber der bestehenden Situation.

(Abg. Haas CDU: Das stimmt doch nicht!)

Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Nein, das stimmt nicht!)

Sie großartige familienfreundliche Partei müssten doch in Begeisterung darüber ausbrechen, dass die Erziehung von Kindern

(Zurufe der Abg. Haas und Wieser CDU)

viel höher bewertet wird als in der Vergangenheit. Sie haben doch 16 Jahre lang regiert.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Haas CDU)

Es ist schade, dass der Herr Ministerpräsident nicht da ist. Es ist schade, dass der Sozialminister auch nicht da ist. Ich bin gespannt, ob hier wenigstens die Staatssekretärin sprechen darf oder welche Strategen wir heute noch erleben werden.

(Abg. Haasis CDU: Räumen Sie doch in Ihrem Laden auf!)

Ich gebe Ihnen einen Rat für Ihre Wahlkampf-führung: Anstatt Klamauk gegen eine überfällige Rentenreform zu machen, die im Übrigen im Bereich der betrieblichen Altersrente noch eine besonders gelungene Leistung darstellt – wir werden in Deutschland Pensionsfonds kriegen –, anstatt unsägliche Plakatnummern gegen den Kanzler zu machen, anstatt einen Ministerpräsidenten zu haben, der das Plakat zuerst abnickt und nachher die E-Mail nicht kriegt – anstatt diese Nummern zu machen, kehren Sie einmal endlich zur vernünftigen und sachlichen Auseinandersetzung zurück, sonst werden Sie Ihre verdiente Strafe bekommen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bender.

(Abg. Haas CDU: Wir halten fest, dass Herr Maurer zum Häuslesbau nichts gesagt hat! – Oh-Rufe von der SPD)

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum guten Schluss komme ich mir hier fast vor wie im falschen Film. Ich lese in der Zeitung, dass CDU-Generalsekretär Kauder die Rentenreform als d a s Wahlkampfthema im Land bezeichnet. Das ist schon einmal interessant, weil Sie sich offensichtlich nicht trauen, mit Landespolitik in den Wahlkampf zu gehen.

(Lachen bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Das kann man nur in der Abschiedsrede sagen!)

Das zeigt ein gewisses Maß an Wertschätzung Ihrer eigenen Leistungen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das liest man jetzt.

(Birgitt Bender)

Als Nächstes erfährt man, die CDU beantrage eine Debatte, gleich am Morgen, Tagesordnungspunkt 1. Da denkt man: Oh, dann werden Sie das jetzt wohl wahr machen.

(Abg. Haasis CDU: Das liegt Ihnen schwer im Magen!)

Die Debatte wird an einem Tag beantragt, von dem man weiß, dass sowohl der Ministerpräsident als auch der Sozialminister etwas Besseres vorhaben. Da fragt man sich schon: Nun denn, wie wird dann wohl dieses Wahlkampfthema bedient?

Dann kommt Herr Mayer-Vorfelder. Herr Mayer-Vorfelder, ich hätte Ihnen ja hier einen guten Abgang gegönnt, wirklich aus Respekt vor einem alten Schlachtross, mit dem mich politisch wenig verbindet.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Wieser CDU: Das gilt wahrscheinlich auf beiden Seiten!)

Aber leider muss ich sagen: Ich fürchte, Sie haben sich keinen Gefallen getan. Es reicht halt doch nicht ganz, eine Rentendebatte zu führen, wenn man nur ein Interview meines grünen Bundestagskollegen gelesen hat.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Deswegen ist es tatsächlich schwierig, hier in der Debatte Stellung zu nehmen. Soll ich Ihnen jetzt hier den Grundkurs geben? Offensichtlich ist der für die CDU-Fraktion nötig.

(Abg. Haasis CDU: Was halten Sie davon, dass Frauen benachteiligt werden?)

– Wozu soll ich etwas sagen? Okay, reden wir über Frauen. Gute Idee, Herr Haasis. Wir reden über Frauen in der Rentenreform. Dann reden wir zunächst einmal darüber,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ein Dokument der Ratlosigkeit!)

dass im Jahr 1999 im Westen die durchschnittliche Rente eines Mannes 1 891 DM betrug, die eigenständige Rente einer Frau im Durchschnitt 854 DM.

(Abg. Haasis CDU: Was machen Sie jetzt besser?
– Abg. Bebbler SPD: Hören Sie doch zu, Herr Haasis!)

Das alles ist unter einem Rentensystem entstanden, für das immerhin 16 Jahre lang die Regierung Kohl Verantwortung getragen hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: So ist es! – Abg. Bebbler SPD: In Sack und Asche solltet ihr gehen! – Abg. Haasis CDU: Geben Sie wenigstens zu, dass Männer und Frauen bei gleicher Beitragszahlung die gleiche Rente bekommen? So ein saudummes Geschwätz habe ich noch nie gehört!)

Gleichzeitig wissen wir, dass nicht nur ein Problem der strukturellen Ungerechtigkeit in der Rentenversicherung zulasten von Frauen besteht, Herr Haasis, sondern dass es überdies die erfreuliche Tatsache gibt, dass sich von 1960 bis 1996 die Lebenserwartung von Männern um vier Jahre und die von Frauen um acht Jahre verlängert hat. Das heißt also, man muss ein neues Verhältnis zwischen den Beiträgen, die die junge Generation leistet,

(Abg. Haasis CDU: Sagen Sie etwas dazu, dass Frauen benachteiligt werden! – Abg. Birzele SPD: Herr Haasis, mehr Contenance! Frau Blank, geben Sie Ihrem Nachbarn Beruhigungsmittel!)

und dem, was die Alten zu Recht an Existenzsicherung erwarten können, finden. Herr Blüm ist so etwas schon mit dem demographischen Faktor angegangen, aber er hatte völlig vergessen, dass dabei nicht nur die Frauen noch schlechter gestellt worden wären, sondern dass es alle nötig gehabt hätten, zusätzliche private Vorsorge zu treiben, und dies hätten Sie nicht unterstützt. Bei Herrn Blüm war da nichts. Dagegen gibt es jetzt für Leute, die sich eine private Altersvorsorge nicht leisten können, eine Förderung.

(Abg. Haas CDU: Das holen Sie doch vorher ab!)

Jetzt kommen wir wieder zu den Frauen, Herr Haasis, da sollten Sie vielleicht zuhören.

(Abg. Haasis CDU: Sagen Sie mal was zur Witwenrente! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Der kennt sich doch nur mit schwarzen Witwen aus!)

– Ich komme auch noch zur Witwenrente. – Vielleicht wissen Sie ja – ich hoffe es –, dass es nun eine kindbezogene erhöhte Förderung der privaten Vorsorge gibt. Deswegen erhält beispielsweise eine allein erziehende Verkäuferin, die 2 000 DM verdient und zwei Kinder hat, bei einem monatlichen Beitrag – Eigenleistung 10 bis 15 DM – über 1 000 DM im Jahr an Unterstützung zum Aufbau einer privaten Vorsorge. Jetzt sagen Sie mir mal, wo die Frauen da benachteiligt sein sollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Haasis CDU: Bei 2 000 DM kann sie die Beträge gar nicht bezahlen! Sie unterstellen Beiträge bei 5 000 DM Einkommen! – Zuruf der Abg. Ingrid Blank CDU)

– 10 bis 15 DM Beitrag im Monat kann sie auch bei einem Einkommen von 2 000 DM leisten.

Jetzt kommen wir noch zur Witwenrente, weil das Ihr Lieblingsthema ist. Sie wird von 60 auf 55 % herabgesetzt, wohl wahr.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie wird aber für jedes Kind wiederum um ein Beitragsjahr erhöht. Also ist es doch so, dass gerade für die Frauen, die langjährig Kinder erzogen haben – wir reden jetzt von jungen Frauen, denn das tritt überhaupt nur für Frauen, die jetzt unter 40 sind, in Kraft – und deswegen auf die Wit-

(Birgitt Bender)

wenrente angewiesen sind, diese Aufwertung in Kraft tritt, zusätzlich zur kindbezogenen Förderung der privaten Vorsorge.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Das, was Sie beschlossen haben, gibt es überhaupt nicht mehr, wenn die Frauen im Rentenalter sind!)

Obendrein – auf diese Idee sind Sie auch nie gekommen – wird die Rentenanrechnung für die Menschen – das sind im Zweifelsfall Frauen, die Kinder unter zehn Jahren erziehen und deswegen gar nicht oder nur in geringem Umfang erwerbstätig sind – auch noch erhöht.

(Abg. Haasis CDU: Womit sollen sie die Vorsorge zahlen, von der Sie vorhin gesprochen haben?)

Das heißt, es sind gerade die Frauen, die in der Renten-debatte gut wegkommen. Die Grundsicherung – Herr Maurer hat es gesagt – ist ein Schritt, um die verschämte Altersarmut von Frauen zu beseitigen. Es stände Ihnen gut an, wenn Sie das positiv würdigten, anstatt hier einfach nur herumzustänkern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Haasis CDU: Deshalb werden Zinsen und Mieten auf die Witwenrente angerechnet! Das ist auch interessant!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Die nächste Abschiedsrede! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt erfahren wir etwas über Renten bei Zahnärzten! – Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Gern, Herr Dr. Salomon. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Tatsache, dass ich hier im Kreise von künftigen Politrentnern reden darf, zu denen ich hoffentlich nicht gehören werde,

(Abg. Brechtken SPD: Mancher weiß es noch nicht!)

veranlasst mich, einmal ein bisschen unkonventionell zu beginnen. Wir reden über Altersvorsorge und Altersversicherung. Ich möchte einmal sagen: Wir reden über vieles, was die Menschen hier auf der Tribüne betreffen wird, aber relativ wenig über das, was uns selbst alle betrifft – und wo wir auch handlungsfähig wären –, nämlich das Thema Politrentner. Da erhoffe ich mir Beifall über alle Fraktionsgrenzen hinweg.

In der Überschrift unserer heutigen Aktuellen Debatte ist von „sozial ausgewogen“ die Rede. Bei allen Diskussionen über Eckrenten und die Absenkung des gesetzlichen Rentenniveaus wird nicht wahrgenommen, dass gesagt wird – ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich höre es immer wieder –: „Ihr redet über unsere Renten – was macht ihr bei euch?“ Sie wissen ganz genau, dass das natürlich gerade bei den Rentnern großen Unmut hervorruft und dass diese Überversorgung der Politiker massiv kritisiert wird.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Also nicht nur kritisieren: Jetzt bitte ich um Beifall! Ich glaube, das wird eine zentrale Aufgabe sein. Es gibt Vorschläge von der FDP/DVP,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Was haben Sie denn gemacht in der Koalition?)

die da sagen, das muss weg. Wir müssen wie andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Zuschuss zu unseren Diäten bekommen, mit dem wir selbst – kapitalgedeckt oder wie auch immer – unsere eigene, und zwar adäquate Altersversorgung aufbauen werden.

(Zuruf von der SPD: Jetzt, nach fünf Jahren! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Einen Antrag mehr! Können wir sofort machen! – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: 29 Jahre in der Regierung habt ihr nichts getan!)

Jetzt dürfen Sie bitte alle klatschen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Straub: Herr Abg. Dr. Noll, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Walter?

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nein. Die Zeit läuft wahnsinnig schnell davon.

(Oh-Rufe vom Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Schlierer REP: Ihre Zeit läuft ab!)

Zweite Bemerkung: Wir reden über die Altersversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung. Wir reden zum Beispiel nicht darüber, was auch für uns hier im Landtag ein zentrales Problem wäre, wie es mit der Beamtenpension weitergeht. Kann die Beamtenpension so bleiben? Kann es bei Beamten im Gegensatz zu allen anderen Rentnerinnen und Rentnern, die über den Durchschnitt ihres Lebensinkommens eine Rente beziehen, auf Dauer anders bleiben? Das wird ein Thema sein, das uns massiv beschäftigen wird.

Ich habe gesagt, diese rot-grüne Rentenreform ist ein typisches Beispiel für rot-grüne Reformen: einen richtigen Schritt in die richtige Richtung zu tun, dann aber – wie in der Echternacher Springprozession – einen Schritt vor- und zwei Schritte zurückzugehen.

Ich habe Ihnen, Herr Maurer, gesagt, es wird auch ein Stück weit getäuscht, geschönt und mit falschen Zahlen gearbeitet. Sie sagen: Wir wollen auf 67 % zurück. Das stimmt halt nicht. Natürlich können Sie das rechnerisch darstellen. Aber wenn Sie dann den Leuten draußen sagen würden, dass Sie die Berechnungsgrundlage für diese Nettoanpassung dahin gehend ändern, dass Sie Steuererleichterungen, gerade familienbezogene Steuererleichterungen, herausrechnen und nicht das tatsächliche Nettoeinkommen zugrunde legen, und damit ehrlich wären, kämen Sie genau zu diesen 64 %.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Es wird auch an anderer Stelle geschönt. Sie reden von maximal 22 % Beiträgen. Auch das ist aus unserer Sicht natürlich zu viel. Alles, was über 20 % geht, ist zu viel.

(Dr. Noll)

(Abg. Braun SPD: Wie viel habt ihr denn gehabt?
– Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Bei euch wären die Beiträge jetzt bei 22 %!)

Ihr Herr Riester hat sich immer gebrüstet, dass in diese Reform natürlich, wenn die Entwicklung anders sein sollte, auch noch neue Zahlen eingearbeitet werden müssten. Das hat er auf dem Altar des Kompromisses mit den Gewerkschaften geopfert. Vorher hat er immer gesagt: Wir sind bereit, einnahmenorientiert auch noch Änderungen vorzunehmen.

Jetzt zur Beitragssatzhöhe. Wenn man einmal ehrlich rechnet, dass der Durchschnittsrentner nicht nur die Rentenbeiträge, sondern über Steuern, unter anderem die Ökosteuer, natürlich die Rente mitbezahlt, gibt es ganz eindeutige, klare, nachvollziehbare Berechnungen, dass im Jahr 2030 der Rentenbeitrag, und zwar sowohl der, der auf dem Rentenbescheid steht, als auch der, der über Steuern zu zahlen ist, für die junge Generation bei 28 % liegen wird. Meine Damen und Herren, das zeigt uns doch schon: Wir werden uns mit dieser Reform in Kürze wieder beschäftigen müssen, um wirklich einmal eine echte Reform zu bewerkstelligen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Bebbler SPD: Das sagen ausgerechnet Sie!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Obwohl wir in der Karnevalszeit sind, sollten wir das Thema Renten, glaube ich, doch etwas ernster nehmen. Herr Kollege Mayer-Vorfelder – ich habe Sie ja in Ihren verschiedenen Aufgaben, die Sie erfüllt haben, sehr geschätzt – und Herr Maurer, für humoristische Einlagen ist die Rente den Menschen in diesem Land viel zu ernst.

(Beifall bei den Republikanern)

Sie wollen, dass sich ein Parlament ernsthaft mit diesem Thema auseinandersetzt, weil es ein bitterernstes Thema ist, bei dem es um Existenzen geht.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Ich glaube, weder CDU noch SPD, noch Grüne oder FDP sind in der Lage, die Rentenprobleme zu lösen, weil sie nämlich nicht über den Schatten ihrer eigenen Fehler springen können. Da haben sie ein Riesenproblem. Sie sind Verursacher dieses Rentendilemmas

(Abg. Drexler SPD: Sie nicht?)

und nicht Beseitiger, und das belastet. Die Rentenzeitbombe tickt, weil in der Vergangenheit zu viele Fremdleistungen in die Rente gepackt worden sind.

(Beifall bei den Republikanern)

Das weiß jeder, aber keiner hat es heute angesprochen.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Der Bundeszuschuss, der hinzukommt, ist im Verhältnis zur Aufgabenbelastung lächerlich.

(Abg. Hauk CDU: Ein Drittel ist heute Bundeszuschuss!)

– Das ist richtig. Aber jetzt schauen Sie einmal, was Sie alles hineingepackt haben. Die Rente war nahezu Alleinfianzierer der deutschen Einheit. Jeder Russlanddeutsche, der hierher kommt,

(Abg. Scheuermann CDU: Das musste ja kommen!
– Abg. Hauk CDU: Erzählen Sie doch nicht so einen Schwachsinn!)

bekommt seine Rente nach seiner Qualifikation im Heimatland, nicht nach dem, was er hier zu leisten in der Lage ist.

(Abg. Hauk CDU: Das stimmt doch gar nicht mehr! Das ist doch alles geändert! Erzählen Sie doch keine Märchen von ehemals!)

– Das stimmt so. – Und das alles auf Kosten des deutschen Rentners. Dazu kommen noch für Rentner Zuzahlungen, wenn sie Medizin brauchen oder wenn sie krank werden.

(Abg. Hauk CDU: Populismus, Populismus pur!)

– Jetzt regen Sie sich doch nicht so auf! Sie sind betroffen, und deshalb ärgern Sie sich jetzt so massiv.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Hauk CDU: Weil Sie hier Unwahrheiten verbreiten!)

Hätten Sie doch diese Sprüche, Herr Kollege Hauk, die Sie jetzt machen, in den 16 Jahren Ihrer Regierungszeit auf Ihrem Bundesparteitag gemacht. Vielleicht hätte jemand einmal zugehört, und es wäre besser geworden.

(Beifall bei den Republikanern)

Das große Problem unserer Renten ist die Verlagerung von Staatsaufgaben in die Rentenkasse. Das ist bewiesen. Es ist sicherlich so – das gebe ich ja zu –: Die Menschen werden älter. Das ist Gott sei Dank so. Junge Menschen werden später zu Beitragszahlern, wodurch auch Geld fehlt.

(Abg. Brechtken SPD: Oh Gott!)

Das stimmt auch. Aber es gibt auch andere Probleme, die von Ihnen nicht angepackt werden. Das Problem der Arbeitslosigkeit zum Beispiel wird häufig über die Rentenversicherung statistisch gelöst. Wer heute mit 58 arbeitslos wird, kann letztendlich auf Kosten der Rentenkasse in den Ruhestand gehen. Dies wäre eine Aufgabe der anderen Kassen, aber das ist keine Aufgabe der Rentenkasse.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, der Beitragszahler, der ein Leben lang Beiträge bezahlt hat, kann eigentlich nicht verstehen, dass dann, wenn er drankommen soll, nichts mehr in der Kasse sein soll. Kein Mensch kann verstehen, warum das so sein soll. Ich, meine Damen und Herren, würde mir in diesem Hause einmal wünschen, dass eine Diskussion mit gleichem Inhalt über Ministerpensionen, über Pensionen oder Abgeordnetenversorgungen geführt wird,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das habe ich gesagt!)

(Rapp)

um zu sehen, ob man hier genauso denkt und ob man auch bereit ist,

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

in der Konsequenz für sich selbst genauso vorzugehen, wie man es von den Menschen draußen verlangt.

(Beifall bei den Republikanern)

Das ist doch das Selbstverständlichste.

Ich sage Ihnen heute schon eines: Wir werden jetzt und in Zukunft bei keiner Diätenerhöhung dabei sein,

(Abg. Brechtken SPD: Hoffentlich seid ihr nicht mehr dabei!)

die höher als der Rentenanstieg ausfällt. Das kann man mit den Menschen nicht machen; so viel Charakter muss man haben, wenn man in dieses Parlament gewählt ist. Mit uns soll es keine nachteiligen Änderungen bei der Rente geben. Die Rentenmiserie haben Sie, meine Damen und Herren, zu verantworten.

(Zuruf des Abg. Heiler SPD)

– Für Sie ist demnächst Gott sei Dank der Ausmarsch, und das freut mich sehr; ich habe aber vor, noch fünf Jahre im Haus zu bleiben, Herr Kollege.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Bis die Rente gesichert ist!)

– Auch. – Ich möchte nachher in der zweiten Runde noch etwas dazu sagen, wie wir uns vorstellen, aus der Problematik herauszukommen, die Sie geschaffen haben.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Finanzminister Stratthaus.

(Abg. Maurer SPD: Noch ein bekannter Sozial-
experte!)

Finanzminister Stratthaus: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Maurer hat eben festgestellt – das war ironisch gemeint –, ich sei ein bekannter Sozialexperte. Eines habe ich allerdings, Herr Maurer, was Sie nicht haben: Logik. Ich werde Ihnen das gleich zeigen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie haben nämlich heute wieder die Wahrheit auf den Kopf gestellt; das ist geradezu haarsträubend. Ich muss jetzt doch einmal mit einer ganz anderen Sache anfangen. Sie haben gestern innerhalb von drei Minuten hintereinander Dinge behauptet, die sich widersprochen haben. Sie haben gestern zum Beispiel gesagt, Sie würden die EnBW-Erlöse nicht verteilen, bevor sie realisiert sind. Anschließend haben Sie gesagt, Ihre Kandidatin, Frau Vogt, habe bereits im Oktober gesagt, aus den ersparten Zinsen würde sie die Lehrer bezahlen. Dies hat sie im Oktober gesagt. Heute würde man noch nicht über das Geld verfügen. Im Übrigen: Wenn Sie bereit sind, Steuern zu bezahlen, dann blei-

ben Ihnen 2 Milliarden DM. 5 % davon sind 100 Millionen DM. Daraus wollen Sie 5 000 Lehrer bezahlen? Das muss man sich einmal überlegen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Zum Thema, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Maurer SPD)

– Ja, jetzt komme ich zum Thema. Ich habe nur aufgrund der unqualifizierten Äußerung von Herrn Maurer etwas sagen müssen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sonst reden wir gleich über Fußball! Das können wir auch machen!)

Meine Damen und Herren, das Thema ist in der Tat sehr ernst und schwierig. Ich bitte Sie, jetzt einmal etwas zuzuhören und mitzudenken und nicht laufend Zwischenrufe unqualifizierter Art zu machen. Sie können gerne anderer Meinung sein, aber die Logik, lieber Herr Maurer, müssen Sie auch für sich gelten lassen.

(Abg. Bebbler SPD: Ihr habt die Hosen voll!)

Die ganze Sache begann mit einer Unwahrheit und einem melodramatischen Auftreten des Kanzlers im Bundestagswahlkampf. Er hat immer wieder darauf hingewiesen, dass seiner armen Mutter die Rente nicht gekürzt werden dürfe, und er wolle sich dafür einsetzen. Damals wurde bereits die Unwahrheit gesagt, und Sie werden sehen, dass sie dann nach einer vorübergehenden Phase des Mutes wieder eingekehrt ist. Das große Problem ist, dass die Bundesregierung bei dieser Rentenreform verschleiert und nicht die Wahrheit sagt. Ich werde Ihnen das gleich sagen.

Da war zunächst einmal der demographische Faktor, den der damalige Bundesarbeitsminister Blüm und die CDU-Fraktion zusammen mit der FDP durchgesetzt haben. Dieser demographische Faktor wurde im Wahlkampf als ein Werkzeug des Teufels bekämpft.

(Abg. Kiefl CDU: Ja, genau!)

Man hat einfach nicht anerkennen wollen, dass dann, wenn die Menschen immer älter werden – das ist überhaupt keine Frage – und immer später ins Berufsleben eintreten, Probleme entstehen, und zwar entweder durch einen höheren Beitrag auf der einen Seite oder durch eine niedrigere Rente auf der anderen Seite. Diese Logik hat man einfach nicht anerkennen wollen. Man hat den demographischen Faktor abgeschafft.

Im Übrigen: Wenn ich nicht ein so guter Mensch wäre, wäre ich jetzt schadenfroh. Ich bin davon überzeugt, dass Bundeskanzler Schröder in mancher Nacht Lafontaine dafür verdammt hat, dass er den demographischen Faktor wieder aufgehoben hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es!)

Die ganze Problematik, die er heute hat, hätte er sich mit der viel besseren Rentenreform, die Blüm bereits gemacht hatte, ersparen können.

(Minister Stratthaus)

Herr Maurer, Sie behaupten – da kommt die erste Unwahrheit; und wenn Sie mir das nicht glauben, werde ich Ihnen das wörtlich aus dem „Spiegel“ vorlesen;

(Lachen bei der SPD)

der „Spiegel“ ist nicht gerade das Zentralorgan der CDU –,

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Ihre Rentenreform würde 67 % für den so genannten Eckrentner bringen, während die des früheren Bundesarbeitsministers Blüm nur 64 % gebracht hätte. Das ist nicht die Wahrheit. Sie haben nämlich das Einkommen des Eckrentners manipuliert. Während vorher das pure Nettoeinkommen angesetzt worden ist, ziehen Sie jetzt vom Bruttoeinkommen nur noch die rentenbezogenen Sozialabgaben ab und lassen die Steuer stehen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

Dadurch wird das Nettoeinkommen künstlich hochgerechnet,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

und dadurch entstehen die 67 %.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist der Betrug!)

Das ist schlicht und einfach ein mathematischer Betrug, den Sie da begangen haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Genau!)

Im Übrigen, meine Damen und Herren: Der Eckrentner, der die manipulierten 67 % bekommen soll, muss 45 Jahre lang immer zumindest durchschnittlich verdient haben.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

Herr Mayer-Vorfelder ist ja nicht der typische Eckrentner.

(Lachen bei der SPD)

Man muss das einmal sehen: Es muss einer 45 Jahre lang verdient haben. Wer macht das schon?

(Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

Jetzt zur Rente selbst. Ich habe schon darauf hingewiesen: Sie haben die Rente schön gerechnet mit dem Einkommen. Zu dieser Aussage ist Gott sei Dank kein Widerspruch gekommen. Ich halte dies für eine üble Manipulation, einfach ein anderes Einkommen anzusetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Weiterhin ist es überhaupt keine Frage, dass Sie schön gerechnet haben. Es ist überhaupt keine Frage, dass die Frauen die großen Verlierer sind.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Abg. Maurer SPD: Das gibt es ja nicht!)

– Auch bei der Hinterbliebenenrente. Die Frauen verlieren einmal durch das Absenken des Niveaus überhaupt und dann durch die andere Gestaltung der Hinterbliebenenrente.

(Abg. Maurer SPD: Das stimmt doch nicht! – Unruhe)

Im Übrigen: Das Größte, was Sie gemacht haben, ist das Rentensplitting. Sie verlangen also im Ernst, dass sich ein Ehepaar abends zusammensetzt und darüber nachdenkt, wer von ihnen voraussichtlich früher sterben wird.

(Abg. Drexler SPD: Das ist der absolute Hammer!)

So etwas nenne ich „Riester-Roulette“. Das ist „Riester-Roulette“!

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Das verlangen Sie letzten Endes. Das muss hier einfach einmal gesagt werden.

Dann zur privaten Absicherung.

(Abg. Bebber SPD: Das ist ja schon schweinisch! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Sie sagen immer „Schwachsinn“, wenn Sie keine anderen Argumente haben.

(Anhaltende Unruhe)

Meine Damen und Herren, die private Alterssicherung hätten Sie jetzt überhaupt nicht regeln dürfen. Jedermann weiß, dass in wenigen Monaten ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu erwarten ist, das mit allergrößter Wahrscheinlichkeit eine ganz entscheidende Veränderung der Versteuerung der Alterseinkünfte bringen wird. Wir wissen ganz genau, dass der Herr Bundesfinanzminister dies wusste. Wir wissen auch ganz genau, dass er in seiner Schublade für die Rentenreform bereits entsprechende Pläne hatte. Das wären ehrliche Pläne gewesen. Die hat man aus Feigheit zurückgezogen, weil man den Leuten nicht die Wahrheit sagen wollte.

Ich bin davon überzeugt: Ihre Rentenreform wird das Spätjahr nicht überstehen, weil dann eine ganz neue Besteuerung der Alterseinkünfte kommen und alles, was Sie gemacht haben, Makulatur sein wird.

(Beifall bei der CDU)

Was haben Sie gemacht? Sie haben bei der Alterssicherung nur ausgesprochen bürokratische Regelungen produziert. Übrigens sagt schon die Bezeichnung dieses Gesetzes alles. Das ist nämlich das AltZertG, das Altersvorsorgevertragezertifizierungsgesetz.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

So heißt das Gesetz tatsächlich. Damit haben Sie bereits zum Ausdruck gebracht, wie bürokratisch das Ganze ist.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

(Minister Stratthaus)

Herr Mayer-Vorfelder hat das vorhin schon gesagt: Es ist doch unmöglich, dass bestehende Lebensversicherungen im Normalfall, weil sie in einem Betrag ausbezahlt werden, nicht unter dieses AltZertG fallen. Das muss man sich einmal überlegen. Auch das ist ein unmögliches Verfahren.

Eine weitere Sache: Wir sind der Meinung, dass nach wie vor die selbst genutzte Wohnung oder das eigene Einfamilienhaus die beste Altersvorsorge sind. Dafür haben Sie nichts gemacht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Modelle, die Sie dann angedacht haben, sehen so aus, dass ein Rentner mit 65 Jahren sein Haus verkaufen muss. Er bekommt dann von einer Bank eine Rente, und wenn er stirbt, hat die Bank Glück. Auch das, was Sie da vorgesehen haben, ist unmöglich.

(Abg. Maurer SPD: Das stimmt überhaupt nicht!)

– Ja, natürlich! – Dann hat sie Glück.

(Abg. Maurer SPD: Sie lügen wie gedruckt! Wo steht das? – Weitere Zurufe von der SPD)

– Das ist aus dem Gesetzentwurf abzuleiten.

(Abg. Maurer SPD: Was?)

– Herr Maurer, es ist so angedacht und vorgeschlagen worden.

(Abg. Bebber SPD: Das ist Ihre Interpretation! Das ist Ihre unanständige Interpretation! – Gegenruf des Abg. Rückert CDU: Gesetz lesen!)

Bitte machen Sie doch eines: Schreien Sie doch jetzt nicht da rein „lügen“, sondern gehen Sie nachher wie ein anständiger Mensch her, und klären Sie mich auf. So etwas ist doch kein Stil!

(Abg. Bebber SPD: Wo ist denn da der Anstand bei Ihnen? – Gegenruf des Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Bebber! Sie und Anstand! Das widerspricht sich ja!)

Ich sage noch einmal: Die Vorstellungen, die man hat, sehen so aus, dass das Haus verkauft und dann verrentet wird. Das ist überhaupt keine Frage.

(Beifall bei der CDU)

Der Grundfehler in der ganzen Altersvorsorge ist der, dass Sie in Ihrem sozialdemokratischen Menschenbild ein ganz falsches Menschenbild haben.

(Abg. Maurer SPD: Auch noch! Natürlich!)

Sie gehen nämlich vom unmündigen Bürger aus, der nicht mit seinem Geld umgehen kann. Sie meinen, die Deutschen wären ein Volk von Geldverschwendern und von Zockern.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Sie können nicht mal mit fremdem Geld umgehen!)

Die Wirklichkeit ist eine ganz andere. Wir haben Vertrauen, und wir sind überzeugt, dass die allermeisten Menschen mit dem Geld, das sie ansparen würden, vernünftig umgehen würden.

(Zuruf des Abg. Nagel SPD)

– Sie schreien wie jeder ertappte Täter sehr laut. Das ist ganz interessant.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen noch eine weitere Sache: In der Altersvorsorge haben die Sozialdemokraten die Solidarität zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern gebrochen. Vorher war es immer üblich, dass jeder die Hälfte zahlt, und plötzlich müssen die Arbeitnehmer mehr zahlen als die Arbeitgeber.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Stellen Sie sich vor, die CDU hätte so etwas gemacht! Es hätte Lichterketten von Flensburg bis nach Friedrichshafen gegeben!

(Beifall bei der CDU – Abg. Kiefl CDU: So ist es! – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Vorhin ist das Lied von der Grundsicherung gesungen worden, meine Damen und Herren. Wie sieht das in Wirklichkeit aus? Eine Verkäuferin, die wenig verdient, bekommt, wenn sie 45 Jahre gearbeitet hat, am Schluss unter Umständen eine höhere Grundsicherung, als ihr nach ihren gezahlten Beiträgen an Leistungen zustünde. Die Frau ist doch dumm, wenn sie 45 Jahre lang arbeitet. Sie kann doch anschließend die Grundsicherung kassieren.

(Abg. Wieser CDU: Rentenbetrug ist das!)

Meine Damen und Herren, um es zusammenzufassen: Die Union hat im Bundestag und die baden-württembergische Landesregierung im Bundesrat die Reformpläne abgelehnt, und zwar beide Gesetze, weil sie zusammengehören. Denn die Rentensenkung ist ja verknüpft mit dem Altersvermögensgesetz. Deswegen werden wir auch das Altersvermögensgesetz ablehnen, wenn es sich nicht ganz entscheidend ändert.

Das übliche Nachbessern, meine Damen und Herren, wird hier nichts mehr nützen; denn diese Vorschläge sind von Grund auf falsch. Es müssen neue Vorschläge her und keine nachgebesserten.

(Beifall des Abg. Göbel CDU)

Die private Altersvorsorge ist ein bürokratisches Monster. Sie berücksichtigt das Wohneigentum nicht. Wir können dem nicht zustimmen.

Meine Damen und Herren, deswegen zum Schluss: Diese Reform ist schön gerechnet und auf Sand gebaut.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Sie verletzt die Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Sie erzeugt Altersarmut, statt sie zu beseitigen.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

(Minister Stratthaus)

Sie verspricht Leistungen, die sie nicht halten kann.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Haben Sie eigentlich verstanden, was man Ihnen aufgeschrieben hat? – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Sie bringt Beiträge, die nicht ausreichen. Sie hält keine 50 Jahre, sondern höchstens sechs Monate. Diese Reform, meine Damen und Herren, ist Murks, und Murks lehnen wir ab, und damit basta.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Heiterkeit des Abg. Rech CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Mayer-Vorfelder.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen zur CDU: Also, die Debatte war ein Eigentor von euch! – Widerspruch bei der CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Abg. Mayer-Vorfelder CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch ein paar kurze Bemerkungen. Wenn man Herrn Maurer zugehört hat,

(Abg. Wacker CDU: Wer hört dem noch zu?)

dann hat man den Eindruck gewonnen, mit dieser Rentenreform würden alle Probleme und Sorgen älterer Menschen beseitigt, weil in einer ungeheuren Fülle Wohltaten ausgestreut werden. Die Wirklichkeit sieht leider ein ganzes Stück anders aus. Das wissen Sie, Herr Maurer, genauso gut wie ich.

Ich habe vorhin von Experten gesprochen, und es ist völlig klar, dass Sie die Formel, die Sie aufgestellt haben, nicht einhalten können. Sie können weder den Beitragssatz von 22 %, der bis zum Jahr 2030 nicht überschritten werden soll, noch ein Rentenniveau von 67 % einhalten.

(Abg. Oettinger CDU: So ist es!)

Das ergibt sich aufgrund des demographischen Faktors, den wir haben und der nicht nur von den älteren Menschen ausgeht. Es liegt einfach daran, dass wir viel zu wenig Kinder und sehr viel mehr ältere Menschen haben. Wenn das Verhältnis der Zahl der Arbeitskräfte zur Zahl der Rentner 1 : 1 ist, können Sie Ihre Formel nicht mehr aufrechterhalten.

Zur Rentenformel ist noch etwas zu sagen. Sie haben den demographischen Faktor beseitigt, und Herr Riester hat auf die Frage, ob er das Nettoprinzip nach wie vor aufrechterhält, gesagt: im Prinzip ja. Wer „im Prinzip ja“ sagt, ist bei Radio Eriwan. Im Grunde genommen kann überhaupt nichts mehr eingehalten werden.

Noch ein Wort zur privaten Vorsorge. Sie haben gesagt: 20 Milliarden DM werden in die Fördermaßnahmen gesteckt. Das sieht so aus, als wenn Manna vom Himmel fiel. Aber die 20 Milliarden DM, die in die Rentenreform gesteckt werden, müssen ja auch von den Steuerzahlern aufgebracht werden, und zwar von allen.

Sie vergessen eines, was ich vorhin schon gesagt habe; Frau Bender ist darauf nicht eingegangen. Derzeit sind es schon 114 Milliarden DM.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: 127!)

– Herr Metzger hat von 134 gesprochen;

(Zurufe der Abg. Dagenbach REP und Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

aber auf 7 Milliarden DM kommt es da nicht mehr an.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie hätten mit Frau Bender reden sollen und nicht mit Herrn Metzger!)

Dieser Betrag wird ins Unermessliche steigen. Er macht jetzt schon ein Viertel des gesamten Steueraufkommens der Bundesrepublik, das dem Bund zusteht, aus. Insofern ist auch diese Rechnung im Grunde genommen ein schönes Stück falsch.

Dass die Frauen die Bevorzugten seien, wie Sie, Frau Bender, gesagt haben, ist schlichtweg die Unwahrheit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Nein!)

Bei der Hinterbliebenenrente wird um 5 % gekürzt.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Für die, die heute jung sind!)

Darüber hinaus wird der Freibetrag eingefroren.

(Abg. Haas CDU: So ist es!)

Das heißt, dass er sich im Lauf der Jahre gegen null bewegt. Außerdem werden alle Einkünfte eingerechnet.

(Lachen des Abg. Wieser CDU)

Darüber hinaus werden Kindererziehungszeiten willkürlich einmal zugerechnet und einmal nicht zugerechnet.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Sie werden zugerechnet!)

Da sagen Sie, das sei eine Bevorzugung der Frau. Die Frau ist die Geschädigte bei dieser Rentenreform.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Sie soll eine eigenständige Alterssicherung haben! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Herr Haas, wir warten noch! – Weitere Zurufe)

In einer Debatte, wie sie hier im Landtag geführt wird, wird immer wieder versucht, die Wahrheit durch hohe Dezibel-Zahlen aus dem Feld zu räumen. Ich kann nur noch einmal sagen: Wenn Sie das nicht glauben, was wir hier darstellen, dann lesen Sie die Expertenberichte. Der Finanzminister hat zu Recht auf den „Spiegel“-Bericht hingewiesen. Sie müssen ihn einmal lesen. Da wird all das, was Sie planen, total verrissen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Bebbler SPD: Seit wann beziehen Sie sich auf den „Spiegel“? – Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

(Mayer-Vorfelder)

Deshalb sage ich noch einmal:

(Abg. Bebbler SPD: Als Wahrheitsbeweis den „Spiegel“ nehmen, das machen Sie!)

Was mit der Rentenreform gemacht worden ist, ist eine große Täuschung und eine große Verdummung des Volkes. Ich hoffe nur, dass das Volk gescheit ist und Ihre Machenschaften durchschaut.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

(Abg. Drexler SPD zur CDU: Wer redet nachher bei euch zur Unterrichtsversorgung? Der Weiser?)

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde mich jetzt ausschließlich – das ist auch nahe liegend – mit dem ehrenwerten Kollegen Stratthaus auseinandersetzen. Werter Herr Stratthaus, Sie haben sich schon wirklich vergriffen.

(Zuruf von der CDU: Was?)

Sie haben sich mit einer zum Teil unsäglichen Wortwahl vergriffen. Da können Sie noch so schön angezogen hier hintreten. Das lasse ich Ihnen nicht durch.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Ach Gott, ach Gott!)

Ich sage Ihnen: Was Sie hier getrieben haben – wörtlich zu sagen, in Zukunft würden die Leute daheim hocken und darüber nachdenken, wer als Erster stirbt –

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

ist eine unglaubliche Entgleisung. Das sage ich Ihnen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Das ist leider die Wahrheit! Die bittere Wahrheit der SPD-Politik im Bund! – Abg. Dr. Schlierer REP: Der Herr Maurer ist eine wandelnde Entgleisung! – Unruhe)

Wer so mit Dreck schmeißt,

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Sprechen Sie zur Sache, Mann! Sagen Sie einmal etwas zur Sache! – Unruhe)

der sollte hier nicht mehr die Nummer des seriösen Finanzministers abgeben. Dafür sind Sie nicht geeignet.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Das war eine Behauptung aus der untersten Schublade, um den Leuten Angst zu machen.

(Abg. Wieser CDU: Jetzt kommen Sie mal zum Thema! Reden Sie mal zum Thema! Das Thema ansprechen! – Abg. Dr. Birk CDU: Das ist die Sterbehilfe von der SPD! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Ja, ja. Da ist ja kaum noch zu erkennen, was der gute Mann überhaupt gemacht haben soll. Das Thema ist, dass wir – darauf hat er sich bezogen – das so genannte Ehegattensplitting einführen; das heißt, dass wir vor allem Frauen, die bisher, wenn sie nur Hausfrauen waren, keinen eigenen Rentenanspruch hatten, zukünftig die Möglichkeit geben, sich mit ihrem Ehepartner über eine Teilung des gemeinsam erworbenen Renteneinkommens zu einigen. Das ist ein Riesenfortschritt, der gerade Hausfrauen aus der Abhängigkeit befreit, die sie bisher hatten. Das als „Loterie über den Todeszeitpunkt“ zu bezeichnen, ist eine unglaubliche Entgleisung. So haben Sie sich noch nie disqualifiziert.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Wieser CDU: Jetzt kommen Sie mal zum Thema! Bis jetzt ist das ja nur Propaganda!)

Dann, Herr Stratthaus, müssen Sie sich einmal überlegen: Sie sind wirklich ein Meister der Logik. Das muss man schon sagen. Sie stellen sich hier hin und polemisieren – das hat auch schon der ehrenwerte Kollege Noll gemacht – gegen die, wie Sie behaupten, angeblich doch verkappte Absenkung des Rentenniveaus auf 64 %.

(Abg. Haas CDU: Das ist doch so!)

Sie haben doch wild dagegen polemisiert.

(Abg. Wieser CDU: Das ist doch die Wahrheit!)

In Ihrem Eingangssatz haben Sie Meister die 64 % des Herrn Blüm verteidigt. Sie haben gesagt, Sie seien für den demographischen Faktor gewesen,

(Abg. Nagel SPD: So ist es!)

der die Absenkung auf 64 % beinhaltet.

(Abg. Haas CDU: 65,5 %!)

Sie polemisieren gegen sich selbst, Sie Meister der Logik.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Man muss sich das einmal vorstellen:

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Derselbe Finanzminister, der in seinem ersten Redebeitrag die Absenkung auf 64 % verteidigt,

(Abg. Haas CDU: 65,5 %!)

hält anschließend eine Rede gegen die Absenkung auf 64 %. Das ist doch Wahnsinn! Das ist doch Wahnsinn, was Sie hier veranstalten.

(Lebhafte Unruhe – Abg. Dr. Birk CDU: Sie haben die Menschen belogen! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das muss man doch ehrlich sagen! – Zuruf des Abg. Hauk CDU – Weitere Zurufe von der CDU)

Wer, wie Sie, auf 64 % absenken wollte, ist der Letzte, der hier hinstehen und sich darüber aufregen darf, ob es jetzt 67 % oder 64 % sind. Da sind Sie der Letzte.

(Maurer)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Sie sind sowieso der Allerletzte!)

Dann kommt das Thema Wohneigentum. Da haben Sie sich auch total vergriffen. In diesem Gesetz steht ausdrücklich, dass ermöglicht wird, auch privates Wohneigentum mit in die Altersvorsorge einzubeziehen. Schluss.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Aber wie? – Abg. Hauk CDU: Aber wie? Durch Verkauf!)

– Schluss. Nein.

(Abg. Hauk CDU: Natürlich! – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Das ist die Folge!)

Das ist Ihre Erfindung. Das steht nicht in dem Gesetz.

(Unruhe)

Über die Frage, in welchen Formen – –

(Abg. Dr. Schlierer REP: Wer schreit, hat Unrecht! – Zurufe von der CDU – Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Maurer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Haas?

Abg. Maurer SPD: Nein, von dem schon gar nicht.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Rech: Der Maurer setzt die Kinder vor den Fernseher! – Anhaltende Unruhe)

Über die Frage, ob es Produkte geben kann, bei denen das Wohneigentum mit einbezogen wird, entscheiden allein die deutsche Versicherungswirtschaft oder die Bausparkassen. Sie entscheiden darüber, ob sie solche Produkte anbieten können – ja oder nein.

(Zuruf des Abg. Mayer-Vorfelder CDU)

Wenn solche Produkte angeboten werden, dann werden sie bewertet und zertifiziert.

(Zuruf des Abg. Mayer-Vorfelder CDU)

Wenn sie nicht angeboten werden, dann gibt es sie halt nicht. So schlicht ist das.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Haas CDU: Das stimmt nicht! – Abg. Wieser CDU: Selbst der Nagel klatscht! – Weitere Zurufe der Abg. Hauk CDU und Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen – Unruhe)

So schlicht ist das.

Letzter Spruch des Herrn Stratthaus: Die berufstätigen Frauen werden benachteiligt.

Ich nenne Ihnen zwei Beispiele, denn man kann das ja nur am Beispiel verdeutlichen.

Erstes Beispiel: Eine Frau hat drei Kinder jeweils im Abstand von vier Jahren geboren und ist in der Kindererzie-

hungsphase nicht berufstätig. Wenn das jüngste Kind sechs Jahre alt ist und in die Schule kommt, nimmt sie eine Teilzeitbeschäftigung als Verkäuferin auf – Sie haben ja über Verkäuferinnen geredet – und wird mit 40 % des Durchschnittseinkommens entlohnt. Diese Verkäuferin und Mutter, werter Herr Stratthaus, erhält nach dem neuen Gesetz folgende Leistungen: für neun Jahre Kindererziehungszeiten einen monatlichen Rentenertrag von 437 DM, für die parallele Kindererziehung von zwei Kindern in vier Jahren einen monatlichen Rentenertrag von 64 DM, durch die Höherbewertung von Beitragszeiten einen monatlichen Rentenertrag von 39 DM. Die Rente dieser Frau steigt aufgrund dieser kindbezogenen Leistungen um monatlich 540 DM. Da stellt sich dieser Herr hierher und redet über die Rente von Verkäuferinnen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Maurer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Ommeln?

Abg. Maurer SPD: Jetzt gestatte ich Schlussfragen. Ich bin ja am Ende meiner Redezeit, wie Sie mir mitgeteilt haben.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Ommeln.

Abg. Ommeln CDU: Herr Maurer, Sie haben gerade von der Anerkennung der Kindererziehungszeiten für jene Kinder gesprochen, die nach 1992 geboren wurden. Wie halten Sie es in Ihrem Gesetzentwurf mit jenen Kindern, die vor 1992 geboren wurden?

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist nämlich das Problem!)

Halten Sie die ungleiche Gewichtung bei der Rentenankennung aufrecht, oder setzen Sie sich für eine Gleichberechtigung ein?

Abg. Maurer SPD: Wie haben Sie es denn damit gehalten?

(Unruhe bei der CDU – Abg. Dr. Schlierer REP: Setz dich hin! – Lebhaftige Zurufe von der CDU)

Ich will Ihnen mal Folgendes sagen: Was Sie – –

(Abg. Hauk CDU: Das ist die neue soziale Gerechtigkeit der SPD!)

– Nein, nein. Nur nicht aufregen.

Sie kritisieren, dass wir für einen bestimmten Zeitraum den Rechtszustand aufrechterhalten, den Sie selber herbeigeführt haben.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist doch irre.

(Zuruf des Abg. Ommeln CDU)

Sie polemisieren damit gegen Kohl und Ihre eigene Regierungsarbeit. Merken Sie das nicht?

(Maurer)

(Anhaltende Unruhe bei der CDU – Abg. Haasis CDU: Keine Ahnung! – Abg. Keitel CDU: Antwort! – Abg. Ommeln CDU: Die Erziehungszeiten sind runter bei Ihnen!)

Es bleibt dabei: Wer wie Sie nichts zustande gebracht hat und selber absenken wollte, der kann dazu jetzt keine Kampagnen eröffnen. Und wer wie Herr Noll – das muss ich der FDP zum Schluss schon noch sagen –

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sagen Sie es!)

den Deutschen verkündet:

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Präsident, es ist so laut, wir hören hier nichts!)

Erstens sollten die Sozialabgaben möglichst noch weiter sinken,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja!)

zweitens soll die Staatsverschuldung auf null zurückgeführt werden,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Bravo! Sehr gut!)

drittens sollen die Renten mehr steigen als in der Rentenreform vorgesehen – –

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nein, das habe ich nicht gesagt!)

– Nicht abgesenkt werden. Ihr habt doch polemisiert – –

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ich habe gesagt: Man muss nur ehrlich sagen, dass sie abgesenkt werden!)

– Ja, ja. – Wer hier solche Spielchen macht, der ist wirklich nicht ehrlich.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Stimmt doch nicht!)

Wer sagt: „Die Rente ist uns in Zukunft nicht hoch genug, die Beiträge sollen aber auch noch fallen und die Staatsschulden sollen verringert werden“, ist nicht ehrlich. Glauben Sie, Sie können die Menschheit für total dumm verkaufen? Wie soll das überhaupt aufgehen?

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Das war genau Ihre Argumentation vor der Bundestagswahl!)

Wer jetzt versucht, das in Ordnung zu bringen, der muss Ihre Polemik aushalten,

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Lügner! Das ist doch eine Lüge gewesen!)

aber wir werden diese Reform dennoch genauso durchsetzen wie die Steuerreform.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Basta!)

Ihre Angstparolen werden verpuffen, und Sie werden anschließend zur Tagesordnung übergehen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Die Frauen werden es Ihnen danken!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bender.

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist ja schon finster, was für Argumente hier fallen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Herr Rapp von den Reps schürt den Sozialneid auf die Russlanddeutschen. Ich wusste gar nicht, dass Sie gegen die jetzt auch schon was haben. Lassen Sie sich mal ein bisschen Sachkenntnis vermitteln. Sogar Herr Mayer-Vorfelder weiß, dass der Steuerzuschuss zur Rentenversicherung inzwischen – die Zahl, die er genannt hat, war nicht ganz richtig – 127,5 Milliarden DM beträgt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Mehr! – Zuruf des Abg. Rapp REP)

Das ist mehr als ein Drittel der Ausgaben und deckt mithin mehr als alle nicht beitragsfinanzierten Ausgaben ab, also auch die Renten der Russlanddeutschen wie im Übrigen auch die Kindererziehungszeiten. Das dazu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist richtig!)

Jetzt komme ich zu Ihnen, Herr Kollege Noll.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ich freue mich darauf!)

Dass sich ein FDP/DVP-Abgeordneter hier auf einmal in populistischer Manier über die Abgeordnetenrenten verbreitet,

(Zurufe von der SPD)

das finde ich schon erstaunlich. Zu Zeiten, zu denen Sie noch gar nicht dem Landtag angehört haben, haben wir angestoßen

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

und auch erreicht, dass sowohl der Grundbetrag als auch die Steigerungsraten bei den Abgeordnetenrenten abgesenkt wurden. Wenn Sie finden, das Niveau sei immer noch zu hoch,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Nein! Ich sage Ihnen etwas! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

frage ich mich, warum die Regierungsfractionen keinen Gesetzentwurf vorgelegt haben, um die Abgeordnetenrenten zu senken.

(Lebhafter Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stattdessen haben Sie hier eine große „Gosch“, um sich Beifall von der Zuhörertribüne zu sichern. Das ist doch eine Unverschämtheit!

Jetzt mache ich weiter, weil ich noch zu Aussagen vonseiten der CDU kommen will.

Präsident Straub: Frau Abg. Bender, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Nein, ich will mir zuerst die CDU vornehmen.

Herr Mayer-Vorfelder – –

Präsident Straub: Frau Abg. Bender, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Noll?

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Nein, ich will mir jetzt die CDU vornehmen. Dafür brauche ich meine Redezeit noch.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Mayer-Vorfelder, Sie sagen auf der einen Seite, es gebe immer mehr Leute, die Rente beziehen, und immer weniger, die einzahlen. Das ist richtig. Deswegen muss man etwas tun. Insoweit sind wir uns immerhin schon einig.

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Dann warnen Sie vor stetig steigenden Steuerzuschüssen zur Rentenversicherung. Das passt Ihnen nicht. Schließlich sagt der Herr Finanzminister: Es ist aber gemein, wenn das Rentenniveau abgesenkt wird. Da kann ich Sie nur fragen: Wie hätten Sie es denn gern? Wenn die Quadratur des Kreises das Konzept der Opposition im Bundestag ist, dann sage ich: Na dann, gute Nacht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Herr Stratthaus, Sie haben das Bundesverfassungsgericht als Argument angeführt. In der Tat, es wird demnächst über die Besteuerung der Renten entscheiden. Wenn es zu einem Konzept der nachgelagerten Besteuerung kommt, wird man eine entsprechende Änderung vornehmen.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Stellen Sie sich einmal vor, man hätte im Bundestag gesagt: Wir tun jetzt erst einmal nichts, wir warten auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts.

(Abg. Drexler SPD: Wie die alte Regierung!)

Dann wären Sie doch die Ersten gewesen – in diesem Fall zu Recht –, die gesagt hätten:

(Zuruf des Abg. Mayer-Vorfelder CDU)

„Es kann doch wohl nicht sein, dass in der Politik Stillstand einkehrt, weil alle auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts warten. Wo gibt es denn so etwas?“

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Wir haben doch den Vorschlag gemacht!)

Jetzt zum Argument mit den Immobilien.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Dieses halte ich gerade für interessant. Denn Sie, meine Damen und Herren von der CDU, wissen genau, dass es in der Frage der Anerkennung von Wohneigentum als Alters-

vorsorge zwischen Ihnen und uns, den Grünen, keinen DisSENS gibt.

(Zuruf des Abg. Haas CDU – Zuruf: Dann setzen Sie sich einmal durch!)

Aber man muss sich doch mit dem Problem auseinandersetzen, dass man mit Wohnungseigentum a) Pleite gehen kann – sprich Zwangsversteigerung –,

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

dass man es b) verkaufen

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

und c) vererben kann.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Jetzt entlarven Sie sich!)

Dies alles muss man zunächst einmal lösen, wenn man will, dass es eine mit staatlichen Zuschüssen geförderte, sichere Altersvorsorge sein soll.

(Abg. Haas CDU: Und was hat Riester gesagt?)

Dafür könnten Sie doch einmal ein Konzept vorlegen. Ein solches habe ich noch nicht gesehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Abg. Bender, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Haas?

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Bitte schön.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Haas.

Abg. Haas CDU: Frau Bender, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass Bundesarbeitsminister Riester auf diese Frage gesagt hat:

(Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Reine Rhetorik!)

„Immobilien können nur berücksichtigt werden, wenn deren Besitzer sie an eine Bank abgeben und dafür lebenslang Rente beziehen“? Das war die Antwort von Riester. Deswegen stimmt das, was Maurer gesagt hat, nicht.

(Zuruf des Abg. Maurer SPD)

Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Ja, aber es gab darüber schwierige Verhandlungen zwischen Rot und Grün. Das wissen Sie auch.

(Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

Wenn Sie ein gescheitertes Konzept vorgelegt hätten, hätten Sie uns bei der Durchsetzung behilflich sein können. Das haben Sie aber nicht getan.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Abg. Haas CDU: Wir machen das im Bundesrat! – Abg. Haasis CDU: Sie haben es doch letzte Woche im Bundesrat abgelehnt! Sie haben keine Ahnung, was läuft!)

(Birgitt Bender)

Jetzt komme ich noch einmal zum Thema Frauen, Herr Mayer-Vorfelder. Sie kritisieren, dass Frauen, die jetzt unter 40 Jahre alt sind und keine Kinder haben, bei der Witwenrente schlechter gestellt würden.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Dagegen werden Frauen mit Kindern – ich erinnere daran – durch die Rentenreform in vielfältiger Weise besser gestellt.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! – Abg. Haas CDU:
Aber nicht alle! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD:
Doch!)

Wir erkennen nach unserem Rentenreformkonzept die Kindererziehung – sie wird ja vorwiegend immer noch von den Frauen geleistet –

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

ständig als einen förderungswürdigen Tatbestand an und tun damit etwas für die eigenständige Alterssicherung der Frauen. Herr Mayer-Vorfelder,

(Zuruf des Abg. Mayer-Vorfelder CDU)

vielleicht ist das Ihr Problem, dass die Frauen jetzt eine eigenständige Alterssicherung aufbauen können und damit nicht mehr in gleicher Weise wie früher von ihrem Mann abhängig sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das widerspricht Ihrem Frauenbild. Da kann ich nur sagen: Das Frauenbild eines Gerhard Mayer-Vorfelder kann im Jahr 2001 für politische Reformen nicht erkenntnisleitend sein.

Danke schön.

(Anhaltender lebhafter Beifall beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

(Abg. Nagel SPD: Anrechnung von Plomben auf die Rente!)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zuerst einmal weise ich den Vorwurf des Populismus, was die Altersversorgung von Abgeordneten und Regierungsmitgliedern betrifft, zurück. Das ist keine Regierungssache, wie Sie wissen, Frau Bender, sondern das ist eine Sache des Parlaments, die wir selbst entscheiden können.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Bebber SPD: Eine Mehrheit muss man dafür haben!)

Wir sind uns, glaube ich, durch die Bank einig, dass es da Reformbedarf gab, gerade weil wir den Rentnern, die zwangsweise in der gesetzlichen Rentenversicherung sind, starke Einschnitte zumuten. Sie versuchen nur, das zu bemänteln. Herr Maurer, Sie liegen falsch, wenn Sie sagen: Wir lehnen das ab.

(Abg. Bebber SPD: Sie vermursen doch alles!)

Die Demographie verlangt das. Das ist keine Frage. Da darf man den Menschen nur nichts anderes vormachen, als man tatsächlich tut. Das tun Sie nämlich mit Ihren Zahlen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Jetzt zum Thema „private Eigenvorsorge“. Das war ja ein richtiger Schritt. Diesen richtigen Schritt hat die FDP immer gefordert. Jetzt haben Sie sich dazu durchgerungen. Aber was machen Sie? Sie geben das ein Stück weit in die Eigenverantwortung, aber trauen den Menschen die Eigenverantwortung wieder nicht zu, sondern meinen, das müsse man jetzt alles wieder ganz genau verregeln, „verriestern“ und für jeden eindeutig festlegen.

Genau am Beispiel der Einbeziehung von Immobilien in die Altersversorgung möchte ich das einmal ganz deutlich machen. Historie war: Sie wollten ursprünglich Immobilien überhaupt nicht für den Bereich der privaten Eigenvorsorge zulassen. Das ist einfach wahr.

(Abg. Bebber SPD: Weil es schwierig ist!)

Dann kam der Druck, ich hoffe, ein Stück weit auch aus Baden-Württemberg, weil wir uns in Baden-Württemberg einig sind, dass es keine bessere Altersvorsorge gibt, als schuldenfrei in seinem eigenen Häusle zu wohnen. Das ist einmal der Fakt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dann haben Sie versucht, die Immobilien symbolisch mit hineinzubringen. Weil Ihnen das aber suspekt ist, haben Sie Regelungen entwickelt, die das faktisch und praktisch unmöglich machen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kluck FDP/
DVP: So ist es!)

Kein Mensch wird nämlich bereit sein, zusammen mit den Kindern ein Haus zu bauen oder zu kaufen, wo es schwer genug ist, das Geld lockerzumachen,

(Abg. Drexler SPD: Sie haben doch gar keinen Vorschlag gemacht!)

wenn er weiß: Mit 65 Jahren muss ich das Haus an die Bank übertragen. Da steht halt: Gefördert werden nur diejenigen, die ihr eigenes Haus an die Bank übertragen und dafür eine lebenslange Rente erhalten.

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

Sie haben sich auch ein Stück weit geoutet. Ihr Bild von den Menschen ist folgendermaßen:

(Abg. Drexler SPD: Jetzt machen Sie doch einen Vorschlag!)

Sie misstrauen den Menschen, die ihr Geld so anlegen, wie sie glauben, dass es richtig ist,

(Abg. Drexler SPD: Vorschlag! Vorschlag!)

zum Beispiel in das eigene Haus, und gehen davon aus, dass die Hälfte dieser Menschen das Häuschen verjubeln, wenn sie in die Rente eintreten.

(Abg. Maurer SPD: Machen Sie einen Vorschlag!)

(Dr. Noll)

Das Gegenteil ist der Fall. Es gibt vielleicht extreme Ausnahmen, aber wegen der extremen Ausnahmen in Einzelfällen wollen Sie Regeln einführen, die dieses bewährte Instrument der Altersversorgung wirklich kaputt machen.

(Abg. Bebber SPD: 16 Jahre lang nur Murks gemacht! Leute, hört doch auf! – Abg. Drexler SPD: Machen Sie doch einen Vorschlag!)

Genauso ist es bei der Einbeziehung der Altverträge. Ich finde das skandalös. Gerade in unserem Land haben Menschen für ihr Alter schon früher vorgesorgt, weil sie nämlich den Sprüchen der Politiker, die Rente sei sicher, nicht geglaubt haben.

(Abg. Bebber SPD: Warum haben Sie es denn nicht gemacht?)

Genau diesen Leuten wollen Sie nicht zubilligen, dass das steuerlich anerkannt wird, wenn es sich um Versicherungen handelt, die Einmalzahlungen beinhalten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Auch da frage ich: Wie sieht denn Ihr Menschenbild aus? Warum schließt jemand eine solche Versicherung ab?

(Abg. Bebber SPD: Warum haben Sie es denn nicht gemacht?)

Er denkt: „Mit 65 Jahren bekomme ich das ausbezahlt; dann nutze ich es vielleicht dazu, mein Haus zu entschulden.“ All dies wird nicht mehr möglich sein, weil Sie den Menschen schlicht und einfach nicht zutrauen, private Vorsorge wirklich verantwortlich zu treffen.

Wenn Sie sagen: „Wir müssen auch die Vererbbarkeit ausschließen“, haben Sie sich entlarvt, Frau Bender. Sie haben gesagt: Es darf nicht vererbt werden.

(Abg. Drexler SPD: Warum haben Sie es denn nicht gemacht? – Abg. Maurer SPD: Wollen Sie eine Rente vererben?)

Damit habe ich ein großes Problem. Für mich ist das Vererben eines Hauses Eigenvorsorge über Generationen hinweg, und das möchte ich meinen Kindern zukommen lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Letzte Bemerkung: Wir müssen ehrlicher miteinander umgehen.

(Oh-Rufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

Wir dürfen nicht darauf setzen, dass die Menschen brutto, netto und die Inflationsrate nicht einschätzen können. Ich darf der Historie halber einmal daran erinnern, dass Ihr Bundeskanzler vor der Bundestagswahl den Menschen die Rückkehr zur bruttolohnbezogenen Rente versprochen hat. Danach hat er tränenreich gesagt: Ich habe mich getäuscht.

(Abg. Bebber SPD: Warum haben Sie es denn nicht gemacht? – Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Er hat dann noch nicht einmal an der nettolohnbezogenen Rente festgehalten, sondern ist sogar auf den Inflationsausgleich zurückgegangen. Es ist ein doppelter Betrug, den Sie an den Wählerinnen und Wählern begangen haben,

(Beifall bei der FDP/DVP – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

weil Sie sich nicht trauen, den Menschen klar zu sagen: Wir müssen dieses Alterssicherungssystem grundlegend auf neue Füße stellen.

(Abg. Drexler SPD: Das ist ein Heuchler da vorn! – Gegenruf des Abg. Drautz FDP/DVP: Drexler bellt wieder! – Unruhe)

Jetzt noch zu den Frauen.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Dann machen Sie doch einen Vorschlag! – Zuruf von der SPD: Holen Sie doch mal Luft!)

Was Sie, Frau Bender, für die Frauen unter 40 gesagt haben, stimmt ja. Aber genau dieser Bereich ist Ihnen anscheinend völlig schnuppe. Es gibt sehr viele – Frau Kollegin Berroth ist eine davon –, die sich kritisch geäußert haben. Lesen Sie einmal die Stellungnahme des Landesfrauenrats über die Erhöhung des Eintrittsalters in die Rente und über die Kürzungen, die kommen werden.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

– Ja, okay. Aber Sie haben es nicht zurückgenommen.

(Abg. Drexler SPD: Sie sind ein Heuchler da vorn!)

– Es ist überhaupt keine Heuchelei, sondern nur der Versuch, Ihnen klar zu machen, dass dieser Teil der Frauen in der Bevölkerung von den Belastungen sehr wohl betroffen ist, dass diese Frauen, die wirklich die „Gekniffenen“ sind, aber hinsichtlich der Entlastungen durch bessere Anerkennung von Kindererziehungszeiten wegen willkürlicher Stichtagsregelungen massiv vernachlässigt werden.

(Abg. Drexler SPD: 16 Jahre!)

Wenn Sie es mir nicht glauben, lesen Sie die Stellungnahme des Landesfrauenrats nach. Ihm stehen Sie vielleicht näher und glauben ihm eher.

(Beifall bei der FDP/DVP – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Dr. Noll – –

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Fazit: Es ist viel zu viel gelogen, betrogen und geschönt worden. Es wird höchste Zeit,

(Abg. Wieser CDU: Dass die Bundesregierung wekommt!)

dass man Fakten auf den Tisch legt und an den Fakten entlang versucht, zukunftsfähige Lösungen zu finden. Was Sie

(Dr. Noll)

derzeit machen, ist auf keinen Fall zukunftsfähig. Ich vermute, nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil wird Ihre Reform sowieso Makulatur sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Kluck FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Drexler SPD: 16 Jahre, für die Sie verantwortlich sind, und jetzt stellen Sie sich hier hin!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rapp.

Abg. Rapp REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte die offene Frage von Frau Bender noch beantworten: Laut Arbeitsminister Riester beträgt der Bundeszuschuss zu den Renten 137 Milliarden DM.

Um der Debatte ein wenig die Spannung zu nehmen und zu zeigen, dass auch auf roter Seite nicht alle zufrieden sind, zitiere ich aus der „Hexenpost“ der ÖTV:

Die Bundesregierung wird ihrem Anspruch, mehr für die eigenständige Alterssicherung für Frauen tun zu wollen, mit der vorliegenden Reform nicht gerecht. Gerade für berufstätige Frauen mit Kindern verschlechtert sich die Situation noch.

So weit die ÖTV. Dazu sollten Sie vielleicht einmal Stellung nehmen. Frau Bender, wenn schon die ÖTV unzufrieden mit Ihnen ist, gibt es in der Rentensache wahrscheinlich gar keine Zufriedenen in diesem Land mehr.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Deuschle REP: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, Bundesarbeitsminister Riester schreibt in seiner Broschüre:

Die neue Rente fördert, was bisher fehlte: zusätzliche Eigenvorsorge.

Nun haben wir zusätzliche Eigenvorsorge zwar alle sehr gern, aber es kann doch nicht sein, dass es ab 2008 eine Belastung gibt, bei der wir letzten Endes irgendwann bei einem Beitragssatz von 22 % stehen, der erwirtschaftet werden muss. Effektiv bleiben für die private Zusatzversicherung 4 % des Bruttolohns. Das heißt, netto werden es im Durchschnitt für den Einzelnen 6 % sein. Dann muss er praktisch 28 % erwirtschaften, um diese Versicherung für das Alter überhaupt zu haben.

Bei Ihnen von Rot-Grün sehe ich schon ein gestörtes Verhältnis zum Eigentum,

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

wenn Sie zum Beispiel ein Haus nicht werten wollen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Deuschle REP: Bravo!)

Ich bin doch nicht dazu bereit, im Alter zwischen 30 und 55 die Schulden für mein Haus abzubezahlen und mit 60, 65 Jahren zur Bank zu gehen und zu sagen: „Da habt ihr es.“ Das ist nicht der Sinn eines Hausbaus. Ich baue doch nicht in jungen Jahren ein Haus, um es später der Bank zu übertragen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wo er Recht hat, hat er Recht!)

Der Sinn eines Hausbaus ist, dass ich meinen Kindern ein anständiges Zuhause bieten kann, dass ich selbst anständig leben kann und dass ich das, was ich erarbeitet habe, an die nächste Generation weitergeben kann. Das ist der Sinn, wenn man sich ein Haus baut. Man tut es nicht, um es am Schluss der Bank zu übertragen.

(Beifall bei den Republikanern)

Das zeigt Ihr gestörtes Verhältnis zum Eigentum.

Meine Damen und Herren, diese private Altersvorsorge, die über das Maß der Beiträge, die jeden Monat per Gesetz zu leisten sind, hinausgeht, ist doch im Prinzip die Bankrotterklärung des Generationenvertrags.

Das ist die Bankrotterklärung. Sie sagen: „Wir haben die Rente kaputtgewirtschaftet; jetzt muss eine neue Rente her.“ Dies wollen wir nicht mitspielen.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Ich sage Ihnen aber, was wir gerne machen würden. Auch hier möchte ich mich nicht drücken. Ich möchte zum Beispiel, dass Frauen in den Genuss der Anerkennung von Kindererziehungszeiten kommen oder Vorteile bei der Rente bekommen – ich bin sehr dafür, dass wir hier sozial vorgehen –, aber ich möchte, dass zum Zeitpunkt der Erziehung Beiträge bezahlt werden, die nachher den Frauen zugute kommen. Keinen Blankoscheck in die Zukunft ausstellen, sondern jetzt die Beiträge einzahlen, die der Frau, die jetzt zu Hause erzieht, fehlen, weil sie nicht arbeiten kann.

(Beifall bei den Republikanern)

Wir möchten zum Beispiel auch, dass, wenn Aussiedler oder andere Personen in der Mitte ihres Lebens oder am Ende ihres Arbeitslebens nach Deutschland kommen, sie in der Rentenversicherung nachversichert werden und man ihnen nicht einfach ein Versprechen gibt: „Jetzt geht mal rein. Wir rechnen euch da irgendetwas zurecht“, sondern dass man sagt: „Sie sind jetzt 44 Jahre alt, und wir versichern Sie nach.“ Das kostet eben Geld.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Dafür haben Sie dann einen Ausgabetitel für Zuwanderung in Ihrem Haushalt, und damit müssen Sie zurechtkommen. Wenn Sie so in der Vergangenheit verfahren wären, dann gäbe es heute die Diskussion über das Rentenproblem überhaupt nicht.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Nein, danke.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Bitte! Ich habe Ihnen angeboten, etwas klarzustellen!)

Wir müssen – das ist auch klar – langfristig den Weg von der Umlageversicherung zur kapitalgedeckten Versicherung finden.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Da sind wir uns einig!)

(Rapp)

Aber wir wissen auch, dass uns dazu eine Zahlergeneration fehlt und dass das nur ein sehr langsamer Prozess sein kann, von dem vielleicht unsere Enkel oder Urenkel dann zu 100 % profitieren können. Aber es muss das Ziel der Politik sein, ein solch zuverlässiges System zu schaffen, bei dem jemand einen klaren Rechtsanspruch hat und mit 30 Jahren weiß, was er mit 65 Jahren bekommt.

(Beifall bei den Republikanern)

Das ist doch das Wichtige bei einer Rente. Wir haben heute einerseits den einkommensbezogenen Rentenbeitrag, und den zweiten Rentenbeitrag zahlen wir an der Tankstelle. Bei dem zweiten Rentenbeitrag an der Tankstelle zahlen wir pro Liter inzwischen 21 Pfennig Ökosteuer inklusive Mehrwertsteuer, und 14 Pfennig davon kommen in der Rentenkasse an. 7 Pfennig landen also schon im Bundeshaushalt. Ein Drittel der Ökosteuer verwenden Sie noch nicht einmal für Renten, für die Ökologie gleich gar nicht. Das zeigt, wie falsch die Etikettierung dieser Ökosteuer ist. Kein Pfennig geht in den Bereich, den Sie vorgeben.

Meine Damen und Herren, wir Republikaner stehen zum Generationenvertrag der Rente. Wir wollen, dass sich auch zukünftige Generationen darauf verlassen können. Aber es müsste doch das Ziel sein, die Rentenkassen weiter von der Politik zu entfernen,

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

ihnen den Status zu geben, den bisher etwa die Bundesbank gehabt hat, um die Begehrlichkeiten von Politikern im Bund – manchmal auch in den Ländern, aber hauptsächlich im Bund – etwas zurückzudrängen. Wenn wir das alles richtig gemacht hätten, hätten wir heute kein Rentenproblem,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das stimmt natürlich nicht! Die Demographie gibt es trotzdem!)

und die Leute draußen wüssten, woran sie sind.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Finanzminister Stratthaus.

Ich darf aber noch einmal darauf hinweisen, dass die Regierung gebeten ist,

(Minister Stratthaus: Keine Angst, ich halte die Rede frei!)

die Redezeiten einzuhalten.

(Abg. Brechtken SPD: Es geht auch um die Redezeit, Herr Minister!)

Finanzminister Stratthaus: Herr Maurer hat sich wegen des Rentensplittings künstlich aufgeblasen. Deswegen will ich noch einmal erläutern, wie sich das verhält,

(Abg. Haasis CDU: Das kapiert er trotzdem nicht!)

und ich gehe in der Sache keinen Zentimeter zurück.

Die Eheleute stehen, wenn sie das Rentensplitting machen, vor der Frage, wer wahrscheinlich früher stirbt.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Denn je nachdem, für wen sie sich entscheiden, wird die Rente unterschiedlich ausfallen. Wenn sie sich für das Rentensplitting entscheiden, dann wird sich derjenige, der die höhere persönliche Anwartschaft hat, wenn der andere vorher stirbt, schlechter stellen, als wenn der andere nicht vorher gestorben wäre. Beim Rentensplitting wird über die Höhe der späteren Rente mittels einer Prognose entschieden werden, wer von den beiden Ehepartnern wahrscheinlich länger lebt. Das ist die Wahrheit, und deswegen hat es überhaupt keinen Sinn, sich künstlich aufzublasen.

(Beifall bei der CDU)

Der zweite Punkt, zu dem ich einfach einmal Ruhe stiften muss, betrifft die Wohnungsfrage. Riester hat auf die Frage, ob die eigengenutzte Wohnung mit einbezogen werden kann, gesagt: „Dazu wird nichts Näheres geregelt.“ Wenn er sich an die zwölf Punkte seines Altersvermögensgesetzes hält, dann ja. Diese zwölf Punkte verlangen aber, dass jemand mit 65 Jahren ein regelmäßiges monatliches, in Bargeld ausbezahltes liquides Einkommen hat. Dies setzt doch voraus, dass er die Wohnung verrentet.

(Abg. Maurer SPD: Das ist das Wesen einer Rente! – Abg. Brechtken SPD: Wir reden über Rente und nicht über Vermögensbildung!)

– Hören Sie, Herr Maurer, Ihr Beitrag ist so qualifiziert wie alle Ihre Beiträge.

(Abg. Maurer SPD: Was ist denn eine Rente?)

– Sie haben doch vorhin gesagt, man müsse das Haus nicht verkaufen. Jawohl, man muss es verkaufen; denn nur dann kann das Haus verrentet werden.

(Beifall bei der CDU)

Kapieren Sie das doch endlich! Schreien Sie nicht dazwischen, wenn Sie keine Ahnung haben.

(Beifall bei der CDU)

Nächster Punkt: Herr Maurer hat uns vorgeworfen, auch Blüm hätte mit seiner Rentenreform ein Rentenniveau von 64 % verursacht, und ich hätte das verteidigt und hätte ihn beschimpft.

(Abg. Maurer SPD: Ja!)

– Nein, Blüm ist ein ehrlicher Mann. Das ist der Unterschied zu Riester.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD)

Blüm hat eine Rentenreform vorgelegt, bei der die Rente auf 64 % abgesunken wäre. Riester hat eine Reform vorgelegt, bei der sie auf etwa das gleiche Niveau absinkt, wenn Sie die Basis auf die gleiche Art berechnen, wie Blüm das gemacht hat. Sie haben doch die Basis manipuliert.

(Minister Stratthaus)

(Abg. Maurer SPD: Wofür ist denn Herr Stratthaus?)

– Herr Stratthaus ist immer für die Wahrheit.

(Abg. Maurer SPD: Für wie viel Prozent sind Sie?)

– Es geht hier nicht darum, wie viel Prozent es sind, sondern darum, dass Sie in Ihrer Rechnung getäuscht haben, dass Sie behauptet haben, Sie hätten 67 % Rentenniveau zu versprechen, während es in Wirklichkeit nur 64 % sind – und damit basta, um den Kanzler zu zitieren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Maurer SPD: Für wie viel Prozent ist Herr Stratthaus? – Abg. Brechtken SPD: Der kann nicht einmal Prozentrechnen!)

Der nächste Punkt betrifft die Steuerreform, Frau Bender. Hierzu muss ich auch noch aufklärend wirken. Sie haben gesagt, wir hätten gar nichts gemacht, weil wir auf das Urteil des Verfassungsgerichts gewartet hätten. Okay, das haben Sie gesagt; das ist auch in Ordnung.

Mein Argument war aber ein ganz anderes: Zum Zeitpunkt der Steuerreform des letzten Jahres rechnete man ja bereits ziemlich sicher damit – Sie haben es vorhin ja auch angedeutet –, dass die nachträgliche Versteuerung der Alters-einkünfte kommt. Dies wollte der Bundesfinanzminister auch im Entwurf der Rentenreform vorsehen. Wenn er das gemacht hätte, hätte man jetzt eine Rentenreform gestalten können, die hält. Damals wurde Eichel aber von Schröder zurückgepfiffen, weil er einfach Angst hatte, dass dies negative Auswirkungen auf das Ansehen der SPD hat. So war es eben. Das ist die Wahrheit – und damit auch wieder basta.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD)

Als Nächstes muss ich – Herr Oettinger wird es mir verzeihen – einmal etwas ganz Gutes über die FDP sagen; ich mache das in diesen Zeiten ungern, aber es ist eben die Wahrheit. Herr Drexler hat in seiner bekannt qualifizierten Art wieder einmal dazwischen geschrien, die FDP habe keinen Antrag vorgelegt. Das stimmt nicht. Die FDP hat im Bundestag einen wohl ausformulierten Änderungsantrag vorgelegt, mit dem das Wohnungseigentum in die Rentenreform einbezogen werden sollte. Dies hat die FDP gemacht, und Herr Drexler hat sich wieder einmal getäuscht.

(Abg. Fleischer CDU: Wieder einmal! Bewusst und vorsätzlich getäuscht!)

Meine Damen und Herren, übrigens gibt es ausformulierte Vorschläge der Bausparkassen, wie man es einbeziehen kann; es gibt Vorschläge der Wohnungswirtschaft. Aber Riester hat gesagt: „Nur mit meinen zwölf Punkten.“ Dann geht es nur über Verrentung, und Verrentung bedeutet den Verkauf des Hauses.

Alles in allem, meine Damen und Herren: Vor der letzten Bundestagswahl hat der jetzige Bundeskanzler gesagt, er würde zur bruttolohnbezogenen Rente zurückkehren. Anschließend ist er aber zu gar keiner bezogenen Rente zurückgekehrt, sondern hat die Rente nach Gutsherrenart festgelegt und hat den Rentnern nur einen Inflationsausgleich gegeben. Das war ein übler Betrug.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann deswegen alles in allem zusammenfassen, meine Damen und Herren: Sie haben es nach der Bundestagswahl gezeigt, Sie haben es jetzt gezeigt: Sie nehmen den Rentner nicht ernst!

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 1, die Aktuelle Debatte, abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der SPD mit der Antwort der Landesregierung – Zukunft der Unterrichtsversorgung – Drucksache 12/5191

Mit aufgerufen sind der Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/6028, sowie der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 12/6031.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt, für das Schlusswort fünf Minuten.

Das Wort erhält Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie vonseiten der CDU können es nicht länger leugnen: Nach wie vor gibt es an unseren Schulen einen zum Teil erheblichen, gravierenden Unterrichtsausfall, und die Tendenz ist steigend.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Erheblichen, gravierenden!)

Die Ursache, meine Damen und Herren, ist eine falsche Personalpolitik. Noch vor zwei Jahren hatten Sie und die Kultusministerin jeglichen Unterrichtsausfall an baden-württembergischen Schulen abgestritten; ich füge hinzu: wider besseres Wissen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Haasis CDU: Oje! Oh Zeller!)

Auf Druck von Eltern und von uns mussten Sie Erhebungen zum Unterrichtsausfall durchführen, die all das bestätigten, was wir Ihnen zuvor gesagt hatten.

(Lachen des Abg. Rau CDU)

Am 18. Januar dieses Jahres veröffentlichten Sie eine neue Umfrage mit der Absicht, dass nun ja alles besser dargestellt werden sollte – frei nach dem Motto: „Ist alles halb so schlimm, der so genannte Pflichtunterricht ist gesichert.“ Vom wichtigen Ergänzungsunterricht, den Sie in Ihrer Amtszeit radikal gekürzt haben und der eigentlich wichtiger Bestandteil einer ganzheitlichen Erziehung ist, reden Sie schon gar nicht mehr.

Auf besagter Pressekonferenz kündigten Sie, Frau Schavan,

(Abg. Bebbler SPD: Die gar nicht da ist!)

eine weitere Erhebung für die erste Februarwoche an. – Frau Schavan ist gar nicht da. So wichtig nimmt sie offensichtlich dieses Thema.

(Zeller)

(Abg. Brechtken SPD: Das Kabinett macht Betriebsausflug an Plenartagen! Unmöglich! – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Sie wissen doch, wo sie ist! Sie wissen doch, dass die Kultusministerkonferenz heute tagt! – Abg. Rech CDU: Mein Gott, Zeller! Der Zeller weiß nicht einmal, dass heute Kultusministerkonferenz ist!)

Sie holt sich wahrscheinlich den höchsten Segen ab.

Frau Schavan kündigte eine erneute Erhebung für die erste Februarwoche an. Aber auch hier Fehlanzeige! Auch hier verfährt Frau Schavan nach dem Prinzip: Hauptsache eine Ankündigung.

Ich sage Ihnen: Sie wusste ganz genau, dass die Zahlen noch schlechter ausfallen würden als die, die heute schon vorliegen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen)

Als ich Frau Schavan im Schulausschuss gefragt habe, warum es zu dieser Verschiebung komme, hat sie entlarvend gesagt, sie wolle die Erhebung vor der Wahl nicht mehr veröffentlichen. Das war ihre Aussage. Dies nenne ich unseriös, und das ist nichts anderes als eine Täuschung der Öffentlichkeit, der Eltern, der Schüler und der Lehrer.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen)

Aber es kommt noch ein bisschen besser: Frau Schavan und ihre Wahlkampfhelfer reden wider besseres Wissen davon, dass sie in dieser Legislaturperiode mehr Lehrerstellen geschaffen habe, als dies versprochen worden sei.

(Abg. Rau CDU: Ich habe gewusst: Der kapiert es nicht! Ich habe es schon im Ausschuss gewusst: Der kapiert es nicht!)

Auch hier Fehlanzeige! Herr Rau, Sie werden nachher bestätigen müssen: Die Landesregierung hat in dieser Legislaturperiode 1 600 Stellen geschaffen. Wir hatten bei den Haushaltsberatungen die Anträge gestellt, mehr Lehrerinnen und Lehrer einzustellen, wie Sie das versprochen hatten, und Sie haben diese Anträge damals abgelehnt.

(Zuruf der Abg. Ingrid Blank CDU)

Das nenne ich schlichtweg unseriös.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht noch weiter. Ich will Ihnen nur einmal deutlich machen, mit welchen Trickereien Sie gegenüber der Öffentlichkeit arbeiten. In einem Interview mit dem „Focus“ in der letzten Woche behauptete Frau Schavan doch allen Ernstes auf die Frage nach dem Lehrermangel – ich zitiere –:

Wir haben in meinem Bundesland längst reagiert: 14 235 Lehrer mehr in fünf Jahren.

(Lachen des Abg. Maurer SPD)

Meine Damen und Herren, dieses Interview – ich habe mich gerade erkundigt – war autorisiert. Ich fordere Sie hier auf, anstatt falsche Zahlen zu nennen – –

(Abg. Capezzuto SPD: Haben Sie das gelesen, Herr Rau?)

Sonst sind Sie ja auch immer so fix. Wenn die dpa 5 119 nennt, kommen Sie sofort und sagen, es seien 5 219. Sie hat gesagt, es seien 14 235 Lehrer mehr eingestellt worden. Das ist schlichtweg falsch. Es waren 1 600 und nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Capezzuto SPD: Herr Rau!)

Ich fordere Sie also auf: Kehren Sie zur Wahrheit zurück, und lügen Sie die Öffentlichkeit nicht vor der Wahl noch an!

Sie, meine Damen und Herren, tragen die Verantwortung für den Unterrichtsausfall von über 80 000 Stunden pro Woche, Tendenz steigend!

(Beifall bei der SPD)

Sie tragen die Verantwortung für immer größer werdende Klassen, und Sie tragen die Verantwortung dafür, dass unsere Grundschulkinder die geringsten Unterrichtszeiten und keine verlässliche Halbtagsgrundschule haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie tragen auch die Verantwortung für eine falsche Personalpolitik. Sie haben die Zweidrittelstellen abgeschafft. In einer Zeit, in der wir die jungen Menschen noch zur Verfügung hatten, haben Sie diese Leute nicht eingestellt, sondern haben diese Regelung, die wir in der großen Koalition zusammen getroffen haben, wieder abgeschafft, mit dem Ergebnis, dass Leute mit der Note 1,4 auf der Straße gestanden sind, nicht wussten, was sie tun sollen, und Taxifahrer wurden. Das war Ihre falsche Personalpolitik!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Zeller, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Vossschulthe?

Abg. Zeller SPD: Nein. Am Schluss.

Ich sage Ihnen auch: Sie haben nicht die Chance genutzt, die noch zur Verfügung stehenden Bewerber zu übernehmen. Stattdessen haben Sie sie erneut vor die Tür gesetzt. Manchmal habe ich den Verdacht, dass Sie die Realität an den Schulen nicht wahrnehmen.

Ich hätte jetzt der Frau Schavan gern noch eine Geschichte vorgetragen. Sie war ja erst kürzlich bei den Ordensschwestern in Hegne. Mit denen hat sie diskutiert und damit auch ihr ideologisches Weltbild gezeigt. Ich zitiere kurz aus dem Artikel im „Südkurier“:

„Erziehung ist keine Frage des Geldes, sondern des Charakters“, sagt die studierte Theologin und Pädagogin Annette Schavan in so subtiler Tonart, dass die gastgebende Schulleiterin das Gesicht in ihre Hände vergräbt und Schwester Edith mit rotem Kopf die Finger auf den Podiumstisch trommelt.

(Zeller)

Das ist die Realität: Selbst Ordensschwwestern nehmen die Ministerin nicht mehr ernst.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Und die anwesenden Erzieherinnen verstanden die Einlassungen im Übrigen als einen Aufruf: „Frauen zurück an den Herd!“ Es ist doch klar, dass es mit einer solchen Ideologie nichts mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden kann, mit einer verlässlichen Halbtagschule oder mehr Ganztagschulen. Wer eine solche Denkweise im Kopf hat, der kann keine vernünftige Bildungspolitik machen!

Deswegen sage ich nochmals, dass die Schulwirklichkeit bei der Kultusministerin offensichtlich nicht verankert ist. Eltern werfen der Kultusministerin geschönte Zahlen und eine Verharmlosung vor. Ich finde es nicht nur lobenswert, wenn Eltern gegen den Unterrichtsausfall und wegen fehlender Lehrkräfte protestieren und einen Fackellauf unter dem Motto „Nicht mehr lange fackeln – jetzt Lehrkräfte einstellen“ organisieren. Es ist sogar die Pflicht von Eltern, sich für ihre Kinder einzusetzen und für mehr Bildung und Chancengleichheit zu demonstrieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wir haben gemeinsam mit den Grünen einen Antrag vorbereitet und Forderungen nach einigen Sofortmaßnahmen vorgelegt, die zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung führen sollen. Ich will jetzt nicht alles im Detail vortragen, aber ich sage Ihnen: Wir brauchen zusätzlich 5 000 Lehrstellen. Wir brauchen die Anerkennung von Lehramtsabschlüssen der anderen Bundesländer und die Einstellung auch derjenigen Lehrerinnen und Lehrer, die sich bereits über Jahre hinweg als Krankheitsstellvertretungen bewährt haben.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Keine Angst, kommt alles!)

Wir brauchen eine bessere Bezahlung von Hauptschullehrkräften und einen einheitlichen Ausbildungsgang der Sekundarstufe I. Wir brauchen eine leistungsbezogene Bezahlung der Lehrerschaft, und wir brauchen endlich vernünftige Einstellungsverfahren, um hier nicht gegenüber den anderen Bundesländern benachteiligt zu werden. Wir brauchen auch eine Öffnung für Seiteneinsteiger und eine Imagekampagne, damit die Lehrer nicht ständig madig gemacht werden, sondern den Lehrerberuf endlich als eine Chance sehen.

(Unruhe – Abg. Pfister FDP/DVP: Bundeskanzler: „Faule Säcke“!)

– Herr Pfister, nehmen Sie einmal das, was Herr Oettinger gesagt hat: „Faule Hunde“.

Meine Damen und Herren, wir brauchen, um eine gute Schule zu bekommen, mehr Chancengleichheit zu bekommen, mehr Qualität in der Bildungspolitik zu bekommen, nicht nur kleinere Klassen und selbstständige Schulen, sondern vor allem ausreichend viele Lehrkräfte.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Rau.

Abg. Rau CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben wieder einmal das alte Lamento der SPD gehört.

(Zuruf von der CDU: Immer das Gleiche!)

Die Regierung wird darauf die angemessene Antwort geben.

Sie haben vom Fackellauf gesprochen. Nehmen Sie dann aber auch zur Kenntnis, wie viele Schulleiter gerade in diesen Tagen öffentlich erklären, dass die Unterrichtsversorgung an ihren Schulen in Ordnung ist.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Das hängt mit unserer Politik und nicht mit Ihrer destruktiven Haltung zusammen.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD – Abg. Ingrid Blank CDU: Welches Bild von unseren Lehrern haben Sie? – Zuruf des Abg. Rech CDU)

Ich will etwas anderes in den Mittelpunkt meines Debattenbeitrags stellen, nämlich die Frage, was von den Ankündigungen der SPD zu halten ist. Die SPD hat ja für die Wahlen ein Wahlprogramm – 5 000 Lehrstellen und ein Bündel von Versprechungen – in die Öffentlichkeit gebracht, und ich möchte es kurz kommentieren.

Im Programm stehen 1 000 Stellen pro Jahr und das Versprechen, ab 2001, ab diesem Sommer, den Fremdsprachenunterricht in der Grundschule einzuführen. Dazu bräuchten Sie zu den bereits beschlossenen 940 Stellen weitere 400 allein im ersten Jahr und fast 1 600 in der Legislaturperiode. Mit 1 000 Stellen pro Jahr können Sie Ihr Versprechen schon in diesem Jahr nicht einlösen, ganz zu schweigen von der Notwendigkeit der Qualifizierung der Lehrer.

(Zuruf von der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie leiden unter Rechenschwäche!)

Oder gehen Sie davon aus, dass jetzt alles plötzlich per Naturtalent erledigt wird?

Sie wollen 1 000 Stellen pro Jahr, und Sie versprechen eine Grundschule mit täglich fünf Zeitstunden Unterricht. Doch allein dafür braucht man 3 500 Lehrstellen. Sie haben schon mit Ihren Versprechungen zum Fremdsprachenunterricht und zur verlässlichen Grundschule

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Was versprechen Sie denn?)

die ganzen 5 000 Stellen in dieser Legislaturperiode verzockt

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

und noch nichts zur Unterrichtsversorgung an sich beigetragen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Sie reden an der Realität vorbei!)

(Rau)

– Ich rede über das, was Sie an den Schulen anrichten würden. Die anderen Antworten bekommen Sie sicher von der Landesregierung.

Sie versprechen 1 000 Stellen pro Jahr und die massive Ausweitung der Ganztagschulen für alle Schularten.

(Abg. Bebber SPD: Sie haben schon in den Grundrechenarten Schwächen!)

Wenn Sie nur 100 zweizügige Hauptschulen, 100 dreizügige Realschulen und 50 dreizügige Gymnasien nehmen, haben Sie schon fast 1 200 Stellen allein für die Einrichtung der Ganztagschulen verbraucht. Sie stellen doch Zahlen in den Raum, die mit den bildungspolitischen Konzepten, die Sie vorlegen, überhaupt nicht in Einklang zu bringen sind.

(Abg. Wintruff SPD: Sie leiden unter Rechenchwäche! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Ihre Politik ist voller Widersprüche, und es ist wichtig, dass die Leute das erkennen.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD – Abg. Ingrid Blank CDU: Ihre Fantasie!)

1 000 Stellen pro Jahr! Im Jahr 2003 müssen wir die Vorgriffstunden zurückführen, was allein den Gegenwert von 1 300 Stellen ausmacht. In unserem Konzept zur Unterrichtsversorgung ist dies enthalten.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Da ist darüber überhaupt nichts drin!)

Mit Ihrem Konzept von 1 000 Stellen pro Jahr ist das Versprechen überhaupt nicht einzulösen.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Bei 1 000 Stellen pro Jahr haben Sie alles bereits mehrfach verbraucht und noch nichts getan, um den Zuwachs von 20 000 Schülern aufzufangen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wie wollen Sie denn Ihre Vorhaben finanzieren? Wie viele Stellen schaffen Sie denn? – Abg. Capezzuto SPD: Was haben Sie vor?)

Das alles würden Sie uns zumuten, das alles wollen Sie uns zumuten.

(Abg. Bebber SPD: Ihnen muten wir nichts zu!)

Was für ein Chaos wollen Sie eigentlich an unseren Schulen anrichten?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Widerspruch von der SPD)

Ich glaube, dass Sie gar kein Chaos anrichten wollen, weil Sie selbst nicht daran glauben,

(Abg. Bebber SPD: Sie sind nicht belastbar! Ihnen muten wir nichts zu!)

dass Sie je die Chance bekommen, dieses Programm in die Wirklichkeit umzusetzen. Das ist der Hintergrund Ihrer Versprechungen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Kiefl CDU: So ist es!

– Abg. Birgit Kipfer SPD: Das ist das Pfeifen im Walde!)

Sie sprechen von den Eltern. Da ist übrigens ganz interessant, dass in Ihrem Programm entgegen Ihren vielen Versprechungen gegenüber den Eltern keine Absenkung des Klassenteilers enthalten ist. Ziehen Sie daher nicht mehr über die Lande mit dem Versprechen, Sie würden das tun! Sie können das so wenig tun wie alles andere, was Sie im Zusammenhang mit den angekündigten 5 000 Stellen in den Raum gestellt haben.

(Abg. Capezzuto SPD: Sagen Sie das in Ihrem Wahlkampf! – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Mario, jede Stunde Absenkung bedeutet 3 000 Deputate! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Entscheidend ist, wie am Ende Wort und Tat übereinstimmen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Ja!)

Ich erkläre noch einmal: Wir haben mit Beschlüssen dieses Landtags 2 540 Stellen

(Abg. Capezzuto SPD: Das ist doch nicht wahr!)

und eine Springerreserve geschaffen,

(Abg. Zeller SPD: Das ist doch nicht wahr! Das ist doch gelogen!)

die 660 Lehrerstellen entspricht.

(Abg. Zeller SPD: Das ist doch gelogen! Lügen haben kurze Beine!)

– Hören Sie auf!

(Abg. Rech CDU zur SPD: Ihr seid leicht zu unterhalten!)

Damit haben wir unser Versprechen nicht nur erfüllt, sondern gemäß dem Bedarf, den wir erkannt haben, übererfüllt.

(Beifall der Abg. Ursula Kuri CDU – Abg. Zeller SPD: Gelogen!)

Weil wir das letzte Versprechen erfüllt haben, werden wir das nächste Versprechen mit 5 500 Stellen genauso erfüllen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Sicherung der Unterrichtsversorgung ist eine originäre Landesaufgabe. Sie ist eine staatliche Pflichtaufgabe. Es gibt kaum einen

(Renate Rastätter)

anderen Bereich der Politik, in dem die Verantwortlichkeit der Politik so klar erkennbar ist. Die Verantwortung für die immer schlechter werdende Unterrichtsversorgung und für den drohenden Lehrermangel in Baden-Württemberg trägt deshalb voll diese Landesregierung.

Gestern hat der Ministerpräsident in seiner Abschiedsrede vollmundig verkündet: Bildung ist unser wichtigster Rohstoff; Bildung ist unser Humankapital;

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

deshalb investieren wir in die Bildung.

Meine Damen und Herren, sagen Sie das den Hauptschülern, deren erweitertes Bildungsprogramm in den letzten Jahren zusammengestrichen wurde. Sagen Sie das den Berufsschülern, denen bis zu 10 % des Pflichtunterrichts nicht erteilt werden, und sagen Sie das den Kindern an Realschulen und an Gymnasien, die immer häufiger in Klassen mit einer Größe von 33 Kindern sitzen.

(Beifall der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz ausdrücklich bei den Lehrern und Lehrerinnen in Baden-Württemberg bedanken. Sie tun, auch bei zunehmender Belastung, ihr Bestes, um die Unterrichtsversorgung zu gewährleisten.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das zeigen auch die Umfragen zum Unterrichtsausfall. Ohne jegliche Krankheitsreserve haben die Lehrer und Lehrerinnen einen großen Teil des ausfallenden Unterrichts abgedeckt. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und des Abg. Zeller SPD)

Meine Damen und Herren, der drohende Lehrermangel ist nicht als Schicksalsschlag über uns hereingebrochen, sondern die Situation, dass sich junge Menschen in unserem Land immer weniger für den Lehrerberuf begeistern können, ist das Ergebnis Ihrer Politik. Tausende von jungen, ausgebildeten Lehrkräften sind in den letzten zwei Jahrzehnten in die Arbeitslosigkeit geschickt worden.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Rau CDU: In andere Berufe sind sie gegangen! – Abg. Wintruff SPD: Tausende? Zehntausende!)

Bei Einstellungsquoten von zum Teil unter 10 % in den einzelnen Schularten kann man nicht einmal mehr von einem Einstellungskorridor sprechen, sondern nur noch von einem Nadelöhr.

(Abg. Zeiher CDU: Wie war das in Niedersachsen? – Gegenruf des Abg. Zeller SPD: Besser!)

In dieser Legislaturperiode sind 1997 überhaupt keine neuen Lehrerstellen geschaffen worden. Stattdessen wurde die Lehrerarbeitszeit –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, die Querrufe zu unterlassen; sonst ist die Rednerin nicht zu verstehen.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Bitte schön, Frau Abgeordnete, fahren Sie fort.

Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Also: 1997 sind überhaupt keine Lehrerstellen geschaffen worden. Stattdessen wurde die Arbeitszeit der Lehrkräfte am Gymnasium erhöht.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Dann wurde die Schwerbehindertenermäßigung gestrichen. 1998 haben Sie den Numerus clausus für Referendare eingeführt, also eine Warteschleife für junge Menschen. Sofort gingen die Einschreibungen für die Lehramtsstudiengänge an den Hochschulen zurück.

Ich möchte noch ein Beispiel aus dem Bereich der beruflichen Schulen nennen. Vor wenigen Jahren sind 15 ausgebildete Elektrotechniker mit Notendurchschnitten von 1,7 nicht in den Schuldienst übernommen worden. Als Folge haben sich sofort hundert Elektrotechnik-Studierende in den Studiengang Ingenieurwissenschaften umgeschrieben und sind den beruflichen Schulen damit für immer verloren gegangen. Heute würden wir sie am liebsten mit Gold aufwiegen.

Deshalb, meine Damen und Herren – das sage ich jetzt in aller Deutlichkeit –, hat die Entscheidung junger Menschen, sich nicht für ein Lehramtsstudium einzuschreiben, gar nichts damit zu tun – wie die Ministerin immer behauptet –, dass Schule hier schlecht geredet würde, sondern es hat etwas damit zu tun, dass den jungen Leuten durch Ihre personelle Fehlplanung systematisch die Lust auf Schule ausgetrieben wurde, dass sie systematisch davon abgeschreckt wurden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt versprechen Sie 5 500 zusätzliche Stellen, nachdem Sie im letzten Doppelhaushalt noch die 2 000 zusätzlichen Stellen, die wir Grünen beantragt haben, abgelehnt haben. Einen Monat, bevor Sie in einer Panikreaktion eine Krankheitsreserve geschaffen haben, hatten Sie auch diese noch abgelehnt, und mit 660 Springern bleibt sie ohnehin weit hinter dem Bedarf zurück.

Immerhin denkt die Ministerin jetzt nach, nachdem wir vorgedacht haben, nämlich was die Gewinnung von Späteinsteigern für das Lehramt in den nächsten Jahren anbelangt und was die Bezahlung der Hauptschullehrkräfte anbelangt. Aber mit Nachdenken ist es nicht getan, wir müssen handeln.

Es geht auch nicht nur darum, Hauptschullehrkräfte, die an Schulen in sozialen Brennpunkten unterrichten, besser zu bezahlen. Uns geht es darum: Wenn wir die Bildungsgänge in der Sekundarstufe I öffentlich für gleichwertig erklären, dann müssen alle Lehrkräfte in der Sekundarstufe I, das heißt auch die Hauptschullehrkräfte, gleich gut bezahlt

(Renate Rastätter)

werden, die gleiche Arbeitszeit bekommen und die gleiche Ausbildungszeit absolvieren. Dadurch können Sie zeigen, ob Sie die Hauptschule und die Gewinnung von Hauptschullehrkräften in diesem Land tatsächlich ernst nehmen.

Wir haben heute zusammen mit der SPD-Fraktion einen Entschließungsantrag vorgelegt. Er enthält wesentliche Vorschläge, wie man dem drohenden Lehrermangel begegnen kann, die wir Grünen bereits in unserem Aktionsprogramm haben. Wir brauchen mit Sicherheit 5 000, 6 000 zusätzliche Lehrkräfte in diesem Bundesland.

Herr Rau, eines möchte ich noch zur Halbtagsgrundschule sagen. Wir Grünen haben ein Konzept, nach dem die Halbtagsgrundschule von fünf Zeitstunden mit Erzieherinnen für einen offenen Anfang und ein offenes Ende ausgestattet wird. Das heißt, die Anzahl der Deputate wird in diesem Bereich nicht das Ausmaß annehmen, das Sie uns mit 3 500 vorgerechnet haben.

(Abg. Rau CDU: Ich habe die SPD zitiert, und da steht es genau so drin!)

Ich komme zum Schluss. Die Sicherung der Unterrichtsversorgung in den nächsten Jahren erfordert eine Abkehr von diesem kurzfristigen Denken, das Sie bis jetzt an den Tag gelegt haben. Wir brauchen für die Sicherung der Unterrichtsversorgung eine langzeitorientierte Personalplanung. Wir brauchen massive Werbung an den Schulen, damit junge Menschen sich wieder für den Lehrerberuf interessieren. Wir brauchen mehr pädagogische Freiräume an den Schulen, damit sich junge Lehrkräfte dort entfalten können. Dafür wollen wir Grünen in der nächsten Legislaturperiode sorgen. Wir können schon heute ein Signal setzen, indem wir alle den Entschließungsantrag von der SPD und den Grünen annehmen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine stabile und solide Unterrichtsversorgung ist eine wesentliche Grundlage für Bildungsqualität. Schließlich erfahren Schüler hierdurch Wertevermittlung in puncto Zuverlässigkeit und Wichtigkeit des Schulbesuchs.

Deshalb haben wir schon in dieser Legislaturperiode trotz schwieriger Finanzsituation bei der Lehrereinstellung und -ausbildung konsequent zugelegt. Eine Einstellung auf Vorrat allerdings, wie sie gerade vorgeschlagen wurde, wäre finanzpolitisch wirklich nicht zu vertreten gewesen.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Immerhin haben wir aber so gearbeitet, dass uns am 16. Februar auch der „Mannheimer Morgen“ bestätigt hat, dass Baden-Württemberg bei den Perspektiven zur Unterrichtsversorgung im Ländervergleich relativ gut dasteht.

Nun hat die aktuelle Entwicklung teilweise auch uns Liberale überrascht,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie in vielen Bereichen!)

hatte doch das Kultusministerium immer wieder versichert, man sei gut auf die Personalentwicklung der nächsten Jahre vorbereitet. Man muss allerdings zugeben, dass die momentane Enge zwei Ursachen hat, die schwer abzusehen waren.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Alles vom Himmel gefallen!)

Die eine ist die wirklich erfreuliche hervorragende wirtschaftliche Situation in unserem Land, deren großer Arbeitskräftebedarf zur Einstellung auch vieler Pädagogen geführt hat. Verschärft hat sich die Situation an den beruflichen Schulen aber vor allem durch die Verschiebung weg von der Teilzeitbeschulung im dualen System hin zu weit mehr beruflichen Vollzeitschülern.

Ich bin überzeugt, dass die Maßnahmen, die wir an den Hauptschulen ergriffen haben und noch ergreifen werden, dazu führen, dass es auch hier wieder zu einer Entlastung kommt. Das muss auch sein, weil sich Unterrichtsausfälle an Berufsschulen negativ auf die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe auswirken.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Nun malt die SPD erneut ein Menetekel an die Wand und verunsichert Eltern und Wirtschaft. Das führt nicht zu der Imagehebung für den Lehrerberuf, die wir dringend brauchen.

(Abg. Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Das verwundert mich allerdings auch nicht bei einer Partei, die das Geld der Steuerzahler möglichst gleichmäßig verteilen, ansonsten aber vor allem Besitzstände sichern will.

(Abg. Drexler SPD: Wer hat denn die Schulden in Bonn hinterlassen?)

Die Punkte, die in dem von SPD und Grünen vorgelegten Antrag zur Großen Anfrage enthalten sind, sind im Wesentlichen in Arbeit. Sorgen Sie in Berlin doch bitte dafür, dass endlich die Regelung zur Gewährung von Anwärtersonderzuschlägen verabschiedet wird. Diese Regelung brauchen wir ganz dringend.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Maßnahmen, die ansonsten wichtig sind, werden über den zur Großen Anfrage vorgelegten Antrag der Koalitionsfraktionen zuverlässig abgesichert. Mir ist wichtig: Wir müssen bei der Berechnung der Springerreserve immer die durchschnittlichen Abwesenheitszeiten wegen Krankheit und Weiterbildung berücksichtigen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Im Übrigen, meine Damen und Herren, bringt die aktuelle Situation aber auch eine historische Chance zur Innovation mit sich. Wir müssen Seiteneinsteiger einstellen. Das wird

(Heiderose Berroth)

ganz automatisch zu der von der FDP/DVP schon lange geforderten besseren Vernetzung von Schule und Wirtschaft führen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das wird auch zu einer Verbesserung des naturwissenschaftlichen Unterrichts führen, wenn dort mehr anwendungsorientierte Beispiele gebracht werden, die unsere Jugend wieder für die Naturwissenschaften begeistern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Zwei wichtige Voraussetzungen muss die Schulverwaltung sicherstellen, wenn sie Seiteneinsteiger einstellt. Ich bitte dringend, darauf zu achten, dass eine wirklich sorgfältige Auswahl der Bewerber erfolgt. Sie müssen Begabung dafür mitbringen, anderen Personen Inhalte überzeugend zu vermitteln.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Wir brauchen zweitens eine ganz gezielte Grund- und Fortbildung dieser Schulneulinge für ihren pädagogischen Einsatz.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Diese muss auf die Vorkenntnisse und Erfahrungen der Bewerber zurückgreifen und darauf aufbauen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Für die Gewinnung der richtigen Bewerber wird es allerdings wichtig sein, Schule nicht ewig schlecht zu jammern. Wir müssen in der Öffentlichkeit vor allem deutlich herausstellen, dass der Lehrerberuf zwar besondere Herausforderungen mit sich bringt, sich aber auch in etlichen Bereichen positiv von anderen Arbeitsverhältnissen abhebt. So sind unsere Schulen – Sie wollen das nicht so richtig wahrhaben; aber es ist so – zum Beispiel auf dem deutlichen Weg, sich zu einem innovativen Arbeitsplatz zu entwickeln. Auch ist die Arbeitszeit der Lehrkräfte zwar nicht geringer als in vergleichbaren Berufen, aber es gibt hinsichtlich der Einteilung und der Gestaltung weit mehr Freiräume. Schließlich muss wieder einmal gesagt werden, dass es wirklich Freude und Befriedigung verschafft, junge Menschen auf ein erfolgreiches Leben vorzubereiten.

Auch unser Dank gilt allen engagierten Lehrerinnen und Lehrern, den Eltern- und den Schülervertretern. Wir werden auch in der nächsten Legislaturperiode all diejenigen, die sich in unserem Land für Schule und eine gute Bildung engagieren, mit voller Tatkraft unterstützen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stelly. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. König.

Abg. König REP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir erleben heute eine Debatte, die Wahlkampf pur ausstrahlt. Ich fordere die Bürger, die jetzt vor dem Fernsehgerät sitzen und die Debatte verfolgen, einfach einmal auf, sich all die Zahlen zu merken, die heute hier versprochen werden.

Für die Fraktion Die Republikaner im Landtag von Baden-Württemberg möchte ich einmal eines klar darstellen: Es muss gewährleistet sein, dass der vorgesehene Pflichtunterricht an unseren Schulen zu 100 % gehalten wird. Darüber hinaus müssen auch im erweiterten Bildungsbereich – ich nenne einmal Chor, Musik – noch Angebote gemacht werden können. Vorrang hat aber die Versorgung im Pflichtbereich, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Jetzt werden hier „Klubs“ mit 5 000 bzw. 5 500 neuen Lehrerstellen gebildet. Die Spitzenkandidatin der Sozis hat ja gesagt, wenn sie mit der SPD an die Regierung käme, würde sie in der nächsten Legislaturperiode 5 000 neue Lehrerstellen schaffen. Daraufhin hat der Ministerpräsident gesagt: „Ja, willkommen im Klub! Ihr wollt nur 5 000, wir machen 5 500.“ Da meint man, man sei irgendwo bei einer Zwangsversteigerung oder bei irgendeinem Versteigerungstermin, wo einer den anderen zu überbieten hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie viel Lehrer wir im Einzelnen brauchen, das muss korrekt und nicht populistisch in Wahlkampfzeiten errechnet werden, und die entsprechenden Lehrer müssen dann auch eingestellt werden.

(Beifall bei den Republikanern)

Die Frage ist, wo wir die einzustellenden Lehrer eigentlich künftig hernehmen. Wenn wir einmal auf die Drucksache mit der Überschrift „Zukunft der Unterrichtsversorgung“ zurückgreifen, die ja Grundlage der heutigen Debatte ist, dann merkt man, dass es ganz katastrophal aussieht. Wenn wir die ganz normale Fluktuation durch Pensionierungen und Frühpensionierungen und auch den Teilzeitbereich nehmen, dann reichen die Lehramtsbewerber, die derzeit an unseren Pädagogischen Hochschulen und an den Universitäten das Lehramt studieren, bei weitem nicht aus. Das ist das größte Problem. Wir haben ja errechnet, dass man unter ganz normalen Umständen, ohne dass zusätzliche Lehrerstellen geschaffen werden, durch die Altersstruktur der Lehrerschaft derzeit jedes Jahr knapp 4 000 Lehrer braucht, die die ausscheidenden Lehrer ersetzen, also ohne Neustellen. Wenn ich dann schaue, wie viel derzeit an unseren Pädagogischen Hochschulen eingeschrieben sind, stelle ich fest, dass es 3 300 sind. Da haben wir schon ein Defizit von 600 Lehrern. Also müssen wir uns doch fragen, wie wir wieder junge Leute mit Hochschulberechtigung dazu bringen, das Lehramt zu studieren. Das ist nämlich die entscheidende Antwort zum Thema „Zukunft der Unterrichtsversorgung“.

Also muss man sich einmal überlegen, warum das Interesse am Lehramt zurückgeht. Zum einen ist klar: Wir haben eine Lehrerschwemme gehabt, und jetzt haben wir einen Lehrermangel. Das schwappt immer von hier nach da.

(Abg. Zeller SPD: Wir haben noch genügend Lehrer! Die muss man nur einstellen!)

Da muss man sich einmal fragen, wie das kommt. Das ist ein Grund.

Ein anderer Grund ist – das muss man ganz deutlich sagen –, dass auch das Image der Lehrer schlecht geredet wurde.

(König)

Wenn der ehemalige Bundeskanzler – auch Herr Oettinger hat solche Sprüche gemacht – dieses „faule Pack“ der Lehrer anspricht,

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen:
„Faule Hunde“!)

muss man einfach daran denken, dass sich jemand erst einmal überlegt, ob er sich zu diesem „Haufen“ begeben soll.

(Beifall bei den Republikanern)

Ein weiterer, ganz wichtiger Grund – den muss man auch einmal ansprechen – sind doch die heutigen erschwerten Bedingungen der Lehrer. Ein Lehrer, der heute in der Schulstube steht, hat es doch erheblich schwerer als einer, der zu meiner Zeit, nämlich 1969, eingestiegen ist. Das liegt einmal an den Kindern, bereits an der Erziehung im Elternhaus; aber es liegt auch daran, dass wir die Schulstube immer mehr liberalisieren, das heißt öffnen. Das muss man einmal ganz deutlich sagen. Es liegt drittens daran, dass wir heute in unseren Schulstuben eine total heterogene Schülerschaft haben.

(Beifall bei den Republikanern)

Da können Sie mich jetzt wieder prügeln, wie Sie wollen: Tatsache ist einfach, dass heute in jeder Schulklasse, natürlich insbesondere in der Hauptschule, Schüler sitzen – in der Hauptschule über 50 % –, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Jetzt will ich nicht sagen, dass das alles Ausländer seien, nein, es sind auch Aussiedler und Allochthonen dabei. Meine Damen und Herren, das ist eine Erschwernis für jeden Lehrer, der davor steht. Er hat hier Bremsklötze drin. Das muss man sagen. Deshalb fordern wir Republikaner ja immer, alle diese Schüler,

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen:
Jetzt sind wir wieder beim Thema, gell!)

auch deutsche, in Sprachklassen zusammenzufassen, damit die Bedingungen in den Klassen wieder besser werden, meine Damen und Herren,

(Beifall bei den Republikanern)

damit auch Lehramtsbewerber keine Angst zu haben brauchen, dass sie das eventuell nervlich nicht durchstehen.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig! – Glocke des
Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. König REP: Jawohl, Herr Präsident. Einen Satz noch.

Wir haben auch bei der Stellenbesetzung in bestimmten Fächern Probleme. Dies gilt zum einen deshalb, weil jetzt die GHPO I geändert worden ist und von einem Drei-Fächer-Studium auf ein Zwei-Fächer-Studium zurückgegangen wurde. Für die Zukunft halte ich das für sehr verheerend. Dadurch werden wir nämlich in den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern, aber auch in Religionslehre und Sport nicht mehr genügend Lehrer bekommen. Warum? Jeder Einzelne wird sich doch sagen: Meine Zu-

kunftsperspektiven sind besser, wenn ich Deutsch und Mathe nehme, denn dann kann ich Klassenlehrer werden. Das Klassenlehrerprinzip in der Grundschule wollen wir ja erhalten. Das ist auch ein Ziel. Dadurch werden all die anderen so genannten Nebenfächer vernachlässigt.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, Sie wollten noch einen abschließenden Satz sagen.

(Heiterkeit)

Abg. König REP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der nächsten Legislaturperiode werden wir Republikaner uns mit diesem Thema noch einmal ernsthaft und natürlich auch konstruktiv befassen.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Rau.

Abg. Rau CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Rastätter hat vorhin vor allen Dingen auch auf die Hauptschulen abgehoben und beklagt, dass das EBA abgebaut worden sei. Haben Sie auch zur Kenntnis genommen, Frau Kollegin Rastätter, dass wir ein moderneres Programm – IMPULSE Hauptschule – aufgebaut haben, weil wir den differenzierten Förderbedarf in den Hauptschulen erkannt haben, und dieses Programm gezielt umsetzen?

(Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig! – Abg. Kiefl
CDU: Jawohl!)

Da möchte ich Ihnen sagen: Werfen Sie einmal einen Blick in das Programm Ihres virtuellen Koalitionspartners,

(Heiterkeit der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

und schauen Sie einmal nach, was da zu den Hauptschulen steht: ein allgemeines Konzept zur Stärkung der Hauptschule. Schauen Sie sich in den Bundesländern um, in denen Sie die Verantwortung tragen. Es gibt in keinem einzigen SPD-regierten Land noch eine vollständige Hauptschule.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Experimente von vorne bis hinten, ausgeführt auf dem Rücken der Kinder, die in der Hauptschule eine angemessene Förderung ihrer Fähigkeiten brauchen. Es ist ganz gut, dass es die Gelegenheit gibt, das hier noch anzuführen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Carla
Bregenzer SPD: Ausgerechnet ihr, die ihr die
Hauptschule habt ausbluten lassen!)

Zum Begriff „arbeitslose Lehrer“: Entweder Lehrer sind arbeitslos, dann sind sie für uns auf dem Arbeitsmarkt leicht zu erreichen, oder sie haben eine Ausbildung gemacht und sind heute in den unterschiedlichsten Berufen tätig, dann stimmt aber die Bezeichnung „arbeitslos“ nicht mehr. Es gibt bei uns praktisch keine arbeitslosen Lehrer mehr, weil alle, die diese Ausbildung durchlaufen haben, einem Beruf nachgehen.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die
Grünen)

(Rau)

Wir hatten mehr in der Ausbildung, als wir in der Schule aufnehmen konnten; das ist richtig.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen:
Aber nicht in der Hauptschule, das ist das Problem!)

Alles andere ist eine irreführende Aussage.

Dann haben Sie gesagt, die Krankheitsreserve müsste wesentlich mehr als 660 Springer umfassen.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen:
Ja!)

Das umfasst sie ja heute schon. Wir haben nicht nur die Springerreserve, sondern wir haben Krankheitsvertretungen auf der Basis von Nebenlehrerverträgen,

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen:
Das ist etwas anderes!)

die etwa einen Gegenwert von rund 1 000 Stellen haben. Das heißt, wir haben eine Krankheitsvertretung, die de facto bei etwa 1 600 Stellen liegt.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen:
Ich meine eine feste Reserve!)

Sie steht uns tatsächlich zur Verfügung.

Herr Zeller, der Landtag von Baden-Württemberg hat die Haushalte beschlossen, in denen diese Stellen enthalten sind. Ich nehme an, Sie werden es nachher noch einmal versuchen und werden noch einmal unter Beweis stellen, dass Sie noch nicht einmal verstanden haben, was wir hier im Hause beschlossen haben: 2 540 Stellen in den Haushalten der laufenden Legislaturperiode. Damit ist unser Wahlversprechen erfüllt.

(Abg. Zeller SPD: Wann endet die Legislaturperiode denn bei Ihnen? Das ist doch dummes Geschwätz! – Abg. Wintruff SPD: Und wann bringen Sie die 940 Lehrer? – Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

– Sie werden doch wissen, wann die Legislaturperiode endet. Es wäre ja schön, wenn es auch Ihre letzte wäre, aber ich befürchte, dass wir Sie weiterhin ertragen müssen.

(Abg. Zeller SPD: Er redet einen Quatsch daher!)

Wir haben Ihre Rechenkünste schon bei der verlässlichen Grundschule kennen gelernt. Sie fordern fünf Zeitstunden Unterricht und berechnen, dass Sie dafür 600 Stellen brauchen. Sie brauchen 3 500! Aber das ist nur ein Beispiel für das Chaos, das Sie in diesem Lande anrichten würden, wenn Sie an die Regierung kämen. Sie bräuchten das Doppelte dessen, was Sie an Einstellungen ankündigen, um Ihre Versprechen wahr zu machen. Da ist es besser, man glaubt Ihren Versprechen erst gar nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Wintruff SPD: Ich rechne es Ihnen nachher mal vor! – Zuruf der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Staatssekretär Köberle.

Staatssekretär Köberle: Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die beste Politik, junge Leute für den Lehrerberuf zu gewinnen, ist eine aktive Einstellungspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Brechtken SPD: Der Satz ist richtig, volle Zustimmung! – Abg. Zeller SPD: Das ist genau richtig!)

Ich setze auf das pädagogische Prinzip der Wiederholung und hoffe auf Ihren Lernerfolg: Baden-Württemberg hat in dieser Legislaturperiode 2 540 neue Lehrerstellen im Haushalt geschaffen.

(Abg. Wintruff SPD: Das wird durch Wiederholung nicht richtig! – Zuruf der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben alle frei gewordenen Lehrerstellen wieder besetzt. Wir haben die Mittel für Nebenlehrerverträge deutlich erhöht. Wir haben seit diesem Schuljahr 660 Springerstellen geschaffen, sie gesichert und in das nächste Schuljahr hinein fortgeführt.

(Abg. König REP: Der Zeller ist immer gegen die Realität!)

Damit, meine Damen und Herren, sind Grundlagen geschaffen für eine solide und verlässliche Unterrichtsversorgung in unserem Land.

(Beifall bei der CDU – Abg. Hans-Michael Bender CDU: So ist es, und da beißt keine Maus einen Faden ab!)

Ich habe sehr großes Verständnis dafür, wenn Sie als Oppositionsparteien, zumal jetzt im Wahlkampf, diese Zahlen nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Lieber versuchen Sie, in die Schulen, in die Elternschaft, in die Öffentlichkeit hinein

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Unwahrheiten zu tragen!)

Verunsicherung zu tragen, indem Sie alles, aber wirklich alles nur mies machen.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Umgekehrt ist es! Die kommen auf uns zu! So wird ein Schuh daraus!)

Die Tatsachen aber bleiben. Im Schuljahr 2000/2001 stehen in allen Schularten mehr Unterrichtsstunden zur Verfügung als im Vorjahr.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Was sagt das schon?)

Im Bereich der Grundschulen, der Hauptschulen, der Realschulen sowie der Gymnasien sind den Schulen so viele Stunden zugewiesen worden, dass damit nicht nur der gesamte Pflichtunterricht abgedeckt,

(Staatssekretär Köberle)

(Abg. Wintruff SPD: Das stimmt doch nicht, Herr Köberle! Das ist doch nicht wahr! Sie wissen doch, dass in Berufsschulen Stunden fehlen!)

sondern darüber hinaus ein stattliches, ein gegenüber dem letzten Jahr besseres ergänzendes Unterrichtsangebot eingerichtet werden konnte.

Wir haben nie verschwiegen, meine Damen und Herren, dass in zwei Schularten, nämlich bei den Sonderschulen und den beruflichen Schulen, bei denen die Messlatte bundesweit am höchsten liegt,

(Abg. Wintruff SPD: Das ist nicht besonders hoch, das ist ganz normal!)

strukturelle Probleme die Erreichung dieses hoch gesteckten Ziels erschweren.

(Abg. Maurer SPD: Nicht die Messlatte ist zu hoch, ihr seid zu klein!)

– Herr Maurer, es ist gut, dass Sie kommen.

(Abg. Maurer SPD: Ja, extra für Sie!)

Es ist gut, wenn auch Sie das nochmals für den Wahlkampf hören.

Das ändert aber überhaupt nichts an der Tatsache, dass Baden-Württemberg laut KMK-Statistik im gesamten Schulbereich, und zwar über alle Jahre hinweg bis zur neuesten Schulstatistik 1999, unter den alten Flächenländern immer die beste Lehrer-Schüler-Relation hatte,

(Abg. Maurer SPD: Den wenigsten Unterricht! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Die geringste Lehrer-einstellungsquote!)

dass wir bei den Ausgaben für die beruflichen Schulen mit 7 400 DM pro Schüler einsam an der Spitze der Länder liegen und dass wir bei den Ausgaben für alle Schulen in den Jahren 1997, 1998 und 1999 gemeinsam mit Bayern unter den Flächenländern stets den Platz 1 oder 2 eingenommen haben.

(Abg. Wintruff SPD: Das ist doch alles manipuliert!)

Wir wissen, dass die Opposition weder die amtliche Schulstatistik in Baden-Württemberg akzeptiert noch die Zahlen, die seitens der Kultusministerkonferenz zur Verfügung gestellt werden. Von den anderen, auch von den SPD-regierten Ländern werden diese Zahlen anerkannt. Nur Sie versuchen, hier Manipulationen hineinzuzinterpretieren.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Fragen Sie doch die Eltern! – Abg. Maurer SPD: Wir lassen die Eltern entscheiden!)

Diese Zahlen passen Ihnen einfach nicht ins Konzept, zumal Sie zu keinem bildungspolitischen Sachthema eine Alternative, ein Konzept oder auch nur eine gute Idee haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. König REP: Im Gegensatz zu mir! – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Meine Damen und Herren, tatsächlich liegt der Unterrichtsausfall gegenüber der Stundentafel über alle Schularten hinweg bei 2,9 %.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Die Ministerin traut sich ja schon gar nicht mehr, ihn zu erheben! Moggelpackung!)

Bei der Grundschule – das hat die letzte Erhebung ergeben – liegt er unter 1 %, nämlich bei 0,8 %.

(Abg. Hauk CDU: Das ist sensationell!)

Das ist eine Unterrichtsversorgung in der Grundschule, wie wir sie noch nie gehabt haben und wahrscheinlich auch sonst nirgends finden.

(Beifall bei der CDU)

Konkret heißt das, dass für einen Drittklässler, der 24 Wochenstunden hat, nicht einmal zehn Minuten Unterricht von diesen 24 Stunden ausfallen.

(Abg. Wintruff SPD: Berufsschule 10 %! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Die Grundschüler haben am wenigsten Unterricht!)

– Ich komme noch darauf, Herr Wintruff.

Meine Damen und Herren, kein anderes Land

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Kein anderes Land hat so wenig Grundschulunterricht!)

– auch da hören Sie noch einen Satz, der Ihnen gefallen kann oder nicht, wahrscheinlich das Zweite – geht so offen mit dem Thema Unterrichtsversorgung und Unterrichtsausfall um wie Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU – Abg. Maurer SPD: Ach was! Deswegen haben Sie die Erhebung verschoben! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Nordrhein-Westfalen macht Erhebungen, Schleswig-Holstein macht Erhebungen!)

Jede einzelne ausgefallene Unterrichtsstunde ist nachvollziehbar und für die Eltern abfragbar. Meine Damen und Herren, es liegt doch auf der Hand,

(Zuruf des Abg. Maurer SPD)

warum andere Länder diese regelmäßige Erhebung nicht so offen und so konsequent praktizieren, wie wir das in Baden-Württemberg tun.

(Abg. Maurer SPD: Sie haben sie in der ersten Februarwoche angekündigt! Warum haben Sie sie verschoben? – Weitere Zurufe von der SPD)

– Moment; ich kann nicht alle Fragen auf einmal beantworten, aber Sie können sich sofort wieder beruhigen. Sie haben sich nämlich erhofft, dass Sie mit eventuell gestiegenen Unterrichtsausfallzahlen nochmals Munition für den Wahlkampf erhalten.

(Abg. Maurer SPD: Deswegen haben Sie sie verschoben!)

(Staatssekretär Köberle)

Jede bisherige Erhebung erforderte eine Auswertungszeit von mindestens sechs Wochen, ob das nun die erste Februarwoche oder diese Woche wäre. Wenn man Veränderungen feststellen will, dürfen nur gleiche Unterrichtswochen verglichen werden. Im Februar ist die Situation aufgrund des Jahresablaufs eine andere. Wir können ja nicht in der Fastnachtwoche oder der Woche, in der der Aschermittwoch liegt, eine Erhebung durchführen. Wir haben uns deshalb die nächstfolgende Unterrichtswoche vorgenommen.

(Zuruf des Abg. Maurer SPD)

Meine Damen und Herren, in Ihrer Oppositionsstrategie geht es nach der Devise, dass nicht sein kann, was nicht sein darf.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Deshalb unterstellen Sie uns, dass diese gute Bilanz frisiert wurde, dass mit frisierten Zahlen gearbeitet wurde.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Der eine kann nicht rechnen, der andere kann nicht lesen! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage – –

Staatssekretär Köberle: Nein, Herr Präsident, ich möchte im Zusammenhang sprechen. Es ist vielleicht ganz gut, wenn Sie einmal zuhören, anstatt immer wieder auf Nebenschauplätze auszuweichen.

Meine Damen und Herren, angeblich – so sagen Sie – seien die Schulen gezielt ausgesucht worden, um ein für das Kultusministerium akzeptables Ergebnis zu erhalten. Solche Unterstellungen sind schlicht und einfach unredlich. Für eine Partei, die anstrebt, die Regierungsverantwortung zu übernehmen, wäre es zumutbar gewesen, was für jeden seriösen Journalisten selbstverständlich ist, sich einmal beim Statistischen Landesamt sachkundig zu machen.

(Abg. Haas CDU: Das wollen die doch nicht!)

Dort hätten Sie erfahren können, wie diese Schulen ausgewählt werden, nämlich nach anerkannten Regeln der Statistik, nach einem Zufallsprinzip. Repräsentativ werden 10 % aus allen Schularten ausgewählt.

Ein weiterer Satz. Damit Sie uns dann, wenn diese 10 % oder die 440 Schulen ausgewählt sind, nicht wieder unterstellen können, wir würden uns diesen Schulen bei der Lehrerrzuweisung besonders zuwenden, haben wir das Statistische Landesamt gebeten, für die diesjährige Statistik wiederum nach dem Zufallsprinzip andere 440 Schulen auszusuchen.

(Abg. Maurer SPD: Das verschieben Sie ja!)

Meine Damen und Herren, weil wir die Unterrichtsbilanz offen legen und weil diese Unterrichtsbilanz in Baden-Württemberg nicht schlecht ist, ist es überhaupt nicht verwunderlich, dass die groß angekündigten Fackelläufe nicht jene Resonanz finden, die Sie sich vor allem im Vorfeld des Wahlkampfs versprochen haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig!)

Eigentlich gehören Fackelläufe, wenn sie überhaupt einen Sinn haben, nicht ins Vorfeld des Landtagswahlkampfes, wo sich jede Partei in der Frage positioniert hat, welche Anzahl neuer Lehrerstellen in der nächsten Legislaturperiode geschaffen werden soll. Dies gehört eher in das Vorfeld einer Haushaltsberatung, die wir momentan aber wirklich nicht haben.

(Abg. Maurer SPD: Ja, ja, ja!)

Wenn Frau Vogt, Ihre Spitzenkandidatin, behauptet, bei diesen Fackelläufen seien Leute in gewaltiger Zahl im Land unterwegs,

(Zuruf von der CDU: 15 in Staufen!)

sage ich: Wenn Frau Vogt bei ihren Wahlveranstaltungen nur so viele Teilnehmer hätte, wie Personen an den Fackelläufen teilnehmen, könnte einem Frau Vogt Leid tun.

(Abg. Bebber SPD: Sie sorgen sich! Sie wären besser auch nach Rom gefahren!)

Wenn wir auf das Licht dieser Fackeln angewiesen wären, meine Damen und Herren, dann wäre es in Baden-Württemberg sehr dunkel.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Sehen Sie das einfach so, wie es ist, meine Damen und Herren: Die Landesregierung hat die notwendigen Entscheidungen rechtzeitig getroffen.

(Lachen bei der SPD)

Dies wirkt sich nun einmal in einer positiven Unterrichtsversorgungsbilanz aus. Dazu zählen – jetzt nochmals, in aller Ruhe, vielleicht auch zum Mitschreiben für Sie –

(Abg. Maurer SPD: Fastnacht!)

die im Jahr 2000 geschaffenen 800 Neustellen. Dazu zählen Mittelbereitstellungen im Umfang von 30 Millionen DM für die Grundversorgung – entspricht mindestens 300 weiteren Stellen. Dazu zählen Mittel im Umfang von 10 Millionen DM für die Spezialisten an beruflichen Schulen – entspricht mindestens 100 weiteren Stellen. Dazu zählen Mittel im Umfang von 37 Millionen DM mit der Möglichkeit des Nachschlags für Krankheitsstellvertretungen. Durch die Entscheidung des Finanzausschusses vom 8. Februar stehen in diesem Bereich im Jahr 2001 fast 100 Millionen DM zur Verfügung, so viele Mittel wie noch nie für Krankheitsstellvertretungen.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Im Sommer 2000 konnten aufgrund dieser Maßnahmen genau 5 219 Lehrerinnen und Lehrer in den Schuldienst des Landes eingestellt werden.

(Abg. Maurer SPD: Lustig, wenn die anderen ausscheiden! Das ist ein Witz! Wenn die anderen ausscheiden! – Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Ersatzbedarf!)

(Staatssekretär Köberle)

Diese Zahl, meine Damen und Herren, brauchen Sie gar nicht zur Kenntnis zu nehmen: 5 219 Lehrerinnen und Lehrer! Das war eine Sensation in der Bundesrepublik und für die anderen Bundesländer – gleich, wie sie regiert werden – eine Provokation. 5 219 junge, neue Lehrer und Lehrerinnen an den Schulen zu Beginn eines Schuljahrs!

(Abg. Wintruff SPD: Hören Sie auf mit 5 000! Das sind doch nicht 5 000 zusätzlich! – Zurufe von der SPD)

Nennen Sie mir doch einmal ein von der SPD regiertes Land – es gibt ja mehrere; nur ein einziges –,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Nordrhein-Westfalen!)

in dem mehr für die Schulen getan wurde als bei uns!

(Beifall bei der CDU)

Sie nennen gerade das Stichwort Nordrhein-Westfalen. Es ist hervorragend, wie Sie mir hier Stichworte liefern.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: 2 500 Stellen!)

In Baden-Württemberg werden 5 500 neue Stellen geschaffen.

(Abg. Maurer SPD: Neue Stellen? – Abg. Wintruff SPD: Neue Stellen? Wo denn?)

– 5 500 in der nächsten Legislaturperiode.

(Lachen bei der SPD)

In Nordrhein-Westfalen sind bis zum Jahr 2006 6 100 Stellen angekündigt.

(Abg. Maurer SPD: Oh Gott, oh Gott!)

Wenn Sie jetzt Einwohnerzahlen und Schülerzahlen beider Länder miteinander vergleichen, können Sie Ihrem Parteikollegen Clement in Nordrhein-Westfalen den Ratschlag geben, die Zahl von 6 100 möglichst schnell auf rund 10 000 Stellen anzuheben, damit er einigermaßen mit Baden-Württemberg gleichzieht.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Wacker CDU)

Herr Wintruff, eines Ihrer Lieblingsthemen – ich finde es ja gut, dass Sie sich engagieren; das ist aller Ehren wert –,

(Abg. Wintruff SPD: Das ist auch notwendig!)

betrifft unsere beruflichen Schulen. Ein Wort dazu: 6,8 % struktureller Unterrichtsausfall an diesen Schulen und knapp 4 %, etwas unter 4 % Unterrichtsausfall nach der Studententafel.

(Abg. Wintruff SPD: Und Bugwelle!)

Ihr Kommentar – so ziehen Sie durch das ganze Land – dafür:

(Abg. Wintruff SPD: Und Bugwelle, wenn Sie wissen, was das ist!)

„Katastrophal!“ Das ist Ihr Lieblingswort für alles, was sich an unseren Schulen in Baden-Württemberg tut.

Wie sieht nun die Wirklichkeit aus? Das hat etwas mit Grundrechenarten und mit Adam Riese zu tun.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Zum Glück ist der schon lange tot!)

Wenn wir im dualen System bei 13 Stunden die höchste Messzahl haben und davon 10 % ausfallen – strukturell oder im Laufe eines Schuljahrs; in anderen Ländern haben wir Orientierungszahlen von 12, 11 oder 10 Stunden –, lässt sich von jedem Laien mit oder ohne Mengenlehre errechnen, dass der Schüler an den beruflichen Schulen bei uns trotzdem wesentlich mehr Unterricht als in anderen Bundesländern, in denen die Messlatte von Anfang an niedriger liegt, erhält. Das können Sie auch eindeutig beweisen, meine Damen und Herren.

(Abg. Zeller SPD: Verlogen!)

Es kommt ja von irgendwo her, dass wir in Baden-Württemberg deutschland- und europaweit die geringste Jugendarbeitslosigkeit haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das zeigt doch, dass wir die junge Generation zielgerichtet ausbilden und auf das Arbeitsleben vorbereiten. Sie müssen sich einmal die Frage stellen, wie das in anderen westlichen Bundesländern aussieht, wo die Jugendarbeitslosigkeit doppelt so hoch ist wie bei uns.

(Abg. Wintruff SPD: Aber durch das Bundesprogramm! Der Bund hat doch das Geld gegeben!)

Das hat doch auch mit der Schule und mit der beruflichen Bildung etwas zu tun.

Nicht anders, meine Damen und Herren, verhält es sich mit den Angaben zur Großen Anfrage der SPD zur Zukunft der Unterrichtsversorgung.

(Abg. Wintruff SPD: Herr Köberle, wo haben Sie denn die 135 Millionen DM herbekommen für den Abbau der Jugendarbeitslosigkeit?)

Zuerst fragen Sie in Ihrer Großen Anfrage differenziert nach allen möglichen Planungsdaten, nach dem Ersatzbedarf, nach der Entwicklung der Schülerzahlen, nach den Studienplätzen. Diese Fragen wurden alle sauber und sorgfältig von uns beantwortet. Danach veranstaltet die SPD eine Anhörung unter Experten, und dann kommt der entscheidende Schritt – aber das hat man ja schon im Voraus gewusst –: Der Öffentlichkeit wird dann Ihre Sicht der Dinge kundgetan, und es kommt heraus, was herauskommen musste: Katastrophale Planungsdefizite und problemverschärfende Fehlentscheidungen seien Ursache für den Mangel an gutem Lehrpersonal.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Wie kann man überhaupt von Planungsdefiziten sprechen, meine Damen und Herren, wenn die Landesregierung alle – aber wirklich alle – relevanten und bis dato bekannten

(Staatssekretär Köberle)

Planungsdaten für die Zukunft offen legt? Wir haben das umfangliche Datenmaterial nicht wegen Ihrer Großen Anfrage zusammengetragen – das wäre aus Zeitgründen überhaupt nicht möglich gewesen –, sondern deshalb, weil wir eine verantwortliche und zukunftsorientierte, das heißt vorausschauende Politik betreiben.

Da geht es um die Erstellung von Prognosen über den zukünftigen Lehrerbedarf, da geht es um eine sorgfältige Beobachtung des Lehrermarktes, um die Entwicklung des Lehrernachwuchses in der Ausbildung, um die sachgerechte Beurteilung der Datenlage, auch im Blick auf das Umfeld, vor allem auf die wirtschaftliche Lage.

Der SPD-Vorwurf der mangelhaften Bedarfsplanung geht gerade in Baden-Württemberg völlig fehl.

(Abg. Maurer SPD: Ja, ja!)

Ich zitiere jetzt einmal aus einem Pressebericht vom 16. Februar dieses Jahres aus dem „Mannheimer Morgen“. Da sollten Sie genau zuhören, weil der Verfasser dieses Presseberichts völlig unverdächtig ist. Da steht:

Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist der Südwesten dabei noch in einer vergleichsweise günstigen Lage.

(Beifall des Abg. Haasis CDU)

„Baden-Württemberg hat bei der Lehrereinstellung früher die Perspektiven auf Zuwachs gestellt“, lobt Rainer Dahlem, Landesvorsitzender der sonst eher regierungskritischen Lehrgewerkschaft GEW, die Einstellungspolitik von Kultusministerin Annette Schavan (CDU).

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. König REP)

Nochmals: Baden-Württemberg hat früher als alle anderen Länder die Weichen richtig gestellt.

(Abg. Maurer SPD: Ja! Alles ist toll! – Gegenruf des Abg. Haasis CDU: Alles bestens!)

Das Land hat seit 1990 – in Niedersachsen ist derzeit noch jede zweite frei gewordene Stelle nicht wieder besetzt worden – jede Stelle wieder besetzt und darüber hinaus bis jetzt, bis zum Jahr 2000, insgesamt 5 100 zusätzliche Stellen geschaffen.

(Abg. Rau CDU: Herr Maurer hat ein Atemproblem! Vielleicht kann jemand erste Hilfe leisten!)

Und dann kommt Ihr Vorschlag – der kam heute wieder aus diesen Reihen –: Lehrereinstellungen auf Vorrat. Hören Sie mir auf, meine Damen und Herren! Wer so etwas fordert, der versteht weder etwas von der Schule, noch versteht er etwas von Wirtschaft und Wirtschaften, von Haushalt und Finanzen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Christine Rudolf SPD: Dass Sie nichts davon verstehen, haben Sie jetzt gezeigt!)

Wie war denn das in der Zeit der großen Koalition? Zwangsteilzeit im Angestelltenverhältnis nach dem Modell

Zeller. Solche Lehrgewinnungsmethoden bewirken das Gegenteil.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Die SPD in Niedersachsen ist inzwischen klug geworden, und auch Heide Simonis hat ihre Idee, Lehrer im Angestellten- statt im Beamtenverhältnis zu beschäftigen, unlangst zu Grabe getragen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Haben Sie etwas Neues zu sagen?)

Nur hier bleiben die Genossen ihrer alten Ideologie treu.

(Abg. Hauk CDU: Leider wahr! Nichts dazugelernt!)

In aller Kürze, meine Damen und Herren, zur Lehrereinstellung:

Erstens: Wir informieren ständig die Schülerinnen und Schüler sowie die Studierenden über Entwicklungen und Chancen auf dem Lehrermarkt in den einzelnen Schularten und für einzelne Unterrichtsfächer.

(Abg. Maurer SPD: Alles wird gut!)

Zweitens: Wir werben offensiv für den Lehrerberuf, und dort, wo es nötig ist, meine Damen und Herren, ergreifen wir auch strukturelle Maßnahmen

(Abg. Christine Rudolf SPD: Da lacht die eigene Fraktion! Merken Sie das nicht?)

– ja, aber über Sie; natürlich über Sie –

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

mit der Einrichtung weiterer Ausbildungsgänge, mit der Öffnung des Zugangs zum Lehrerberuf und vielem mehr.

(Abg. Maurer SPD: Wie viele Blätter haben Sie denn?)

Das aktuellste Thema, meine Damen und Herren: Woher bekommen wir die Lehrer für den Bereich der Informations- und Telekommunikationsberufe? Dazu hat die Landesregierung im September des letzten Jahres ein umfangreiches Maßnahmenpaket beschlossen: Wert 52 Millionen DM, Wirkung jetzt bereits zum Einstellungstermin Februar. Es ist immerhin gelungen, an die 30 Fachspezialisten aus der Wirtschaft für unsere beruflichen Schulen zu gewinnen.

(Zurufe der Abg. Christine Rudolf und Maurer SPD)

Meine Damen und Herren, im Jahr 2000 sind alle frei gewordenen Stellen durch gut geeignete Lehrerinnen und Lehrer wieder besetzt worden. Im Jahr 2001 werden wir genauso wenig Probleme bekommen. Die Kassandrarufer der SPD liegen völlig daneben.

(Abg. Maurer SPD: Ja, alles wird gut! – Abg. Christine Rudolf SPD: Sie wissen aber, dass Cassandra Recht hatte, nur wollte niemand auf sie hören! Das ist das falsche Zitat!)

(Staatssekretär Köberle)

Aber wir müssen jetzt schon durch entsprechende Maßnahmen dafür sorgen, dass mittelfristig und langfristig keine Probleme entstehen. Da aber sitzen alle Länder ohne Ausnahme im gleichen Boot. Bei manchen ist das Problem größer, bei manchen kleiner, bei uns laut Herrn Dahlem am kleinsten.

(Abg. Zeller SPD: In Baden-Württemberg sehr groß!)

Alle Länder sind gefordert, wenn es darum geht, lieber mehr für die Lehrerbildung zu tun, als sich gegenseitig Lehrer abzuwerben. Baden-Württemberg ist und bleibt das lehrerausbildungsfreundlichste Land.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Neben Bayern und Nordrhein-Westfalen hat nur Baden-Württemberg keinen Numerus clausus bei den Lehramtsstudiengängen.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

– Wir haben in keinem Studienfach einen Numerus clausus.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Jetzt nicht mehr! Aber wer hatte denn einen?)

– Wir hatten ihn zwei Jahre. Das können Sie kritisieren.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Das tun wir auch!)

Wir haben Erfahrungen gemacht und den Numerus clausus deswegen wieder aufgehoben. Aber schauen Sie sich einmal SPD-regierte Länder an! Dort gibt es den Numerus clausus komplett über Jahre hinweg.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Immer die anderen!)

– Ja, immer die anderen. So ist es, weil die anderen Länder den Numerus clausus haben.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Welches Land hatte einen Numerus clausus für Referendare?)

Wenn wir den Lehrerarbeitsmarkt der Bundesrepublik stärken wollen, sollen zunächst einmal die Länder, die einen Numerus clausus haben und damit für junge Leute den Lehrerberuf verbauen, den Numerus clausus aufgeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Weiser CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, im Rahmen der Kultusministerkonferenz stehen dringend notwendige Maßnahmen an, und da wird unsere Ministerin als Vorsitzende für entsprechende Bewegung sorgen. Wir erwarten aber, dass der Bund bei den Bemühungen um mehr Flexibilität im Besoldungsbereich mitzieht; es geht konkret um die Anhebung der Anwärterbezüge.

Meine Damen und Herren, ein letzter Satz.

(Abg. Maurer SPD: Au ja!)

Ich denke, dass nicht alle Sozialdemokraten so wie bei uns im Land Probleme mit der Wahrnehmung und mit der Beschreibung der Wirklichkeit haben.

(Abg. Bebber SPD: Sagen Sie, wie viele Stunden Sie noch reden! Dann kommen wir wieder!)

Nur ein Zitat des niedersächsischen Ministerpräsidenten.

(Abg. Kiefl CDU: Das ist sehr gut!)

Vielleicht kennen Sie es; es tut Ihnen sicher weh. Er sagt: „Wenn ein Schüler aus Baden-Württemberg nach Niedersachsen kommt, muss er sich erst einmal zwei Jahre hängen lassen, damit er auf niedersächsisches Niveau kommt.“

(Beifall des Abg. Haas CDU – Abg. Haasis CDU: Ja! Glogowski!)

Besser, meine Damen und Herren, kann ein Christdemokrat oder ein Freier Demokrat die Qualität und den Vorsprung unserer Schulen nicht beschreiben. Herzlichen Dank für diese Wahlkampfhilfe!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Pfisterer CDU: Da verschlägt es dem Maurer die Sprache! – Abg. Haasis CDU: Wo der Mann Recht hat, hat er Recht!)

So wird es auch in Zukunft bleiben. Bildung hat bei uns in Baden-Württemberg erste Priorität.

(Lachen des Abg. Maurer SPD)

Baden-Württemberg bleibt auf dem „Erfolgskurs Süd“, vor allem bei der Bildungspolitik und für unsere junge Generation.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Maurer SPD: Du lieber Gott! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Zeller.

(Oh-Rufe von der CDU – Unruhe)

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass die Regierung gebeten ist – das Präsidium beschließt das immer einstimmig –, sich ungefähr an die Redezeiten der Fraktionen zu halten.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das hat er nicht gemacht!)

Die Regierung hat gerade fast fünfmal so lang gesprochen, wie den Fraktionen an Grundredezeit zustand.

(Beifall bei der SPD – Abg. Birgit Kipfer SPD: Da kann man mal sehen!)

Ich bitte Sie,

(Zurufe von der CDU)

(Stellv. Präsident Birzele)

trotzdem auch dem Redner, der das Schlusswort hat, zuzuhören.

Bitte schön, Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Vielen Dank, Herr Präsident.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn der Herr Staatssekretär die fünffache Redezeit beansprucht hat,

(Staatssekretär Köberle: Das war aber sinnvoll! – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

war seine Rede nichts anderes als ein Einlullen und nichts anderes als der Versuch, von den Realitäten abzulenken.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich frage mich schon: Für wie blöd halten Sie eigentlich die Eltern? Für wie blöd halten Sie eigentlich die Lehrerinnen und Lehrer, wenn Sie so dummes Zeug wie hier gerade eben zum Besten geben?

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Rau CDU)

Ich empfehle Ihnen allen einmal, mit den Lehrern und mit den Eltern zu reden.

(Zuruf des Abg. König REP – Zurufe von der CDU)

Wir hatten erst gestern wieder ein interessantes Gespräch. Dabei haben uns zum Beispiel die Vertreter der beruflichen Schulen erneut bestätigt, dass an den beruflichen Schulen ein Mangel von über 1 000 Lehrkräften besteht. Und dann stellen Sie sich hier hin und lullen die Leute ein, anstatt die Wahrheit zu sagen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Er hat doch die Wahrheit gesagt!)

Sie haben nichts dazu gesagt, dass die baden-württembergischen Schülerinnen und Schüler in der Grundschule die geringste Stundenzahl haben. Sie haben nichts dazu gesagt, dass wir nicht nur weit davon entfernt sind, sondern gar nicht daran denken können, in Baden-Württemberg flächendeckend Ganztagschulen zu haben.

(Abg. König REP: Brauchen wir nicht! – Abg. Rau CDU: Nach Bedarf! Jeder Antrag positiv beschieden! – Weitere Zurufe von der CDU)

– 74 Schulen von 4 000 Schulen sind Ganztagschulen. Herr Rau, Sie wissen: Lügen haben kurze Beine. Das wissen Sie ganz genau.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Rau CDU: Jeder Antrag positiv beschieden! Fragen Sie uns mal, für wie blöd wir Sie halten! – Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Und dann stellen Sie, Herr Köberle, sich hier hin und lullen die Leute ein. Das ist genau Ihre Art. Da reden Sie von 5 200 Stellen.

(Abg. Rau CDU: Bei Lehrern! Sie können es noch nicht auseinander halten! Davon begreift er nichts all die Jahre, die er hier ist! – Abg. König REP: Es war alles umsonst!)

Sie erwecken den Eindruck, als ob alle diese Stellen zusätzlich geschaffen worden wären. Derweil haben Sie in diesem Haushaltsjahr lediglich 800 Stellen und in dieser Legislaturperiode lediglich 1 600 Stellen geschaffen.

(Abg. Wieser CDU: Und die SPD hat keine einzige geschaffen!)

Das taten Sie im Gegensatz zu uns, die wir gesagt haben: „Um den steigenden Schülerzahlen zu begegnen und um die verlässliche Halbtagschule einzuführen, brauchen wir zusätzliche Stellen.“ Wir haben in dieser Legislaturperiode – sauber finanziert – 4 270 Stellen beantragt, die Sie alle abgelehnt haben. Das ist Ihre wahre Bildungspolitik.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU – Abg. Wieser CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Abg. Wieser CDU: Herr Präsident!)

Und Sie, meine Damen und Herren, erkennen nicht einmal: An unseren Pädagogischen Hochschulen haben nur noch ein Drittel der Studierenden den Studienschwerpunkt Hauptschule. Fragen Sie sich doch einmal, warum das so gekommen ist. Das ist deswegen so gekommen, weil Sie nicht entsprechend reagiert haben, weil Sie die Leute auf der Straße haben stehen lassen, anstatt sie in einem vernünftigen Verhältnis auf der Basis von Zweidritteldeputaten einzustellen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Zeller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wieser?

(Oh-Rufe von der SPD)

Abg. Zeller SPD: Bitte.

Abg. Wieser CDU: Herr Kollege Zeller, mit wie vielen Lehrerstellen sind Sie 1996 mit Ihrer Partei in die Wahl gegangen? Mit null Lehrerstellen! Wir haben zweieinhalbtausend Stellen versprochen und haben mehr eingestellt. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU – Lebhafter Widerspruch bei der SPD)

– Null! Null Stellen haben Sie gehabt. Und hier blasen Sie sich auf.

Abg. Zeller SPD: Herr Kollege Wieser, ich habe immer gedacht, dass Sie zu den Menschen gehören, die ein etwas längeres Gedächtnis haben. Aber ich helfe Ihnen gern nach.

(Abg. Wieser CDU: Darauf freue ich mich! Null!)

– Jetzt müssen Sie aber schon zuhören, nachdem Sie mich gefragt haben.

(Zeller)

Wir haben vor der letzten Wahl gesagt, dass wir im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten neue Stellen schaffen werden.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Aha!)

Wir haben sie nicht quantifiziert. Es war aber für uns immer klar, dass wir einen Schwerpunkt auf die Bildungspolitik legen und dafür zusätzliche Stellen schaffen werden.

(Zuruf der Abg. Ingrid Blank CDU)

Jetzt sage ich Ihnen noch eines, Herr Wieser: Wir beide waren ja jeweils bei den Verhandlungen in der großen Koalition dabei.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Damals waren Sie noch für Bildungspolitik zuständig. Jetzt dürfen Sie das ja nicht mehr machen. Aber ich sage Ihnen: Sie wissen ganz genau, wer gebremst hat, als wir in der Zeit der großen Koalition die zusätzlichen Stellen geschaffen haben. Sie wissen, wer da ständig gebremst hat, wer da von Ihrer Seite aus ständig gesagt hat:

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

„Wir erhöhen die Arbeitszeit; das ist die richtige Regelung“, anstatt mehr Stellen zu schaffen. Das waren nämlich Sie.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Bevor ich zum Schluss komme, meine Damen und Herren, will ich Ihnen kurz noch etwas zum Thema Planungssicherheit sagen. Herr Köberle hat hier ja so groß die Planungssicherheit dargestellt. Da ist ja nicht arg viel da. Ich will Ihnen jetzt aber kurz anhand einiger Punkte etwas dazu sagen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Zeller, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

(Abg. Rau CDU: Na also!)

Abg. Zeller SPD: Ich will das zum Abschluss noch sagen, Herr Präsident.

Am 31. Januar 2000 gab es eine Pressemitteilung des Kultusministeriums: „Ausblick für das Jahr 2000“. Ich zitiere sinngemäß: Für das Jahr 2000 rechnet das Kultusministerium mit weit über 3 000 Neueinstellungen. Wir werden 2 250 Stellen schaffen. Die sind prognostiziert.

Am 20. Juni 2000 gilt plötzlich eine neue Zahl: 4 000 seien notwendig. Und am 7. September heißt es, 5 000 seien notwendig.

Das ist die Realität, wie Sie Planung vorantreiben. Sie hatten von Januar bis September eine Steigerung auf das Doppelte, und da stellen Sie sich hier hin und sagen, das sei Planungssicherheit!

(Zuruf des Abg. Rau CDU)

Weder Eltern noch Lehrer wissen, was auf sie zukommt, was sie von Ihnen erwarten können. Da reden Sie von Planungssicherheit, anstatt eine vernünftige, vorausschauende Bildungspolitik zu betreiben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Rau CDU: Wie Ihr Chaos hier?)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Die Große Anfrage Drucksache 12/5191 ist durch die Aussprache erledigt.

Ich lasse über den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/6028, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 12/6031, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? –

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Brechtken SPD: Das Wetter ist schön, beschließen wir!)

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Punkt 2 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 12/6011

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gerhard Weiser CDU – Ökologischer Landbau

Das Wort erhält Herr Abg. Weiser zur Verlesung seiner Anfrage.

Abg. Weiser CDU: Meine Damen und Herren! Heute ist meine letzte Plenarsitzung, und es ist die erste Sitzung seit 1968, in der ich eine Mündliche Anfrage einbringe, und zwar deshalb, weil zurzeit so viel über Ökologie diskutiert wird.

Ich frage die Landesregierung:

- Wie hoch ist der Prozentsatz der ökologisch wirtschaftenden Betriebe in Baden-Württemberg im Verhältnis zu Bayern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein?
- Wie hoch ist der Stickstoffverbrauch pro Hektar in Baden-Württemberg im Verhältnis zu den genannten Ländern?

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erhält Frau Ministerin Staiblin.

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abg. Weiser wie folgt:

Zu a: Baden-Württemberg hat mit 3 700 Betrieben absolut gesehen die höchste Zahl an ökologisch wirtschaftenden Betrieben in der Bundesrepublik.

(Abg. Göbel CDU: Aha!)

Diese Betriebe bewirtschaften 61 300 Hektar und somit einen Anteil von knapp 5 %.

Der Anteil der ökologisch wirtschaftenden Betriebe an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe beträgt in Baden-Württemberg 4,9 %, in Bayern 1,4 % mit 59 900 Hektar, in Niedersachsen 0,9 % mit 27 300 Hektar, in Nordrhein-Westfalen 1,1 % mit 20 400 Hektar und in Schleswig-Holstein 1,3 % mit 15 000 Hektar. Alle Bundesländer zusammen haben einen Anteil von 2,2 % alternativ wirtschaftenden Betrieben.

Zu b: Der Aufwand an mineralischem Stickstoffdünger in den einzelnen Bundesländern betrug im Wirtschaftsjahr 1999/2000 pro Hektar in Baden-Württemberg 105 Kilogramm, in Bayern 106 Kilogramm, in Niedersachsen 121 Kilogramm, in Nordrhein-Westfalen 175 Kilogramm und in Schleswig-Holstein 184 Kilogramm.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Weiser.

Abg. Weiser CDU: Frau Ministerin, sind Sie mit mir der Meinung, dass in Baden-Württemberg ökologisch gehandelt wurde, während in anderen Ländern ideologisch diskutiert wurde, aber nichts geschehen ist?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Ich kann Ihnen voll und ganz zustimmen. Dies stimmt auf den Punkt genau auch mit meinen Worten überein, indem ich stets sage: Man kann nicht ideologischen Vorstellungen nahefeiern wollen und die Zukunft allein mit Ökologie gewinnen. Die Landesregierung von Baden-Württemberg hält sich an ökonomische und an ökologische Wirtschaftsweisen.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Buchter.

Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, erlauben Sie mir, bevor ich meine Frage stelle, die Bemerkung, dass ich es für ein bisschen peinlich ansehe, wenn der Vizepräsident . . .

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege, es ist nicht üblich, bei Zusatzfragen eine Bemerkung vorweg zu machen.

Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: . . . in der Fragestunde seine frühere Arbeit als Landwirtschaftsminister noch einmal in ein besonderes Licht rücken will.

(Abg. Rau CDU: Was soll denn das? Unmöglich! Haben Sie eine Frage zur Sache? – Abg. Bloemcke CDU: Kleinkariert geht es nicht mehr! – Weitere Zurufe von der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege, es gibt bei Zusatzfragen keine Vorwegbemerkungen.

(Zurufe von der CDU)

Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Ja. – Das halte ich für einen Missbrauch des Parlaments.

Aber jetzt stelle ich meine Frage.

Stellv. Präsident Birzele: Sie haben die Möglichkeit, eine Frage zu stellen, und damit hat es sich.

Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Ich stelle die Frage: Frau Ministerin Staiblin, welcher Anteil entfällt in Ihrer Statistik – sowohl für das Land Baden-Württemberg als auch im Vergleich zu den genannten anderen Bundesländern – auf Betriebe, die Streuobstwiesen bewirtschaften, aber nicht insgesamt auf ökologische Wirtschaftsweise umgestellt worden sind?

(Abg. Weiser CDU: Überhaupt keiner!)

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen dazu die Zahlen schriftlich nachliefern. Aber ich möchte eines betonen: Kein anderes Bundesland unterstützt den Streuobstanbau und Streuobstwiesen finanziell und insbesondere durch das MEKA-Programm so wie wir im Land Baden-Württemberg. Wir geben viele Millionen dafür aus

(Zuruf des Abg. Weiser CDU)

und haben jetzt im neuen MEKA-Programm noch einmal einen Zuschlag ermöglicht, meine Damen und Herren, so dass die Streuobstwiesen in unserem Land gefördert und nicht nur erhalten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Frau Ministerin, ist Ihnen bekannt, dass die Verbände des ökologischen Landbaus auf der Pressekonferenz, die Sie mit diesen Verbänden vor etwa zehn Tagen durchgeführt haben, Zahlen verteilt haben, aus denen hervorgeht, dass der Anteil der Ökobetriebe 2,7 % und nicht 5 % beträgt und dass Ihre Angaben lediglich darauf beruhen, dass ein Drittel der Betriebe reine Streuobstbetriebe sind, die bei solchen Statistiken klassischerweise natürlich nicht unter den ökologischen Landbau fallen?

(Lachen des Abg. Weiser CDU)

Zweitens: Entsprechen die statistischen Grundlagen, die Sie hier vorgetragen haben, den Vergleichen mit den anderen Ländern?

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung der beiden Zusatzfragen. Herr Kretschmann, Sie haben damit Ihr Kontingent ausgeschöpft.

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Herr Kretschmann, Sie müssen zwischen dem prozentualen Anteil der Betriebe und dem prozentualen Anteil der Hektarzahl schon unterscheiden.

(Zuruf des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen – Ministerin Gerdi Staiblin begibt sich zurück auf die Regierungsbank.)

Stellv. Präsident Birzele: Moment, Frau Ministerin!

(Zurufe von der SPD)

Frau Ministerin, es gibt noch weitere Zusatzfragen.

(Abg. Schmiedel SPD: Weiser hat noch eine Frage!)

Herr Abg. Weiser möchte auch noch eine Frage stellen. – Bitte schön.

Abg. Weiser CDU: Frau Ministerin, sind Sie mit mir der Meinung, dass die Nervosität dort nur deshalb besteht, weil Baden-Württemberg in der Ökologie führend ist, während Frau Höhn in Nordrhein-Westfalen dagegen seit sechs Jahren als Ministerin tätig ist, aber eine Bilanz von Null aufzuweisen hat?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Weimer SPD: Das ist schon fast tragisch! – Abg. Schmiedel SPD: Das ist peinlich! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Ich gehe mit Ihnen einig.

Stellv. Präsident Birzele: Zweite Zusatzfrage, Herr Abg. Buchter.

Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Auf die Strukturunterschiede zwischen den Ländern hatten wir hingewiesen.

Ich möchte aber noch die Frage stellen, wo die Verbände, die in der AGÖL, der Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau, zusammengefasst sind, gegründet worden sind. Kann es nicht sein, dass diese Verbände in Baden-Württemberg schon viel länger arbeiten und insofern auch in Bezug auf die Anzahl der Betriebe länger Positives bewirken konnten? Ist das so oder nicht so?

(Abg. Weiser CDU: Das ist eine Faschingsrede! – Abg. Haasis CDU: Sie kriegen es nächste Woche schriftlich!)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Ich möchte Sie bitten, eine konkrete Frage zu stellen, damit ich auch dementsprechend antworten kann.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Wie viel gegründet worden sind, wie viel davon im Land Baden-Württemberg! Das war die konkrete Frage! – Abg. Haasis CDU: Das war akustisch gar nicht zu verstehen!)

– Ihre Frage ist immer noch nicht konkret gestellt. Insofern kann ich auch keine konkrete Antwort geben.

(Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Wenn der ökologische Landbau eine so große Rolle spielt, sollte man das auch beantworten! – Zuruf des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

– Warum fragen Sie dann? Dann wissen Sie es doch.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Diese Art von Fragen hat Kollege Weiser eingeleitet, nicht ich!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich habe keine Möglichkeit einzugreifen, wenn Fragesteller der Meinung sind, dass ihre Frage nicht beantwortet worden ist, und umgekehrt die Meinung besteht, dass die Frage nicht konkret gestellt sei.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gerhard Weiser CDU – Hektarerträge bei Weizen und Getreidepreisausgleich der EU

Herr Abg. Weiser, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

(Abg. Zeller SPD: Sag einmal! Was ist denn mit dem los?)

Abg. Weiser CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- Wie hoch sind die Hektarerträge bei Weizen und wie hoch ist der Getreidepreisausgleich der EU je Hektar in Baden-Württemberg im Verhältnis zu Bayern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein?
- Trifft es zu, dass die EU-Kommissare MacSharry, Steichen und Fischler die baden-württembergischen Programme SchALVO und MEKA als vorbildlich und als Maßstab künftiger Ökologisierung der EU-Agrarpolitik bezeichnet haben?

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erhält Frau Ministerin Staiblin.

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt.

Zu a: Mit der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik aus dem Jahr 1992 wurde das ehemalige Preisstützungssystem in ein System der flächengebundenen Direktzahlungen überführt. Ziel war dabei, das hohe Preisstützungsniveau schrittweise in Richtung Weltmarktpreise abzusenken. Im Gegenzug wurden auf der Grundlage von regionalen Durchschnittshektarerträgen aus den Jahren 1986 bis 1990 Flächenprämien zum Einkommensausgleich für Landwirte eingeführt.

(Ministerin Gerdi Staiblin)

Die zwischenzeitlich erfolgten weiteren Absenkungen der Stützpreise wurden durch Erhöhung der Flächenprämien ausgeglichen. Im Vergleich zu den anderen großen Ertragsregionen in Deutschland wurden im Jahr 1992 für Baden-Württemberg niedrigere Hektarerträge festgelegt, nämlich 51,4 Doppelzentner pro Hektar, in Bayern 55,3 Doppelzentner, in Nordrhein-Westfalen 58,1 Doppelzentner, in Niedersachsen 53,3 Doppelzentner und in Schleswig-Holstein 68,1 Doppelzentner. Da diese historischen Hektarerträge bis heute Grundlage für die Berechnung der Flächenprämien sind, ist mit jeder Absenkung der Preisstützung ein Auseinanderdriften der Ausgleichsleistungen in den Bundesländern verbunden. Die Bundesländer, die schon seit jeher eine intensive Produktion, hohen Dünger- und Pflanzenschutzmitteleinsatz, hohe Viehdichte und eine großflächige Agrarstruktur hatten, wurden und werden bei der Festlegung der Flächenprämien immer mehr bevorzugt.

Im Vergleich zu Baden-Württemberg erhalten Landwirte zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen einen um 83 DM höheren Ausgleich, und zwar erhält Baden-Württemberg pro Hektar 633 DM, Nordrhein-Westfalen 716 DM, Niedersachsen bis zu 737 DM, Schleswig-Holstein 839 DM und Bayern 681 DM. Meine Damen und Herren, trotz dieser Benachteiligung hat sich die baden-württembergische Agrarpolitik nie dazu verleiten lassen, in Richtung einer intensiven, umweltbelastenden Agrarpolitik zu gehen; vielmehr wurden umweltorientierte, nachhaltige bäuerliche Wirtschaftsweisen, auch zur Pflege der Kulturlandschaft und zur Sicherung der Naturgüter, gefordert.

Zu b: Die baden-württembergischen Vorstellungen zu SchALVO und MEKA wurden mit den früheren Agrarkommissaren MacSharry und Steichen diskutiert. Beide Kommissare haben diese Ansätze als vorbildlich und als außerordentlich geeignete Maßnahmen zur Ökologisierung bezeichnet. Sie dienten von Beginn an europaweit als Vorbild.

Die Kommission hat im Jahre 1992 unter Zugrundelegung der Grundsätze des MEKA das Förderinstrument der Agrarumweltmaßnahmen als so genannte flankierende Maßnahmen eingesetzt. Die Agrarumweltmaßnahmen, aufgrund derer MEKA seit dem Jahr 1992 kofinanziert wird, haben ihre erweiterte Fortsetzung in der von Kommissar Fischler initiierten so genannten zweiten Säule der EU-Agrarpolitik, dem Programm zur Förderung der Entwicklung der ländlichen Räume, gefunden. Der fortentwickelte MEKA und die novellierte SchALVO wurden erst kürzlich von der Europäischen Kommission als zukunftsweisende Initiativen Baden-Württembergs bestätigt.

Die Landesregierung setzt künftig für beide Programme 350 Millionen DM jährlich ein. Hinsichtlich der absoluten Beträge und der hektarbezogenen Leistung liegt Baden-Württemberg damit europaweit an der Spitze.

Stellv. Präsident Birzele: Eine Zusatzfrage, Herr Abg. Weiser.

Abg. Weiser CDU: Frau Ministerin, ist Ihnen bekannt, dass die Landesregierung bei der Festlegung des Getreidepreisausgleichs bemüht war, die niedrigeren Erträge besser zu honorieren, um eine Produktionsanheizung zu vermeiden, und dass dies unter anderem wegen des Einspruchs der norddeutschen Bundesländer abgelehnt wurde?

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin.

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Mir ist dies bekannt, Herr Kollege Weiser.

(Abg. Reinelt SPD: Das wäre auch komisch!)

Zur damaligen Zeit war es außerordentlich schmerzlich, dass die niedrigeren Hektarerträge von der EU angenommen wurden. Aber es war eine vorbildliche Leistung der Landesregierung,

(Abg. Schmiedel SPD: Warum haben Sie sich nicht durchgesetzt? Schwache Leistung!)

dass durch die Umweltprogramme und die damit verbundenen Leistungen die Hektarerträge dann erhöht wurden.

(Zurufe von der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Keine weiteren Zusatzfragen. – Entschuldigung. Herr Weiser, Sie haben eine zweite Zusatzfrage.

Abg. Weiser CDU: Frau Ministerin, ist Ihnen bekannt, dass das Wassergesetz, das die SchALVO beinhaltet, hier im Landtag gegen die Stimmen der SPD und gegen die Stimmen des Bündnisses 90/Die Grünen, die gegen diese Ökologisierung waren,

(Lachen des Abg. Zeller SPD – Abg. Zeller SPD: Das ist ein trauriger Abgang, Herr Weiser!)

verabschiedet werden musste?

(Abg. Zeller SPD: Traurig! Genauso traurig, was die Landwirtschaftsministerin antwortet!)

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Es ist ganz gut, dass Sie dies hier und heute wieder einmal erwähnt haben, denn manche vergessen, was vor Jahren an richtiger, ökologisch zukunftsweisender Politik eingeführt wurde.

Stellv. Präsident Birzele: Keine weiteren Zusatzfragen.

Die dritte Anfrage, die Anfrage des Herrn Abg. Troll, ist zurückgezogen worden.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 auf:

M ü n d l i c h e A n f r a g e d e s A b g . P e t e r H a u k C D U – E r s t e b e k a n n t g e w o r d e n e H o r m o n p r o b l e m a t i k

Herr Abg. Hauk, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Hauk CDU: Ich frage die Landesregierung:

- Gab oder gibt es in Baden-Württemberg Fälle, in denen als Folge der Hormonproblematik massenhaft Kälber getötet werden mussten?
- Auf welche Erfahrungen in anderen Bundesländern konnte das Land gegebenenfalls bei seinen Maßnahmen zurückgreifen?

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin Staiblin, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung der Anfrage.

(Abg. Wilhelm REP: Herr Hauk, hätten Sie das nicht gewusst? – Gegenruf des Abg. Reddemann CDU: Vor allem, damit ihr es lernt! Nachhilfestunde! – Gegenruf des Abg. Schmiedel SPD: Missbrauch der Fragestunde! – Abg. Zeller SPD: Die Antwort liest sie jetzt ab! War das alles schon abgesprochen? – Gegenruf des Abg. Weiser CDU: Da ist null abgesprochen! Null! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, der Frau Ministerin Gehör zu schenken, damit sie die Fragen beantworten kann.

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Zu a: Als Folge der Hormonproblematik musste in Baden-Württemberg keine Massentötung von Kälbern durchgeführt werden.

Zu b: Da Baden-Württemberg das erste Land gewesen ist, das den illegalen Einsatz von natürlichen Hormonen erfolgreich bekämpft hat, konnte auf Erfahrungen anderer Bundesländer nicht zurückgegriffen werden.

Stellv. Präsident Birzele: Eine Zusatzfrage, Herr Abg. Hauk.

(Zuruf von der SPD)

Abg. Hauk CDU: Welche Bundesländer hatten denn schon Erfahrungen damit?

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Einen Hormonskandal gab es im Jahr 1988 in Nordrhein-Westfalen. Dort hat der damalige Landwirtschaftsminister Matthiesen aufgrund dieses Hormonskandals 8 000 Tiere töten lassen.

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Weiser CDU: Jetzt wird es peinlich, Herr Teßmer! Es wird aber noch peinlicher!)

Stellv. Präsident Birzele: Keine weiteren Zusatzfragen.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 5 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Peter Hauk CDU – Massentierhaltung mit strafrechtlichen Folgen

Herr Abg. Hauk, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Hauk CDU: Ich frage die Landesregierung:

a) Gab es bislang in Baden-Württemberg eine dem zu einem Strafverfahren führenden Fall „Hühnerbaron Pohlmann“ vergleichbare Legehennenaffäre?

b) Wenn ja, haben die Landesbehörden für ihr Verhalten Konsequenzen aus dem Vorgang „Hühnerbaron Pohlmann“ und den dortigen behördlichen Reaktionen gezogen?

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin Staiblin, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung der Anfrage.

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu Frage a: Eine vergleichbare Legehennenaffäre wie im Fall „Hühnerbaron Pohlmann“ gab es in Baden-Württemberg nicht.

Derzeit – das will ich anmerken – macht Herr Pohlmann allerdings wieder von sich reden, indem er als Investor für eine geplante Käfighennenhaltung in Tschechien auftreten will. Dort ist geplant, eine Legehennenhaltung mit 200 000 Tieren anzusiedeln. Bayern legt derzeit Einspruch ein, weil diese Ansiedlung an der Grenze zu Bayern erfolgen soll.

Um auf Ihre Frage zurückzukommen: Gegen Herrn Pohlmann wurde ein Tierhaltungsverbot verhängt, nachdem in der Goldhuhn Eierhof GmbH & Co. KG auf seine Veranlassung schwerwiegende tierschutzrechtliche Verstöße begangen wurden. Mit Beschluss des Verwaltungsgerichts Osnabrück vom 9. Oktober 1994 ist Herr Anton Pohlmann zur Beilegung des Rechtsstreits mit dem Landkreis Osnabrück die Verpflichtung eingegangen, sich der Einflussnahme auf die Geschäftsführung der Goldhuhn Eierhof GmbH & Co. KG zu enthalten und damit keine Funktion als Tierhalter wahrzunehmen. Gleichzeitig verpflichtete er sich, Tierschutzbeauftragte in den Betrieben zu bestellen.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Weiser.

Abg. Weiser CDU: Frau Ministerin, sind Sie mit mir der Meinung,

(Abg. Zeller SPD: Ja!)

dass der damalige Ministerpräsident von Niedersachsen hätte erkennen müssen,

(Abg. Zeller SPD: Ja!)

dass schon damals eine Wende in der Agrarpolitik in seinem Land notwendig gewesen wäre?

(Abg. Zeller SPD: Das war jetzt wahlkampfentscheidend! Ja, so war es!)

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Ich stimme Ihnen zu.

(Lachen bei der SPD – Abg. Weiser CDU: Was gibt es da zu lachen? Da sind 200 000 Hühner vergammelt! – Gegenruf des Abg. Zeller SPD: Darauf kommen Sie jetzt? – Abg. Weiser CDU: Herr Zeller, wenn man über so etwas lachen kann, tut es mir Leid! – Gegenruf des Abg. Bebbler SPD: Jetzt hören Sie mal zu! – Abg. Weiser CDU: Unverschämtheit!)

Stellv. Präsident Birzele: Keine weiteren Zusatzfragen.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 6 auf:

Mündliche Anfrage der Abg. Helga Solinger SPD – Die weitere Entwicklung der neu gegründeten Hochschule der Medien in Stuttgart

Frau Abg. Solinger, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Helga Solinger SPD: Herr Präsident, nach diesen agrarpolitischen Schwanengesängen stelle ich jetzt eine andere Anfrage. Ich frage die Landesregierung:

- a) Wie beurteilt die Landesregierung den Umstand, dass die neu gegründete Hochschule für Medien Stuttgart im Zuwendungserlass des Wissenschaftsministeriums für den Studiengang Informationsdesign für die Jahre 2001 bis 2003 jeweils drei neue Stellen zugesprochen erhält, wohingegen die Hochschule mit sorgfältiger und stichhaltiger Begründung als Kompromiss gegenüber der notwendigen 8 : 4-Abfolge in 2001 und 2002 zumindest einen 4 : 3 : 2-Rhythmus (plus zwei Stellen ab 2004) beantragt hatte, der allein geeignet sei, den neuen Studiengang ab dem Wintersemester 2001/02 starten zu lassen?
- b) Ist der Landesregierung bekannt, dass der Studienbetrieb in diesem neuen Studiengang im Rahmen des vorhandenen Flächenpotenzials nicht aufgenommen werden kann, und ist sie bereit, in diesem Fall eine Ausnahme vom generellen Anmietungsverbot zu machen, zumal die Mietkosten in Erwartung eines abhelfenden Neubaus ab 2005 begrenzt kalkuliert werden können?

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatssekretär Sieber, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung der Anfrage.

Staatssekretär Sieber: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage der Frau Abg. Solinger wie folgt:

Die Fachhochschule Stuttgart – Hochschule für Druck und Medien sowie die Fachhochschule Stuttgart – Hochschule für Bibliotheks- und Informationswesen werden zum 1. September 2001 zur Fachhochschule Stuttgart – Hochschule der Medien vereinigt. Im Zusammenhang mit der Bildung der neuen Hochschule ist die Einrichtung von zwei neuen Medienstudiengängen vorgesehen, nämlich der grundständige Studiengang Informationsdesign und der Masterstudiengang Medienautor. Da die beiden Studiengänge auf Dauer nicht im vorhandenen Raumbestand untergebracht werden können, wird derzeit ein Antrag auf Förderung nach dem Hochschulbauförderungsgesetz erarbeitet. Mit einer baulichen Erweiterung der Hochschule ist wegen des Planungsvorlaufs nach dem HBBG nicht vor dem Jahre 2005 zu rechnen. Ab 2004 sind die Stellen durch Umschichtungen im Rahmen des Solidarpakts gesichert.

Der Landtag, die Wirtschaft und die Hochschulen haben sich wegen des unbestrittenen Bedarfs an Absolventen der neuen Studiengänge wiederholt dafür ausgesprochen, die

Studiengänge möglichst bald einzurichten. Das Wissenschaftsministerium hat sich deshalb erfolgreich darum bemüht, schon vorab Ressourcen bereitzustellen, um den Hochschulen noch im Jahre 2001 die Aufnahme des Studienbetriebs zu ermöglichen.

Zu a: Für den Studiengang Informationsdesign sind im Ausbauprogramm „Informatik Medien“ Mittel für neun Stellen, davon sechs Professuren, vorgesehen. Davon sollen jeweils drei Stellen in den Jahren 2001 bis 2003 zugehen. Der Wunsch der Hochschule, die Stellen im Verhältnis 4 : 3 : 2 zugehen zu lassen, lässt sich im Hinblick auf die Interessen und Bedürfnisse der anderen Hochschulen, die an dem Programm partizipieren, nicht erfüllen. Immerhin ist es gelungen, die vorläufigen Stellenbedürfnisse insgesamt, nämlich neun mittelfinanzierte Stellen, abzudecken.

Nach Auffassung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst können die beiden Hochschulen den Studiengang ab Wintersemester 2001/02 realisieren. Dabei müssen sie auch prüfen, inwieweit Lehrveranstaltungen durch Lehraufträge oder Dienstleistungen innerhalb der neu gebildeten Hochschule abgedeckt werden können. Gegebenenfalls könnte auch geholfen werden, wenn vorübergehend eine freie Professorenstelle für diesen Studiengang zur Verfügung gestellt würde.

Zu b: Im Rahmen des erwähnten Ausbauprogramms können Studiengänge vor der Fertigstellung geplanter Neubaumaßnahmen nur im vorhandenen Raumbestand begonnen werden. Die Hochschulen für Druck und Medien sowie für Bibliotheks- und Informationswesen wurden bei der Erteilung der Genehmigung der Studiengänge darüber informiert. Das Ergebnis der Überprüfung der Raumsituation an den Hochschulen ist dem Wissenschaftsministerium bis zur Stunde nicht bekannt. Es geht davon aus, dass, soweit sich bei der Unterbringung des Studiengangs Informationsdesign in der Hochschule Schwierigkeiten ergeben, auch die Räumlichkeiten der Hochschule für Druck und Medien in die Überprüfung einbezogen werden, da beide Hochschulen mit Wirkung vom Wintersemester an eine Hochschule bilden. Sobald abschließende Ergebnisse vorliegen, wird die Situation mit dem Finanzministerium zu erörtern sein.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung, Frau Kollegin. Von dem von Ihnen etwas geschmähten Vizepräsidenten Gerhard Weiser habe ich den Hinweis erhalten, dass die Geschäftsordnung nicht vorsieht, dass Abgeordnete mit der Antwort der Regierung zufrieden sein müssen. Ich hoffe dennoch, dass Sie mit der Antwort auf Ihre letzte Anfrage heute zufrieden sein können.

Vielen Dank.

(Beifall des Abg. List CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Frau Abg. Solinger.

Abg. Helga Solinger SPD: Wenn Sie erlauben, Herr Präsident, mache ich hierzu auch eine Bemerkung: Nein, ich bin nicht zufrieden. Deshalb habe ich zwei Zusatzfragen.

Erstens: Wie gedenkt das Wissenschaftsministerium mit der Situation umzugehen, dass die Hochschule hinsichtlich

(Helga Solinger)

des Stellenbedarfs zu einem anderen Ergebnis kommt? Mit drei Stellen einen Studiengang zu beginnen scheint wirklich etwas schwierig. Und ist Ihnen bekannt, ob wirklich Professuren frei sind, die man eventuell im Vorgriff vorzeitig besetzen könnte? Das wäre ja dann eine Lösung.

Die zweite Frage: Falls die nun doch noch erfolgende Prüfung des Raumbedarfs zum Ergebnis kommt, dass der Studiengang zwischen Innenstadt Stuttgart und Vaihingen aufgeteilt werden müsste – nicht besonders gut für neue Studierende –, würde sich das Wissenschaftsministerium dann beim Finanzministerium darum bemühen, dass neben der jetzigen Hochschule für Bibliothekswesen befindliche freie Räume in der Wolframstraße kurzfristig angemietet werden, damit diese Aufteilung des Studiengangs nicht erfolgen muss?

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatssekretär Sieber.

Staatssekretär Sieber: Zur ersten Frage: Frau Kollegin Solinger, nach unserer Auffassung reichen die Stellen aus. Wenn sie nicht ausreichen sollten, wäre zu überlegen, vorübergehend freie Professorenstellen zur Verfügung zu stellen.

Um Ihre Frage konkret zu beantworten: An der einen Fachhochschule wären zurzeit 0,5 Stellen frei, an der anderen Fachhochschule eine Professorenstelle, sodass man nach unserer Meinung mit etwas gutem Willen den Start durchaus mit der Zurverfügungstellung dieser beiden Stellen hinbekommen könnte.

Zu Ihrer zweiten Frage: Ich muss wiederholen, dass wir zurzeit über die Ergebnisse von Prüfungen der beiden Hochschulen nicht unterrichtet sind. Sollte sich herausstellen, dass die Ergebnisse so sind, wie Sie das vortragen, sind wir selbstverständlich bereit, sofort zusammen mit dem Finanzministerium nach einer besseren Lösung zu suchen. Ich kenne mich in der Geographie der Stadt Stuttgart nicht so gut aus wie Sie, aber ich denke, dass wir alle an einer guten Lösung arbeiten werden.

Sind Sie jetzt mit der Antwort zufrieden, Frau Kollegin?

(Abg. Helga Solinger SPD: Danke sehr! – Abg. Zeller SPD: Die Antwort war schon etwas besser!)

– Es war mir ein Vergnügen.

Stellv. Präsident Birzele: Nach diesem Austausch von Freundlichkeiten ist die Mündliche Anfrage unter Ziffer 6 erledigt.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 7 auf:

Mündliche Anfrage der Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen – Stuttgart 21

Frau Abg. Günther, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen: Ich frage die Landesregierung:

a) Wie hoch sind die auf das Land zukommenden finanziellen Belastungen für Vorfinanzierung und Finanzierung

in den einzelnen Jahren bei einer Realisierung von Stuttgart 21 ab Baubeginn bis zur Abwicklung des Vorhabens?

b) Mit welchen Kostensteigerungen gegenüber dem Planansatz 1995 ist zu rechnen, und welchen Betrag davon muss das Land tragen?

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erhält Herr Minister Müller.

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage – jetzt sage ich einmal abweichend von der üblichen Floskel: mit Vergnügen persönlich – wie folgt:

(Heiterkeit)

Die Fragen beziehen sich auf das Verhandlungsergebnis vom 14. Februar dieses Jahres, also vom vergangenen Mittwoch. Die beiden Teilprojekte Stuttgart 21 im engeren Sinne bis Wendlingen und die Neubaustrecke ab Wendlingen bis Ulm stehen in einem Sachzusammenhang und müssen deswegen zusammen gesehen, aber auch getrennt betrachtet werden. Beides will ich versuchen.

Zunächst zu Stuttgart 21 im engeren Sinne: Die vom Bund zu übernehmenden Baukosten von 886 Millionen DM sollen nach den Vorstellungen des Bundes vorfinanziert werden. Bei einem Baubeginn im Jahr 2004 – vorher kann das aus planerischen Gründen gar nicht gehen – und einem vorrangigen Einsatz der von der DB AG und dem Land nach der Rahmenvereinbarung vom November 1995 aufzubringenden Mittel – das sind die Nahverkehrsmittel, die wir einsetzen, wenn wir sie zeitlich sozusagen näher an den Beginn der Finanzierungsphase setzen – wird die Vorfinanzierung der 886 Millionen DM insgesamt ab dem Jahr 2007 erfolgen müssen. Auf der Basis der Zusage des Bundes, ab dem Jahr 2011 in acht Jahren zurückzahlen, und bei der Annahme eines Zinssatzes von 6 % – Zinsen sind immer etwas schwer kalkulierbar – ergibt sich für den Zeitraum von 2008 bis 2018 eine Zinsbelastung von insgesamt 270 Millionen DM. Davon tragen Dritte 220 Millionen DM, nämlich der Bund 120 Millionen DM, die Stadt Stuttgart 50 Millionen DM und der Verband Region Stuttgart ebenfalls 50 Millionen DM, sodass auf das Land Baden-Württemberg für die Vorfinanzierung dieses Bundesanteils insgesamt 50 Millionen DM entfallen.

Das ist die Antwort auf die Frage: Was kostet das? Die Vorfinanzierung des Bundesanteils kostet das Land Baden-Württemberg unter den genannten Rahmenbedingungen 50 Millionen DM.

Jetzt zur Neubaustrecke Wendlingen – Ulm: Der vom Land vorzufinanzierende Bundesanteil – –

(Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Das ist nicht gefragt, Herr Minister!)

– Das ist nicht gefragt. Man muss aber beides im Zusammenhang sehen.

(Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Wenn ich die Frage gestellt hätte, hätte ich gesagt: Nicht beantwortet! – Gegenruf des Abg. Rapp REP: Jetzt hören Sie doch mal zu! – Weitere Zurufe)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Stolz, wir haben sonst eher das Problem, dass die Regierung aus der Sicht der Abgeordneten nicht erschöpfend genug antwortet. Ich glaube nicht, dass etwas dagegen steht, dass der Minister die Finanzierung im Zusammenhang darstellt.

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Zumal das ja dasselbe Verhandlungsergebnis ist. Denn wir haben am vergangenen Mittwoch logischerweise auch darüber gesprochen.

Hier sind Baukosten vorzufinanzieren, Baukosten in der Größenordnung von 2,7 Milliarden DM. Auch hier unterstellt Baubeginn im Jahr 2004, auch hier unterstellt – so wurde es am vergangenen Mittwoch vereinbart – Rückzahlung ab 2011 in acht Jahren, unterstellt wiederum ein Zinssatz von 6 %, dann ergibt das für den Zeitraum, in dem die Vorfinanzierung zu erfolgen hat, für den Zeitraum zwischen 2005 und 2018, eine Gesamtzinsbelastung von 990 Millionen DM.

Das heißt also auf gut Deutsch: Die Neubaustrecke vorzufinanzieren kostet uns, das Land Baden-Württemberg, 990 Millionen DM, Stuttgart 21 vorzufinanzieren kostet uns 50 Millionen DM. Vielleicht wollten Sie diesen Unterschied nicht so gern hören, aber das ist eben ein Tatbestand.

Die genaue Bauablaufplanung und der jahresscharfe Mittelzufluss der Mitfinanzierung stehen sowohl für Stuttgart 21 als auch für die Neubaustrecke Wendlingen – Ulm heute noch nicht fest. Das hängt ja vom Baufortschritt ab. Deswegen können für die einzelnen Jahre keine genauen Belastungszahlen angegeben werden.

Ich will Ihnen darüber hinaus aber einmal Folgendes sagen: Wir haben in dieser Geschichte ja mehrere Imponderabilien. Wir kennen eigentlich nur die Zeitpunkte. Aber was das in D-Mark ausmacht, das hängt vom Zinssatz, von den Baukosten – von den letztlich wirklich entstehenden Baukosten; deswegen haben Sie ja noch die Frage gestellt, ob sich die Baukosten möglicherweise verändern – und den Jahresetappen, wann welcher Betrag anfällt, ab.

Man kann in einer Durchschnittsbetrachtung sagen:

Erstens: Ändern sich die Zinsen um einen Prozentpunkt, sinken sie also auf 5 % oder steigen sie auf 7 %, dann bedeutet das, wenn man beide Projekte zusammennimmt, eine Mehrbelastung oder Wenigerbelastung – je nachdem, ob sich der Zinssatz um einen Prozentpunkt erhöht oder verringert – um 100 Millionen DM, bezogen auf die gesamte Laufzeit. Dann wären es also nicht 990 Millionen DM plus 50 Millionen DM gleich 1,04 Milliarden DM, sondern dann würden 100 Millionen DM hinzukommen oder wegfallen, je nachdem, ob sich der Zinssatz erhöht oder verringert.

Zweitens ist auch die Frage interessant, wann diese Kosten eigentlich anfallen. 1 Milliarde DM ist sehr viel Geld, aber die Zahlung erstreckt sich über einen langen Zeitraum. Wenn man sich die Frage stellt, in welchen Jahren 80 Millionen DM oder mehr pro Jahr anfallen, dann ergeben sich die Jahre 2009 bis 2015. Das sind die Jahre der relativ starken Belastung des Landes Baden-Württemberg. Davor ist

die Belastung geringer, und auch danach ist sie geringer. Davor ist die Belastung geringer, weil wir noch nicht so viel zahlen müssen, und danach ist sie geringer, weil wir dann schon einen Teil getilgt haben. So viel einfach zur Erläuterung.

Jetzt zu Frage b. Ich darf sie wiederholen:

Mit welchen Kostensteigerungen gegenüber dem Planansatz 1995 ist zu rechnen, und welchen Betrag davon muss das Land tragen?

Wir haben in der Rahmenvereinbarung von 1995 dazu einen ersten Lösungsansatz gewählt, nämlich folgenden: Zwischen dem Bund, der DB AG, der Stadt Stuttgart, dem Verband Region Stuttgart und dem Land sind für die Finanzierung von Stuttgart 21 Kosten in Höhe von 4,89 Milliarden DM zugrunde gelegt. Dann ist vonseiten der DB im Jahr 1998 eine Überprüfung der Kostenhöhe erfolgt, und dabei hat sich ergeben, dass wir nach dem Stand von Ende 1998 mit Kosten von 4,94 Milliarden DM zu rechnen haben. In diesen Jahren hat sich also eine Kostensteigerung von 50 Millionen DM ergeben. Das ist bei der Gesamtsumme aber prozentual wirklich sehr wenig. Im Übrigen kommt hinzu, dass der Filderbahnhof mit 127 Millionen DM noch zu bezahlen ist; der wird aber im Wesentlichen von der Flughafengesellschaft Stuttgart bezahlt. Für eventuelle künftige Preissteigerungen ist schon in der Rahmenvereinbarung von 1995 ein erster Etappenschritt in der Größenordnung von 170 Millionen DM erwähnt. Es gibt nämlich eine Regelung, nach der diese 170 Millionen DM von Stadt und Land zu übernehmen wären.

Es gibt weitere Regelungen, die wir im Frühjahr letzten Jahres im Rahmen der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der DB zugesagt haben, nämlich dass bestimmte kalkulierbare Kostensteigerungsrisiken – das bezieht sich bei der Stadt Stuttgart auf Probleme im Bereich des Grundwassers und beim Land auf eine mögliche Kostensteigerung im Zusammenhang mit der Autobahn A 8 im Bereich Wendlingen – in der Größenordnung von jeweils 40 Millionen DM, wenn sie sich denn einstellen sollten, in dem einen Fall von der Stadt und in dem anderen Fall vom Land übernommen werden sollen.

Es gibt darüber hinaus die Feststellung, die seinerzeit getroffen worden ist, dass das Land Baden-Württemberg bei weiteren Kostensteigerungen bereit ist, Nahverkehrsmittel im gleichen Umfang nachzufinanzieren, wie das bei anderen Nahverkehrsprojekten der Fall sein kann. Schließlich gibt es die Vereinbarung einer „Sollbruchstelle“. Danach könnte das ganze Projekt gestoppt werden, wenn sich die echten Baukosten ganz am Ende, bevor sozusagen der Bagger kommt, so darstellen, dass wir miteinander feststellen: Sie sind nicht mehr zu tragen. Dann würde das Projekt schlicht gestoppt oder eine neue Vereinbarung gesucht.

Das ist sozusagen die Worst-Case-Betrachtung. Wir haben also auch diesen Fall schon in Betracht gezogen, sodass wir das Thema „Baukostenrisiko“ aus der Sicht der DB und aus der Sicht des Landes – übrigens auch aus der Sicht des Bundes – in einem gestuften Verfahren mehrfach abgesichert und für einen Teil von Problemfällen bereits geregelt haben. Für den letzten Fall, den wir nicht geregelt ha-

(Minister Ulrich Müller)

ben, haben wir sozusagen eine Sprechklausel vereinbart. Das ist die Situation.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Stolz.

Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, ich habe keine Zusatzfrage, sondern ich möchte nur – –

(Abg. Schmiedel SPD: Dann nimm ihm das Wort gleich wieder weg! – Weitere Zurufe)

Stellv. Präsident Birzele: Nein, Herr Abgeordneter. Sie haben das Wort nur zu einer Zusatzfrage und nicht zur Abgabe irgendwelcher Erklärungen erhalten.

Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Dann formuliere ich eben eine Zusatzfrage. Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass Sie auf die Frage von Frau Günther bezüglich der Finanzierung gar nicht eingegangen sind? Sie haben nur zum Thema „Vorfinanzierung“ gesprochen. Sie haben selber gesagt, Frau Günther habe nach dem Ergebnis der Verhandlungen der letzten Woche gefragt. Aber wenn Sie den Text genau ansehen, ist da nicht nur von der Vorfinanzierung, sondern auch von der Finanzierung die Rede.

Stellv. Präsident Birzele: Sie brauchen keine Erklärungen zur Frage abzugeben. Sie haben die Frage gestellt, Herr Abg. Stolz.

Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Ich bin mit Spannung hierher gekommen, um die Antworten zu hören.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Stolz, Sie haben nicht das Wort zu Zusatzbemerkungen.

Herr Minister, beantworten Sie bitte die Zusatzfrage.

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Ich frage mich wirklich: Was bin ich eigentlich gefragt worden? Ob ich die Frage beantwortet hätte?

(Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen: Die Finanzierungskosten!)

Ich meine, ich habe die Frage beantwortet. Die erste Frage war: Was kommt auf das Land an Kosten zu? Die zweite Frage war: Was geschieht bei Kostensteigerungen? Ich habe, glaube ich, beide Fragen relativ ausführlich beantwortet.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Gut beantwortet!)

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Frau Abg. Günther.

Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen: Ich sehe auch die Frage in Richtung Finanzierung nicht beantwortet. Sie sagen, Sie können das heute nicht abschätzen. Ich habe nach den Kosten für die Vorfinanzierung und nach den Kosten für die Finanzierung gefragt. Welche Gesamtkosten kommen auf das Land im Zusammenhang mit Stuttgart 21 von Baubeginn bis Bauabschluss zu?

(Abg. Schmiedel SPD: Alle Kosten!)

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Aber das ist doch jetzt völlig klar.

(Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen: Nein!)

Wir haben in der Rahmenvereinbarung von 1995 gesagt: Wir setzen Nahverkehrsmittel im Wert von 1,05 Milliarden DM ein. Das steht in der Rahmenvereinbarung; damit sage ich also nichts Neues. Am letzten Mittwoch haben wir uns über die Vorfinanzierung unterhalten, und diese trifft das Land mit 50 Millionen DM. Das ist das Ergebnis.

(Abg. Schmiedel SPD: 1,1 Milliarden zusammen!
– Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen: Einmalig!)

Das sind sozusagen 1,1 Milliarden DM, davon aus dem Landeshaushalt 50 Millionen DM und aus Nahverkehrsmitteln 1,05 Milliarden DM. Beides steht aber im Zusammenhang. Deswegen habe ich in der Tat eine Frage beantwortet, die Sie gar nicht gestellt haben: Der größere Brocken, der wirklich aus dem Landeshaushalt zu finanzieren ist, bezieht sich auf die Neubaustrecke.

(Abg. Schmiedel SPD: Das wollte sie nicht hören!
– Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Das haben wir nicht gefragt; das ist der Unterschied!)

Ich darf noch eine Bemerkung machen. Die Grünen wollten, dass wir die Neubaustrecke zahlen. Das schlägt im Landeshaushalt wirklich zu Buche. Aber was haben die Grünen eigentlich dazu beigetragen, dass diese Finanzierungslast des Landes, die uns wirklich hart trifft, ein bisschen geringer ausfällt?

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Zuruf des Abg. Keitel CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Herr Minister, welche Bedeutung haben denn die Wirtschaftlichkeitsberechnungen, die der Realisierung des Projektes wohl noch vorausgehen? Sie haben jetzt Zahlen genannt, was das kostet. Aber in welchem Verhältnis stehen sie zur Wirtschaftlichkeit des ganzen Projekts Stuttgart 21 im engeren Sinn?

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Es gibt ausführliche Wirtschaftlichkeitsberechnungen der DB, die mehrfach nachgewiesen haben, dass das Projekt wirtschaftlich ist. Es gibt aktuell eine erneute Untersuchung der Wirtschaftlichkeit von Price Waterhouse, die vom Bundesverkehrsministerium – nicht von der DB – in Auftrag gegeben worden ist. Aufgrund der bisherigen Zwischenergebnisse sagt Bodewig: „Auf der Basis meiner Kenntnis können wir diese Vereinbarung schließen. Es wird eine Bestätigung dessen sein, was die DB selbst als Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsberechnungen festgestellt hat.“ Das Projekt ist wirtschaftlich.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Verkehrsminister, inwieweit sind die Kosten für die Tunnellösungen im Bereich der Schnellbahntrasse im Raum Kirchheim/Teck und Weilheim/Teck und etwaige Kostensteigerungen in Ihre Finanzplanung einbezogen?

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Wir kennen heute nur die Kostenabschätzungen, die ich vorhin vorgetragen habe, nämlich knapp 2,8 Milliarden DM. Wir haben mit dem Bund vereinbart: Wenn es je zu einer Kostensteigerung kommen sollte – wobei Mehdorn, der DB-Vorstandsvorsitzende, sagt, es gebe kein Projekt der Deutschen Bahn, das so gut vorbereitet sei wie dieses –, dann wird der Bund die Mehrkosten entsprechend zu tragen haben, es sei denn, sie wären so hoch, dass man sagte, das sei nicht mehr zu tragen. Wir haben gesagt, wir werden die Vorfinanzierungslast im Maße der tatsächlichen Baukosten übernehmen. Damit ist auch für den Bund und für die DB das Kostenrisiko abdeckbar. Wir sind proportional bei der Vorfinanzierung dabei, wenn der Bund tatsächlich in die Finanzierung einsteigt.

Stellv. Präsident Birzele: Zweite Zusatzfrage, Frau Abg. Günther.

Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen: Herr Müller, wo ist denn die Schmerzgrenze für das Land bei einer möglichen Kostensteigerung, auch im Zusammenhang mit den Wirtschaftlichkeitsgutachten und auch vor dem Hintergrund, dass das Land 1 Milliarde DM für einen Bahnhof ausgibt,

(Zuruf des Abg. Dr. Glück FDP/DVP)

der unserer Ansicht nach keinen verkehrlichen Nutzen hat? Ich sehe auch nicht, mit welcher Berechtigung das Landesverkehrsministerium 1 Milliarde DM

(Abg. Kiel FDP/DVP: Das ist nicht mehr die Frage! – Abg. Schmiedel SPD: Jetzt wirds aber wieder kommentierend!)

in ein Projekt steckt, das keinen verkehrlichen, sondern allenfalls einen städtebaulichen Nutzen hat.

Stellv. Präsident Birzele: Ich bitte die Abgeordneten, sich doch zukünftig daran zu halten, dass Fragen gestellt und keine Begründungen zu Fragen abgegeben werden.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Bitte, Herr Minister.

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Ich will zu beiden Dingen etwas sagen. Zunächst einmal zu dem, was Sie als Aussage unterstellt haben. Ich stelle fest: Das ist Ihre Meinung. Aber die Grünen werden sich einmal an den Tatbestand gewöhnen müssen, dass wir hier bei einem Schienenverkehrsprojekt eine einverständliche Auffassung des Bundes, der DB, der Stadt, des Landes und der Region haben. Es gibt aber eine kleine Gruppe, die meint, das ganze Projekt sei falsch, und das sind die Grünen.

(Abg. Mühlbeyer CDU: So ist es! – Abg. Schmiedel SPD: Mini! Eine Minigruppe! – Zuruf des Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen)

Ich muss das hinnehmen. Aber Sie müssen einfach einmal sehen, wo Sie bei Ihrer Position eigentlich gelandet sind. Es ist ja schon merkwürdig: Die Grünen sind auf dem Weg in die Realität.

(Abg. Göbel CDU: Lange gedauert! – Zuruf der Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen)

– Jetzt hören Sie einmal genau zu. Jetzt sage ich einmal etwas, was Sie vielleicht nicht so gern hören.

(Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen: Beantworten Sie mal meine Frage! – Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen meldet sich zu einer Zusatzfrage. – Unruhe)

Stellv. Präsident Birzele: Sie haben keine Zusatzfrage mehr.

(Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen: Beantworten Sie mal meine Frage! Herr Präsident, wenn Sie mir das Wort verbieten wollen –! – Unruhe)

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Sie müssen eine Frage stellen, aber ich darf antworten, was ich antworten will. Das ist der feine Unterschied, jawohl.

(Beifall der Abg. Kiefl und Göbel CDU – Abg. Kiefl CDU: So ist es! – Unruhe)

Jetzt sage ich Ihnen einmal: Sie sind auf dem Weg in die politische Realität. Sie haben sich, seit Sie an der Bundesregierung beteiligt sind, an die Westintegration und an Auslandseinsätze sowie an Castortransporte und an Autos als Verkehrsmittel gewöhnen müssen. Sie werden sich auch noch daran gewöhnen müssen, dass Schienenverkehr Geld kostet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kiefl CDU: Das kann lange dauern, bis die sich daran gewöhnen! – Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen: Das wussten wir schon vorher!)

Das muss man einmal ganz einfach feststellen.

Jetzt komme ich zu Ihrer Frage: Wo liegt die Schmerzgrenze? Erstens kann man sie nicht bestimmen, und zweitens, selbst wenn man sie bestimmen könnte, wäre ich nie so töricht, irgendeine Zahl in die Welt zu setzen, die Baufirmen dazu veranlassen könnte, uns ein Angebot kurz unterhalb der Schmerzgrenze zu machen. So blöd wäre ich nicht. Das muss ich Ihnen wirklich sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Kiefl CDU: So ist es! Exakt! 5 Pfennig darunter bleiben! Sehr gut! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ein kluger Minister!)

Stellv. Präsident Birzele: Zweite Zusatzfrage, Herr Abg. Kretschmann.

(Abg. Kiefl CDU: Muss das sein?)

Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Bei der heutigen Strenge des Präsidenten darf ich ja nur eine ganz präzise Frage stellen: Sind von der Landesregierung jemals unter dem Gesichtspunkt, dass das Land sorgsam mit den Steuermitteln umzugehen hat

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

und auf das Preis-Leistungs-Verhältnis achten muss, überhaupt ernsthaft die Alternativen zu der jetzt geplanten Vergrabung des Bahnhofs, nämlich eine Sanierung des Kopfbahnhofs, geprüft worden?

(Abg. Deuschle REP: Was machen Sie seit fünf Jahren im Landtag? – Weitere Zurufe)

War das korrekt?

(Abg. Schmiedel SPD: Die Antwort lautet Ja!)

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Die Antwort darauf

(Abg. Schmiedel SPD: Die Antwort lautet Ja!)

lautet ganz einfach: Diejenigen, die das Projekt machen wollten und wollen – mittlerweile wollen wir es ja zusammen machen –, diejenigen, die die Grundidee entwickelt haben, das ist die Deutsche Bahn. Das sind diejenigen, die bauen wollen, und die haben sehr wohl diese Untersuchungen angestellt.

Wir haben festgestellt, dass es für den Fernverkehr, dass es für den Nahverkehr – und das ist der Grund, weshalb wir Nahverkehrsmittel geben wollen und rechtlich gesehen geben dürfen –, dass es im Übrigen auch städtebaulich, dass es landespolitisch – Anbindung von Messe und Flughafen – und dass es für den Schienenverkehr, für die Wertigkeit des Schienenverkehrs in Baden-Württemberg insgesamt,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Flächenrecycling!)

ein hervorragendes Projekt ist.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja!)

Das sagt der Bund, das sagt – ich kann es nur wiederholen – die DB, und zwar nach jahrelanger Arbeit ihrer Projektgruppe.

(Abg. Schmiedel SPD: Das sagt die Stadt, und das sagt die Region!)

Wir haben keinen Zweifel daran, dass derjenige, der das bauen will und dafür eigenes Geld in die Hand nimmt, ein gutes Projekt verwirklicht. Deswegen ist es auch für uns ein gutes Projekt, und deswegen sind wir zur Mitfinanzierung bereit.

Selbst brauchten wir, weil wir nicht Bauherr sind, keine Alternativen zu entwickeln. Das, was auf den Tisch des Hauses gelegt wurde, hat das Einverständnis aller gefunden, die dieses Projekt selber machen wollen, die Bauherr sind und die die Kompetenz dazu haben.

Stellv. Präsident Birzele: Ich mache darauf aufmerksam, dass noch vier Zusatzfragen vorliegen, und ich will auch noch darauf aufmerksam machen, dass man Begründungen

in der Fragestellung verpacken kann, wie es der Kollege Kretschmann gerade gemacht hat.

Zusatzfrage, Herr Abg. Buchter.

Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Minister, gab es Verhandlungen mit dem Bund, die einen Zusammenhang hergestellt haben zwischen der Verwendung der EnBW-Erlöse und den Anteilen der Finanzierung des Bundes für Stuttgart 21?

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Jetzt muss ich mich bremsen, um nicht zu sagen: Die Frage ist absurd. Aber sie ist es.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Das kann man so sehen oder auch nicht!)

Stellv. Präsident Birzele: Zweite Zusatzfrage, Herr Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Verkehrsminister, ich möchte zum Tunnelprojekt eine Nachfrage stellen. Es ist ja bekannt, dass Tunnelprojekte sehr kostenträchtig sind. Da Sie eine enge Finanzplanung haben, frage ich: Welche Kostensteigerungen haben Sie beim Tunnelprojekt einkalkuliert? Haben Sie eine solche einkalkuliert, und werden Sie unter Umständen die der Bevölkerung gemachten Zusagen hinsichtlich der Tunnellösung zurücknehmen, um Ihr Gesamtprojekt zu finanzieren?

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Ich kann nichts Neues sagen. Vorhin schon war meine Antwort: Dieses Projekt kostet nach dem heutigen Kenntnisstand 2,87 Milliarden DM. Wenn es zu Mehrkosten kommt, sind wir bei der Vorfinanzierung dabei, sofern es zur Realisierung kommt. Ob es zur Realisierung kommt, das muss der Bund allein entscheiden, denn hier finanzieren wir nicht mit, sondern das muss in jedem Fall der Bund bezahlen. Für ihn kann es möglicherweise einen Punkt geben, an dem er sagt, er wolle es nicht mehr finanzieren. Aber dafür gibt es zurzeit überhaupt kein Indiz.

Ich weiß nicht, wo das Problem liegen soll. Ich kann nur sagen: Das ist ein hervorragendes Projekt, das nicht nur für den Raum Stuttgart, für den mittleren Neckarraum und in diesem speziellen Fall natürlich für ganz Ostwürttemberg, im Norden wie im Süden, sondern insgesamt für die Wertigkeit des Schienenverkehrs des Landes Baden-Württemberg große Bedeutung hat. Deswegen engagieren wir uns.

Sollte es später je ein Baukostenrisiko geben, dann werden wir uns damit befassen, wenn wir die Größe des Risikos kennen. Heute haben wir kein Indiz dafür, und deswegen kann ich auf diese Frage im Moment über das hinaus, was ich schon gesagt habe, nichts antworten.

Stellv. Präsident Birzele: Zweite Zusatzfrage, Herr Abg. Stolz.

Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Herr Minister, ist Ihnen bekannt, dass die ursprüngliche Planung der Deutschen Bahn eine Art Kombilösung war und dass dann durch den Einsatz des damaligen Oberbürgermeisters der Stadt Stuttgart die jetzige Variante favorisiert wurde, da diese für die

(Stolz)

Stadt Stuttgart einen sehr großen Nutzen darstellt, und dass vergleichende raumordnerische Untersuchungen,

(Abg. Göbel CDU: Die wollten auch mal an Ulm vorbeifahren!)

die Herr Kretschmann angemahnt hat – dieser Frage sind Sie ausgewichen –, nie stattgefunden haben?

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Ich kann Ihnen nur eines sagen: Im Unterschied zu den Grünen lernt die Bahn immer wieder einmal etwas dazu.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU
– Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Das war der Oberbürgermeister von Stuttgart!)

Es ist wirklich so. Die DB wollte auch schon an Mannheim vorbeifahren, sie wollte an Stuttgart vorbeifahren zu einem Rosensteinbahnhof, und sie wollte an Ulm vorbeifahren. Mittlerweile hat sie es kapiert, und ich hoffe, dass sich die Lernfähigkeit auch noch in einem bestimmten Teil dieses Hauses fortsetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Minister, könnten Sie uns sagen, wie hoch die Kosten für die von den Grünen immer wieder geforderte Sanierung des Kopfbahnhofs ungefähr sind? Diese Kosten würden aufgrund des desolaten Zustands ja ohnehin anfallen und müssten zum Teil gegenerechnet werden.

Könnten Sie im Rahmen der positiven Wirkungen, die Sie genannt haben, auch das Flächenrecycling, um ein weiteres Anwachsen des Speckgürtels um Stuttgart und damit Flächenverbrauch zu verhindern – dieses Thema müsste den Grünen ja liegen –, als wesentlichen positiven Faktor benennen?

Stellv. Präsident Birzele: Sie haben jetzt zwei Zusatzfragen gestellt.

Herr Minister, bitte.

(Zuruf des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Sie haben auf zwei Aspekte aufmerksam gemacht, die man natürlich sehen muss. Es gibt die Möglichkeit, gar nichts zu tun. Das wollen aber noch nicht einmal die Grünen. Das wäre auch gar nicht möglich, weil wir die vorhandenen Bahnanlagen ohnehin sanieren müssten.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es!)

Die ohnehin anfallenden Kosten liegen ja auch schon dann, wenn wir überhaupt nichts verbessern, sondern nur den Status quo erhalten wollen, in den nächsten Jahrzehnten insgesamt bei 1,5 Milliarden DM.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Also!)

Will man aber eine Verbesserung nach dem Wunsch der Grünen,

(Zuruf des Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen)

bräuchten wir zusätzlich einen – –

(Abg. Stolz Bündnis 90/Die Grünen: Da zieht es einem ja die Schuhe aus!)

– Lassen Sie sie bitte an. Das wäre mir recht.

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Göbel CDU)

Würde man darüber hinaus nicht nur den Status quo aufrechterhalten, sondern beispielsweise einen Tunnel im Neckartal bauen – so hieß es ja auch –, wäre auch noch einmal eine Größenordnung von 1 Milliarde DM aufzuwenden. Damit wären wir schon bei Kosten in Höhe von 2,5 Milliarden DM, ohne dass wir Wesentliches erreicht hätten.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

– In der Tat.

Wenn man den Effekt des Flächensparens noch dazu nimmt, wonach in einem innerstädtischen Bereich ein sehr großes Areal frei würde, das wir zum Beispiel nicht auf den Fildern suchen müssten,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es! Jawohl!)

dann sind das ökologische Effekte, die man schwer monetarisieren kann.

(Zuruf des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

Ich kann nur sagen: Wir liegen finanziell und konzeptionell richtig. Irgendwann werden es auch die Grünen noch lernen. Sie haben einen OB-Wahlkampf mit einem falschen Motto geführt.

(Zuruf des Abg. Kiel FDP/DVP)

Sie sollten einmal daran denken, dass der OB-Wahlkampf vorüber ist. So, wie Sie in anderen Bereichen dazugelernt haben – –

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Ich habe die Hoffnung nicht aufgegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. König REP: Man darf die Hoffnung nicht aufgeben!)

Stellv. Präsident Birzele: Es liegen keine weiteren Zusatzfragen – –

(Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Ich hatte mich gemeldet!)

– Sie wollen noch eine Zusatzfrage stellen?

(Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Ich hatte nur eine Frage gestellt!)

Also, zweite Zusatzfrage, Herr Abg. Buchter.

(Zuruf)

Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Genau. Weil die erste Frage so absurd war, frage ich nach.

Herr Minister, was ist an der Überlegung absurd, dass sich dann, wenn Erlöse aus dem Verkauf der EnBW-Anteile in den Haushalt eingestellt und nicht der Stiftung zugeführt werden und damit erhebliche Steuerzahlungen an den Bund geleistet werden müssen, der Bund im Gegenzug erkenntlich zeigt?

(Oh-Rufe von der CDU)

– Ja, was ist daran absurd? Erläutern Sie mir das bitte.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Göbel: Ihre Gedanken sind absurd! – Zuruf der Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen)

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Ich betrachte die Frage, die Sie gestellt haben, deswegen als absurd, weil sie weder mündlich noch schriftlich – mit keiner Silbe, in keiner Sekunde – je eine Rolle gespielt hat. Ich höre diesen Zusammenhang das erste Mal.

(Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Das ist keine Begründung für Absurdität!)

– Doch, das ist schon absurd. Wenn Sie fragen, ob das in Verhandlungen eine Rolle spielt, wobei der eine Verhandlungspartner keine Sekunde darüber geredet hat, der andere auch nicht, so muss ich sagen:

(Zuruf des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

Sie sprechen über ein eingebildetes Problem, nicht über ein reales. Das ist eine Phantomdiskussion.

(Beifall des Abg. Kiefl CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Eigenthaler.

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Wenn Fragen, die noch nie gestellt wurden, absurd sind, wäre das der Stillstand der Menschheit! – Heiterkeit)

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Herr Kretschmann, ich bin danach gefragt worden, ob das in den Verhandlungen eine Rolle gespielt hat. Dazu kann ich nur sagen: Es hat keine Rolle gespielt. Auf die Wahnsinnsidee, das miteinander zu verknüpfen, ist keine der beiden Seiten je gekommen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Durch die aufgrund des Zwischenrufs von Herrn Kretschmann veranlasste Entgegnung des Herrn Ministers ist Herr Abg. Eigenthaler noch nicht zu Wort gekommen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Auch nicht schlimm!)

Herr Abg. Eigenthaler, Sie erhalten jetzt das Wort.

Abg. Eigenthaler REP: Herr Minister, ich habe eine Frage bezüglich des geplanten Filderbahnhofes. Wird der Filderbahnhof bzw. der Messebahnhof oder der Flughafenbahnhof dort gebaut? Ist es richtig, dass auch geplant ist, dass nur jeder dritte ICE-Zug diesen Bahnhof anfahren soll? Bleibt es dabei, dass mit diesem Filderbahnhof die Gäubahn dann über die S-Bahn-Schiene verknüpft wird?

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, das steht nicht im Zusammenhang mit der Frage. Aber Sie haben die Möglichkeit, die Frage zu beantworten.

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Ich sage zum Filderbahnhof einfach noch einmal: Er wird in der Tat gebaut. Er kostet 127 Millionen DM. Die Kostenaufteilung besteht darin, dass die Flughafengesellschaft von diesen 127 Millionen DM 100 Millionen DM übernimmt. Auch die Stadt Stuttgart und das Land – jetzt muss ich nachschauen – tun etwas: Bund und Bahn bezahlen 17 Millionen DM, Land und Stadt 10 Millionen DM.

Insofern wird auf den Fildern etwas entstehen, was in der Bundesrepublik wirklich einmalig ist, nämlich eine Kombination aus Autobahn, Flughafen, S-Bahn, normalem Fernverkehr und ICE-Strecke, und das alles an einem Punkt. Das macht die Qualität dieses Standorts aus. Alle diese Entscheidungen sind für sich genommen gut. Aber die Kombination von diesem allem ist an dem Standort eigentlich ideal.

(Beifall bei der CDU – Abg. Göbel CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Birzele: Das waren schon zwei Zusatzfragen.

(Abg. Eigenthaler REP: Die Frage der Gäubahn auf der S-Bahn-Schiene!)

– Entschuldigung, Herr Minister.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wer sich auskennt, weiß, dass es nicht anders geht!)

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: So ist es. Jawohl.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, können Sie die Antwort so geben, dass sie alle hören.

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Herr Noll hat gesagt, wer sich auskennt, wisse, dass es nicht anders gehe. Ich habe das bestätigt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Richtig!)

Stellv. Präsident Birzele: Damit liegen keine Zusatzfragen mehr vor. Die Fragestunde ist beendet.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Neuorganisation der Naturschutzverwaltung und zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes – Drucksache 12/5916

(Stellv. Präsident Birzele)

Beschlussesmpfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländlichen Raum und Landwirtschaft – Drucksache 12/6021

Berichterstatter: Abg. Buchter

Herr Abg. Buchter, wünschen Sie das Wort?

(Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Nein, Herr Präsident!)

– Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für eine Allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten sollen.

Das Wort erhält Herr Abg. Göbel.

Abg. Göbel CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Am letzten Sitzungstag dieser Legislaturperiode steht die Verabschiedung des Gesetzes zur Neuorganisation der Naturschutzverwaltung und zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes an, einschließlich einer kleinen Änderung des Landeswaldgesetzes. Es gibt auch noch einen Antrag, der neu eingereicht wurde.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, manche wundern sich über den Zeitpunkt,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Allerdings!)

weil das anstehende Thema lange bekannt war, aber – das wissen Sie alle auch – dieses Thema hatten wir von Anfang an in unserer Koalitionsvereinbarung festgeschrieben. Wir haben uns die Entscheidungen nicht ganz einfach gemacht. Es hat viele Diskussionen, hitzige und sachliche, gegeben. Ich denke, der jetzt vorliegende Gesetzentwurf ist eine Lösung, die ich persönlich und die Kolleginnen und Kollegen aus der Koalition mit gutem Gewissen vertreten können. Ich sage bewusst „ich persönlich“, weil ich selber Verantwortung im Naturschutzbereich habe. Als Vorsitzender des Landesfischereiverbands und als Vorsitzender eines großen Bezirksverbands kann man sich solche Entscheidungen mit Sicherheit nicht leicht machen. Ich betone das nicht, um Mitleid zu erheischen, sondern um auch nach außen zu signalisieren, dass es gelegentlich Entscheidungen zu treffen gilt und dass es keine gute Lösung ist, sie so lange hinzuziehen. Ich meine das ein Stück weit als Selbstkritik. Wir hätten im Grunde schon vor zwei Jahren diesen Weg gehen können.

Ich bin stolz darauf, dass die Koalition bis zum Schluss hält und wir nun mit diesem Gesetz alle unsere Vorhaben aus der Koalitionsvereinbarung abarbeiten können. Ich denke, die letzten fünf Jahre waren für das Land und die Bürger im Land Baden-Württemberg, bedingt durch die Regierungsarbeit, bedingt durch die Arbeit der Koalition, wirklich gute Jahre. Der Gesetzentwurf heute ist ein Baustein, der dazugehört, und diesen Gesetzentwurf wollen wir nun vollends auf den Weg bringen. So viel zum Zeitpunkt und zur Koalitionsvereinbarung.

Ich denke, es gibt Beispiele dafür, dass man mit neuen Lösungen viel erreichen kann. Ich sage bewusst – das ist ja im

Augenblick sehr aktuell –, dass wir bei der Neuorganisation der Lebensmittelkontrolle, die wir uns auch auf die Fahne geschrieben hatten und die wir vor rund zwei Jahren vollzogen haben, wirklich eine gute Lösung erzielt haben, die sich jetzt gerade in dieser schwierigen Situation mit BSE bewährt. Wären unsere Anstalten nicht so gut gebündelt und so gut vorbereitet gewesen, wäre es sicherlich sehr viel schwieriger gewesen, mit dieser Situation fertig zu werden.

Die gewollten Veränderungen habe ich bereits bei der Einbringung des Gesetzentwurfs dargestellt. Ich brauche sie im Wesentlichen nicht mehr zu wiederholen. Wir wollen mit dieser Veränderung erreichen, dass die Entscheidungen künftig vor Ort fallen können. Durch die jetzige Änderung sind Landratsämter, Denkmalschutzämter und Naturschützer – seien sie hauptberuflich oder ehrenamtlich tätig – gezwungen, miteinander zu reden. Ich denke, das ist besser, als wenn jemand aus der Ferne anreist und möglicherweise glaubt, er müsse ein Machtwort sprechen. Die Beteiligten sind da die besseren Entscheidungsträger.

Die Umverteilung der Fachkräfte – dazu gibt es einen neuen Antrag – ist, so glaube ich, gut. Die Menschen, die in diesem Bereich schon tätig sind, verstehen relativ viel davon, sind aber keine Fachidioten, wie es gelegentlich dargestellt wird. Ich glaube, jeder Botaniker hat nicht nur Fachkenntnisse über den Trockenrasen, sondern auch über Feuchtwiesen und möglicherweise auch über Amphibien. Es ist besser, der Fachmann ist vor Ort, kann die Entwicklung im Landkreis beobachten und dann auch sachgerecht entscheiden, als dass er – nach einem Tagesausflug dorthin – sagt: „Ich halte dieses oder jenes für richtig.“ Ich glaube, es ist richtig, dass dieses Personal in die unteren Verwaltungsbehörden eingegliedert wird und damit ortsnah entschieden werden kann.

Mehr Personal, meine Kollegen, werden wir natürlich nicht einstellen können. Diese Umstellung ist in unserem Personalstrukturplan enthalten, den wir durchhalten wollen. Damit kennen Sie das Schicksal Ihres Antrags aus unserer Sicht.

Ich möchte kurz darauf hinweisen, dass die Naturschutzverbände insgesamt zunächst sehr erregt reagiert haben.

(Zuruf des Abg. König REP)

Wenn man aber die Zeitschriftenbeiträge dieser Verbände aus den jüngsten Tagen durchliest und täglich mit jemandem aus diesem Bereich zu tun hat, hat man den Eindruck, die Diskussion wird neuerdings plötzlich sehr viel sachlicher geführt. Ich meine, auch das ist ein Zeichen dafür, dass Aufgeregtheit nicht weiter führt, sondern wirklich nur das sachliche Miteinander. Darin sehe ich eine Chance.

(Zuruf des Abg. Kiefl CDU)

Herr Präsident, es sei mir erlaubt: Dies ist mit Sicherheit meine letzte Aktion in diesem Hause. Nach 17 Jahren werde ich aus freien Stücken aus dem Landtag ausscheiden. Ich möchte aber noch einige Gedanken zur Landtagsarbeit äußern.

Viele meinen, der Landtag habe nichts mehr zu sagen. Ich empfinde dieses Haus als ein ganz wichtiges Entschei-

(Göbel)

dungsgremium und möchte auch junge Menschen ermutigen, eine Mitarbeit hier anzustreben.

Vor allem aber möchte ich mich bei denjenigen bedanken, mit denen ich 17 Jahre lang zusammenarbeiten durfte, auch wenn es gelegentlich streitige, hitzige Diskussion gab.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Auch bei denen, mit denen du nur neun Jahre zusammengearbeitet hast!)

– Auch mit denen habe ich gerne gearbeitet, Herr Kollege Kiel. Auf der einen Seite ist es schade, dass wir in den Ruhestand gehen, auf der anderen Seite hoffen wir, dass wir die Arbeit unserer Nachfolgerinnen und Nachfolger mit Freude beobachten können.

Ich möchte noch ein Dankeschön an all diejenigen sagen, die uns bei der Arbeit unterstützt haben. Der Herr Präsident wird dazu heute sicherlich auch noch etwas sagen. Es war schön, die Kolleginnen und Kollegen kennen zu lernen und mit ihnen arbeiten zu dürfen. Es war ein schöner Lebensabschnitt.

(Abg. Bebbler SPD: Herr Präsident, sagen Sie uns auch noch etwas dazu, ob es ein schöner Lebensabschnitt war!)

Ich möchte aber auch denen, die uns zugearbeitet haben, ein herzliches Dankeschön sagen: sei es in den Fraktionen, über die Fraktionen hinweg oder seien es unsere Mitarbeiter hier im Hause. Ich denke, der Stil war gut. Ich hoffe, er bleibt so – zum Wohle des Landes und seiner Menschen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Republikaner)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Caroli.

(Abg. Deuschle REP: Will der sich auch verabschieden?)

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Herzlichkeit des Abschieds von Herrn Göbel kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Fraktion der CDU und die Fraktion der FDP/DVP gegen die Sturheit des Ministerpräsidenten in dieser Frage nicht durchgesetzt haben. Die Bezirksstellen für Naturschutz, die nach dem Willen der Koalitionsregierung zerschlagen werden sollen,

(Abg. Göbel CDU: Nicht zerschlagen, Herr Caroli, getrennt bleiben!)

sind nichts anderes, sind nicht mehr und nicht weniger als moderne Verwaltungsstellen, in denen Expertenwissen gebündelt ist, in denen es keine Schnittstellen gibt und in denen eine einheitliche Beratung durch alle Ansprechpartner gesichert ist. Es ist hier also genau das bereits realisiert, was man eigentlich unter Verwaltungsreform versteht.

Die Schwächung der Bezirksstellen ist Unsinn. Dies sagen alle Fachleute,

(Zurufe von den Republikanern)

und eigentlich wissen Sie – einschließlich Herrn Göbel – selbst genau, dass dies Unsinn ist.

(Abg. Schmiedel SPD: Er macht es trotzdem!)

Kein Wunder, dass unter denen, die von der Sache etwas verstehen, Unmut und auch Betroffenheit aufgekommen sind.

Meine Damen und Herren, die jetzt anstehenden Änderungen sind vor dem Hintergrund der deutlich veränderten Rahmenbedingungen für die Naturschutzverwaltung völlig unverständlich. Dazu einige Beispiele.

Die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, kurz FFH-Richtlinie, und die Vogelschutzrichtlinie der EU wurden 1998 durch das neue Bundesnaturschutzgesetz umgesetzt. Dies bringt den Ländern doch neue Aufgaben mit weit reichenden Konsequenzen, die landesweit bearbeitet werden müssen. Die FFH-Richtlinie muss bei allen großen Infrastrukturvorhaben einbezogen werden. Eine Verträglichkeitsprüfung ist bei allen Vorhaben in diesen Gebieten oder ihrem Umfeld durchzuführen. Eine solche Prüfung ist vom Umfang und der Erhebungstiefe her deutlich anspruchsvoller als die bisherige Eingriffsbeurteilung.

Wenn das Bundesnaturschutzgesetz novelliert und die Verbandsklage eingeführt ist, kommen wiederum neue Aufgaben auf die Bezirksstellen zu.

(Zuruf des Abg. Göbel CDU)

Darüber hinaus enthält der Entwurf des Bundesnaturschutzgesetzes einen Biotopverbund von 10 % der Fläche der Bundesrepublik Deutschland. Hierfür müssen auch in unserem Land Kerngebiete ausgewiesen werden, die miteinander verbunden werden müssen. All dies erfordert Arbeiten, die von den Bezirksstellen wahrzunehmen sind.

Denken wir auch an die Vergabe von Bundes- und EU-Mitteln

(Abg. Göbel CDU: Wir haben dann mehr Personal! Tun Sie doch nicht so, als ob Sie das nicht begreifen!)

zur Kofinanzierung von Pflege- und Extensivierungsverträgen, die an Vorgaben und Kontrollen gebunden sind. Auch die zunehmende Förderung von Projekten zum Schutz von Natur und Kulturlandschaft mit Bundes- und EU-Mitteln setzt qualifizierte Projektträgerschaften und Projektbetreuer voraus. Wenn wir wollen, dass Bundesmittel in unser Land fließen, dass EU-Mittel in die einzelnen Raumschaften fließen, dann muss dies fachlich qualifiziert, landesweit einheitlich begleitet werden.

Wir wissen doch auch, dass die EU-Landwirtschaftspolitik künftig verstärkt auf landschaftspflegerische, naturschutzrelevante Leistungen setzt. Auch hier, meine Damen und Herren, wird es notwendig sein, entsprechende Vorgaben und Erfolgskontrollen gegenüber der EU zu erbringen.

Es darf doch wohl nicht wahr sein, dass man die Instanz, die zur Erfüllung der genannten umfangreichen Aufgaben bestens geeignet ist, nun um 22 Stellen reduziert.

(Dr. Caroli)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Du musst auch sagen, wie viel es insgesamt sind! – Zuruf des Abg. Göbel CDU)

Dies, meine Damen und Herren, ist keine Stärkung des Naturschutzes, wie von der Landesregierung propagiert, sondern eine eindeutige Schwächung.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: So ist es! – Abg. Schmiedel SPD: Klare Worte!)

Überdies ist die Abschaffung des Devolutivrechts beim Naturschutz eine schallende Ohrfeige für die ehrenamtlich arbeitenden Naturschutzbeauftragten vor Ort, weil sie in Konfliktfällen nicht mehr in der Lage sein werden, sich an die nächsthöhere Instanz zu wenden, um damit ihrem Einspruch Nachdruck zu verleihen.

(Zuruf des Abg. Göbel CDU)

Es ist eine krasse Fehlentscheidung, die nicht nur demotiviert, sondern auch der Bereitschaft zum Engagement als ehrenamtlicher Naturschutzbeauftragter abträglich sein wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Schmiedel SPD: Genau!)

Meine Damen und Herren, das Dissensverfahren hat sich auch beim Denkmalschutz voll bewährt und sollte daher nicht geändert werden. Allein dadurch, dass es einen Zwang zum Einvernehmen gab, kam es auch nur bei 0,76 % aller Fälle zu keinem Einvernehmen.

Meine Damen und Herren, das Denkmalschutzgesetz hat sich voll bewährt. Die Herstellung des Einvernehmens zwischen der unteren Denkmalschutzbehörde und dem Landesdenkmalamt war in der Regel nicht durch Konflikte getrübt. Wir sollten uns vor Augen führen, dass beispielsweise überregional tätige Baugesellschaften wirtschaftlichen Druck auf Kommunen ausüben können, dem man kaum etwas entgegenzusetzen kann. Machen wir uns doch nichts vor: Wenn Finanznot besteht und Arbeitsplätze geschaffen werden, kann man gegenüber attraktiven Angeboten oft nicht widerstehen und nimmt den Abriss von Kulturdenkmalen in Kauf. Ich befürchte, dass die Abschaffung des Devolutiveffektes dazu führt, dass die Instandhaltung von Kulturdenkmalen wegen der mangelnden Wirtschaftlichkeit erheblich eingeschränkt wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir meinen, dass es bei der Vielfalt unterschiedlicher unterer Denkmalschutzbehörden eines funktionierenden Verfahrenskorrektivs bedarf, das die Belange der Denkmalpflege wahrt und Ungleichbehandlungen verhindert.

Wir von der SPD-Fraktion haben kein Verständnis dafür, dass Sie, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP/DVP, sich wider besseres Wissen dazu entschlossen haben, das Gesetz jetzt noch durchzupfeitschen. Sie haben den Sachverstand aller Fachleute in den Wind geschlagen, sich jeglicher Aufklärung widersetzt. Wir werden im Falle

der Regierungsübernahme einen Weg finden, diese üble Strategie der Deregulierung zu durchbrechen

(Zuruf des Abg. Göbel CDU)

und das Anliegen des Natur- und Denkmalschutzes, Herr Göbel, in unserem Lande wieder zu stärken.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: In Artikel 3 c unserer Landesverfassung heißt es:

Die Landschaft sowie die Denkmale der Kunst, der Geschichte und der Natur genießen öffentlichen Schutz und die Pflege des Staates und der Gemeinden.

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen verweigern diesen Verfassungsauftrag,

(Abg. Hauk CDU: Na, erhöhen Sie das nicht so!)

im Gegenteil: Dieser Gesetzentwurf – es ist ja nicht daran zu zweifeln, dass er heute eine Mehrheit findet –

(Zuruf von der CDU: Wollen Sie eine Verfassungsänderung oder eine Gesetzesänderung?)

wird diesen Auftrag, den uns die Verfassung gibt, weiter entscheidend schwächen.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: So ist es!)

Dies habe ich in der letzten Lesung schon für den Naturschutz dargestellt. Aber auch für den Denkmalschutz, der denselben Verfassungsrang hat, wird dieser Auftrag geschwächt, indem der Devolutiveffekt abgeschafft wird. Man muss sich einmal vor Augen halten: Wir bauen gerade ein Haus der Geschichte in der Größenordnung von 80 Millionen DM, aber der Erhalt unserer archäologischen und Kulturdenkmale wird durch diesen Gesetzentwurf entschieden geschwächt. Im Ausschuss waren Sie auch nicht in der Lage, darzulegen, inwiefern Ihr Gesetz eine Stärkung dieses Auftrages sein soll. Nur dies kann ja bei dieser Verfassungslage geboten sein.

Sie schwächen also die gesetzlichen ordnungspolitischen Grundlagen im Denkmal- und Naturschutz. Zugleich werden die Mittel zurückgefahren. Die Mittel im Denkmalschutz haben sich in den letzten zehn Jahren wie folgt entwickelt: In den Jahren 1990 bis 1993 waren es jährlich rund 50 Millionen DM, im Jahre 1994 rund 60 Millionen DM, ebenso 1995; dann gibt es in den Jahren 1996 und 1997 einen dramatischen Einbruch von 47 Millionen DM auf 30 Millionen DM; dann lagen wir bei 30 Millionen DM, 29 Millionen DM und 33 Millionen DM, und im letzten Haushalt sind 39 Millionen DM eingestellt.

(Abg. Göbel CDU: Es geht doch wieder aufwärts!)

Das heißt, Sie schwächen das Ordnungsrecht, und zugleich sind die Mittel zurückgefahren worden – und das bei den bekannten Preissteigerungen in der Baubranche. Man sieht

(Kretschmann)

also ganz klar: Sie haben mit Denkmalpflege nichts im Sinn, und das, obwohl der Erhalt dieser Kulturdenkmale unsere Städte und Gemeinden attraktiver macht und damit – neben dem Erhalt unseres Kulturgutes – einen wichtigen so genannten weichen Wirtschaftsstandortfaktor darstellt und eine außerordentlich hohe Wertschöpfung für die kleinen und mittleren Betriebe beinhaltet; denn ausschließlich diese arbeiten im Denkmalschutz. Das, was Sie tun, geht im Naturschutz also voll gegen das Ehrenamt und im Denkmalschutz voll gegen den Mittelstand. Das ist Ihre Politik in diesem Bereich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die Bilanz im Naturschutz ist absolut negativ. Sie haben nichts Positives vorzuweisen.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Göbel?

Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Gerne.

Abg. Göbel CDU: Herr Kollege, glauben Sie, dass man Denkmalschutz von den Regierungspräsidien aus betreiben kann, oder glauben Sie nicht auch, dass hinsichtlich der Stadtbildgestaltung vor Ort sehr viel differenzierter, sehr viel realistischer darüber diskutiert und befunden werden kann, was erhaltenswert ist und was man tatsächlich auch einmal opfern muss?

Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Ganz genau so ist es, Herr Kollege. Der Devolutiveffekt ist genau deswegen unten angesiedelt, damit die Leute mit Kenntnissen vor Ort im Konfliktfall die höhere Behörde anrufen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Göbel CDU)

Ich kann Ihnen nur zustimmen. Das ist genau der Sinn des Effekts, den Sie nun abschaffen. Das heißt, Sie schwächen genau die, die die Kenntnisse vor Ort haben und diese im Konfliktfall nach oben weitergeben könnten.

(Zuruf des Abg. Göbel CDU)

Es tut mir Leid – das ist genau der Punkt –, dass Sie zum Schluss noch ein solches Eigentor geschossen haben.

Die Bilanz im Naturschutz ist also absolut negativ. Sie haben noch nicht einmal Ihre selbst gesetzten Ziele erreicht. Ich habe schon bei der Ersten Beratung des Gesetzentwurfs gesagt: Ihre eigenen Kabinettsbeschlüsse – sie liegen schwarz auf weiß vor –, bei denen Sie den Ansatz „mehr Schutz durch Nutzung“ propagiert haben, sind nicht in die Praxis umgesetzt worden. Die Koalitionsfraktionen haben dafür null Mark – ich betone: null Mark – im Haushalt ausgewiesen. Die Ministerin wollte zwischen 7 und 15 Millionen DM. Also, Geld für neue Projekte wird nicht ausgegeben, jedenfalls in keiner Weise im erforderlichen Maß. Aber die Verwaltung, die die vermehrten Aufgaben, die jetzt durch die Ausweisung der Natura-2000-Gebiete der EU kommen, lösen soll, wird halbiert und geschwächt. Im Prinzip sind die BNLs in dieser Stärke kaum noch funktionsfähig, wenn man weiß, dass schon bisher die roten Listen immer weiter gewachsen sind.

Wer ist dafür verantwortlich zu machen? In erster Linie ist der Ministerpräsident – das weiß jeder hier im Haus – persönlich für diese ganze Linie verantwortlich zu machen, weil er nicht begriffen hat, dass zum Beispiel bei der Wende in der Agrarpolitik – wo es darum geht, die Landwirtschaft naturnäher zu gestalten – genau die Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Naturschutz notwendig ist.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: So ist es!)

Wir brauchen neue Konzepte der Kooperation und des integrativen Naturschutzes.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Davon versteht der Erwin nichts!)

Davon hat er nichts verstanden. Er hat nichts davon verstanden, dass Ökologie bedeutet, kreative, gute Arbeitsplätze für unsere jungen Leute bereitzustellen, dass dies eine Perspektive für unsere ländlichen Räume bedeutet. Unsere Bevölkerung will – wir denken heute ja in diesen Fragen stärker vom Verbraucher her – schöne, artenreiche Natur- und Kulturlandschaften. Dazu muss man die entsprechenden Konzepte haben, damit dies auch durchgesetzt werden kann.

Die Koalitionsfraktionen waren in diesem jahrelangen Geringel nicht in der Lage, wenigstens die Schwächung der kleinsten Verwaltung – wohlgemerkt, der kleinsten Verwaltung –, die wir überhaupt im Lande haben, zu verhindern. Dies ist ein Armutszeugnis ersten Ranges.

(Abg. Drautz FDP/DVP: 22 Stellen mehr!)

Die ganze Art und Weise, wie Sie mit dem Naturschutz und jetzt auch mit dem Denkmalschutz in diesem Land umgegangen sind, ist einfach schlichtweg eine Schande für Baden-Württemberg.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut! – Abg. Schmiedel SPD: Schande über die Regierung!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Kiel.

(Abg. Schmiedel SPD: Der versteht doch vom Naturschutz gar nichts!)

Abg. Kiel FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dies ist auch für mich die letzte Rede, die ich als Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg halten kann. Als Liberaler freue ich mich darüber, noch einmal

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Noch einmal etwas kaputtzumachen!)

zu einem Gesetz reden zu dürfen, das Chancen und Risiken für Naturschutz und Denkmalpflege in sich birgt.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Endlich ist der Naturschutz fertig!)

Dabei gilt auch hier: Nur wer Risiken eingeht, kann auch Chancen eröffnen.

(Kiel)

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD:
Das ist ein Satz, ein Satz wie gemeißelt! – Zuruf
des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Aufgrund der Aussagen von SPD und Grünen möchte ich
einmal den liberalen Philosophen Karl Popper zu Wort
kommen lassen. Er hat nämlich gesagt:

Der Staat ist ein notwendiges Übel.

Man muss sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Dass ihr
überhaupt regiert!)

Denn damit hat er schlaglichtartig deutlich gemacht:
Selbstverständlich brauchen wir den Staat.

(Abg. Brechtken SPD: Das sagen die allzuständi-
gen Oberbürgermeister, aber erst, wenn sie ausge-
schieden sind!)

– Ach, hören Sie doch einmal zu, Herr Brechtken. Ich glau-
be ja, dass es für Sie vielleicht ein bisschen zu hoch ist,
sich einmal mit einem Philosophen auseinander zu setzen.

(Abg. Brechtken SPD: Jawohl, Herr Oberlehrer!)

Aber ich meine, man sollte sich vielleicht das eine oder an-
dere doch einmal vom Grundsätzlichen her durch den Kopf
gehen lassen und fragen, warum ein solches Gesetz not-
wendig ist.

Warum solch ein Gesetz notwendig ist – Herr Kretschmann
hat zu Recht gesagt: „Begründet das doch bitte einmal“ –,
will ich zu begründen versuchen.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Das ist
schwierig!)

– Das mag ja sein. Ich behaupte ja nicht, dass es leicht ist.

Aber Popper sagt natürlich einwandfrei auch: Wir brau-
chen einen schlanken Staat, und wir brauchen einen Staat,
der den Bürgerinnen und Bürgern eigene Entscheidungen
belässt, sie auswählen lässt, nicht gängelt und sie nicht
übersorgt, nur weil die, die die Gesetze verabschieden,
meinen, sie wüssten besser als die Bürgerinnen und Bürger
selbst, was einem nutzt und frommt.

(Abg. Brechtken SPD: Das ist ja unglaublich!)

Wir brauchen einen Staat, der notwendige Entscheidungen
im Sinne richtig verstandener Subsidiarität möglichst nahe
bei den Bürgerinnen und Bürgern fällen lässt,

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Göbel
CDU)

möglichst also bei den Städten und Gemeinden,

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU geht in einem
Faschingskostüm durch den Plenarsaal. – Abg.
Schmiedel SPD: Herr Präsident, was ist denn da
los? – Weitere Zurufe von der SPD)

und wir brauchen einen Staat, der die gesellschaftlichen
Kräfte stärkt, Hilfe zur Selbsthilfe praktiziert und auch den
Hilfsbedürftigen in unserer Gesellschaft ein menschenwür-
diges Leben ermöglicht. Ich meine, alles, was darüber hi-
nausgeht, ist ein Züviel. Popper sagt: Es ist letztendlich
von Übel.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Der Gesetzentwurf, der den Naturschutz und die Denkmal-
pflege neu regelt, will doch, dass Entscheidungen näher an
den Bürgerinnen und Bürgern getroffen werden. Wir Libe-
ralen erwarten durch dieses Gesetz eine größere Effizienz
und vor allem eine größere Partizipation engagierter Men-
schen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD:
Das ist aber weit hergeholt! – Zuruf des Abg. Wal-
ter Bündnis 90/Die Grünen)

– Ich komme schon zu den Punkten. Glauben Sie nur nicht,
dass ich mich davor drücke.

Etwaigen Gefahren durch Wegfall des Devolutivrechts der
Naturschutzbeauftragten kann durch Einflussnahme der
führenden Leute begegnet werden. Das Devolutivrecht
wird zum Vorlagerecht.

Schließlich möchte ich in dieser Hinsicht auch auf das hin-
weisen, was Sie, Herr Caroli, gesagt haben: Wenn durch
die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes die Ver-
bandsklage für Naturschutzverbände eingeführt wird – und
das begrüße ich, wie Sie ja wissen, ausdrücklich –, dann
wird noch einmal ein Riegel dagegen vorgeschoben, dass
Dinge passieren, die gegen die Natur oder gegen die Denk-
malpflege gerichtet sind.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg.
Schmiedel SPD)

Ähnliches gilt auch beim Denkmalschutz. Ich finde, es ist
schon entlarvend, wenn vonseiten der SPD gesagt wird, es
sei eine üble Strategie der Deregulierung. Ja, wir sind für
die Deregulierung.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter, gestatten
Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Caroli?

Abg. Kiel FDP/DVP: Wenn ich mit dem Satz fertig bin,
gern, Herr Präsident.

Es ist meines Erachtens eine Dekuvrierung, wenn man fest-
stellt: eine üble Strategie der Deregulierung. Nein, Popper
sagt: Wir müssen deregulieren.

Und jetzt bin ich gespannt auf Ihre Frage, lieber Herr Kol-
lege.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Kollege Kiel, geben Sie mir
Recht, dass all diese Dinge, die Sie jetzt auch erwähnt ha-
ben, wie zum Beispiel die Einführung der Verbandsklage,
zusätzliche Aufgaben für die Naturschutzverwaltung mit
sich bringen, die gebündelte Kraft erfordern, was ja dann
gerade für die Beibehaltung einer starken Bezirksstelle für
Naturschutz spricht?

Abg. Kiel FDP/DVP: Ich kann Ihnen bestätigen, dass es richtig ist, dass wichtige Aufgaben auf die Naturschutzbehörden zukommen. Ich finde es auch richtig, dass sie ihre Arbeit darauf konzentrieren können und die – ich sage es mal in Anführungsstrichen – „Kleinarbeit“ nach unten verlagert wird. Sie vergessen dabei, dass für den Naturschutz nicht Stellen gestrichen werden,

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

sondern 22 neue Stellen geschaffen werden

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

und dass die Aufgaben, die wirklich von großer Bedeutung sind – Sie haben sie genannt; ich könnte noch einige hinzufügen –, auch in Zukunft dort konzentriert und sehr engagiert durchgeführt werden und dass sozusagen „Kleinvieh“ woanders gehalten wird.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Die Tagesarbeit! – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

– Die Tagesarbeit wird weiter unten durchgeführt.

Meine Damen und Herren, die Arbeit im Landtag – meine Zeit ist abgelaufen; darum möchte ich das kurz noch sagen – hat mir Freude gemacht,

(Abg. Schmiedel SPD: Was ist mit den Risiken?)

in der Regierung meist mehr als in der Opposition, um das hinzuzufügen. Aber es war für mich ein Gewinn, beide Seiten kennen gelernt zu haben und deshalb auch Verständnis für beide Seiten aufbringen zu können.

Mit über 66 Jahren wollte ich freilich nicht mehr kandidieren. Allen wahren Demokraten, gleich welcher Couleur, die wieder kandidieren, wünsche ich, dass ihnen am 25. März Erfolg beschieden ist.

Ich bedanke mich bei denen, die konstruktiv und heftig mitgemacht haben. Da haben Sie bei mir immer einen Partner gefunden, der dies durchaus als wohltuend empfunden hat. Ich danke allen, und ich sage, ein bisschen Wehmut geht in dieser Stunde auch mit mir heim. Ein wenig werden Sie, wird dieses Parlament mir schon fehlen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP, bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Brechtken SPD – Abg. Brechtken SPD: Beifall nur für die letzten drei Sätze!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Eigenthaler.

Abg. Eigenthaler REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ihre so genannte Neuorganisation der Naturschutzverwaltung, Frau Ministerin, ist doch ohne Frage mit einer quantitativen und qualitativen Schwächung Ihres Ministeriums im Bereich des Naturschutzes – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich habe sehr viel Sympathie dafür, dass Sie sich von Herrn

Kollegen Kiel verabschieden wollen. Aber jetzt hat Herr Abg. Eigenthaler das Wort, und ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit.

(Abg. Rapp REP: Jawohl! – Beifall der Abg. Rapp und König REP)

Das gilt auch für Herrn Abg. Wieser.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ausdrücklich!)

Abg. Eigenthaler REP: Frau Ministerin, die so genannte Neuorganisation ist doch ohne Frage mit einer quantitativen und qualitativen Schwächung Ihres Ministeriums im Bereich des Naturschutzes und der Förderung des ländlichen Raumes verbunden. Ziele dieser Neuorganisation beinhalten aber auch eine empfindliche Demontage der Bezirksstellen für Naturschutz und Landschaftspflege.

Mit der Negativauswirkung beim Denkmalschutz habe ich mich bereits ausführlich bei der ersten Lesung befasst; das ist für jedermann im Protokoll nachzulesen.

Es ist bedauerlich, dass Sie, Frau Staiblin, in Ihrer eigenen Fraktion nicht die nötige Unterstützung zur Stärkung des Natur-, Tier- und Landschaftsschutzes für Ihr Ministerium gefunden haben. Es berührt schon peinlich, wenn angesichts BSE und des damit ausgelösten beschleunigten Bauernsterbens die dringend anstehenden Umstrukturierungen in der Landwirtschaft verzögert werden, einhändig und einäugig . . .

Stellv. Präsident Weiser: Ich darf die Abgeordneten der Republikaner bitten, ihrem Kollegen zuzuhören.

(Abg. Zeller SPD: Das müssen sie nicht!)

Abg. Eigenthaler REP: . . . abgearbeitet werden müssen oder gänzlich unterbleiben. Wollen Sie das angesichts des sich ausweitenden Schweinemastskandals, der existenzvernichtenden Seuche für Züchter, für Erzeuger, für Verarbeiter, für das Metzgerhandwerk, für das Gaststättengewerbe bis hin zur letzten Würstchenbude? Wollen Sie das angesichts größter Ernährungsprobleme vieler Mütter und Väter und von Familien mit Kindern, die nicht in der Lage sind, von heute auf morgen höhere Preise für Ökoprodukte zu bezahlen?

Wir brauchen dringend neue und naturnahe Programme für die Aufzucht von Schlachttieren, wobei der Natur- und Tierschutzgedanke in vielen Bereichen stärker beachtet und kontrolliert werden muss. Es schmerzt, wenn durch eine verzögerte Umsetzung der FFH-Richtlinie der Artenschutz versagt, wenn der Tierschutz anlässlich der zunehmenden Lebendtiertransporte leidet und wenn das Ministerium trotz heftiger Reaktion auf die Kampfhundunfälle ohne Not von der eigenen Ministerin selbst demontiert werden muss.

Ich kann mir einfach nicht vorstellen, Frau Ministerin Staiblin, dass Sie gerade jetzt den existenzbedrohten Landwirten, Milchbauern und Viehzüchtern wie den zahlreichen total verunsicherten Verbrauchern mit einem geschwächten Ministerium aufwarten wollen. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, dass die CDU in dieser kritischen Situation unverzichtbare Kompetenz aus Ihrem ohnehin überforderten

(Eigenthaler)

Ministerium herausbrechen will. Oder glauben Sie im Ernst – auch Sie, Herr Präsident –, dass Sie mit einem naturschutzamputierten Ministerium mehr für die Landwirtschaft tun können? Wollen Sie Ihre Bauern ohne ministerielle Beratung in Sachen Entschädigung und Förderung von Ausgleichsmaßnahmen gerade jetzt im Regen stehen lassen?

Ihr Ansatz ist zwar richtig, kompetente Fachkräfte hinter den Schreibtischen des Ministeriums und der Bezirksstellen hervorzuholen und sie an der grünen Front bei den unteren Landesbehörden in Stadt- und Landkreisen einzusetzen. So weit, so gut. Aber glauben Sie im Ernst, Frau Ministerin, dass Sie die zügige Umstrukturierung in der Landwirtschaft unter Verzicht auf Ihre hoch qualifizierten Mitarbeiter in den Abteilungen Naturschutz und Tierschutz bewältigen können? Glauben Sie im Ernst, die verschleppte Umsetzung der sensiblen FFH-Richtlinie auch im Sinne der Kommunen und im Konsens mit ihnen jetzt im Hauruckverfahren ohne die 22 Fachkräfte durchziehen zu können? Kann ein Umweltminister Müller angesichts der katastrophalen Klimaentwicklung auch in unserem Land ersatzlos auf 22 Fachleute bei der LfU verzichten?

(Abg. Keitel CDU: Was? Von was schwätzt der?)

Bedrohte Pflanzen und Tiere müssen zwar in der freien Natur an ihren natürlichen Standorten beobachtet, kartiert und geschützt werden. Es ist unstrittig, dass Haus- und Schlachttiere in Wohnungen, in Ställen, auf Weiden, bei Transporten und in Schlachthäusern, aber auch in Zoos, Zoogeschäften, im Tierkäfig, im Hundezwinger und auf dem Hühnerhof inspiziert werden müssen. Es bestehen keine Zweifel darüber, dass die Wasser- und Singvögel, die Lauf- und Raubvögel, die Fische und Krebse sowie Kleinlebewesen auf den Felsen und Wacholderheiden der Alb, in den Klammern und Schluchten des Schwarzwalds, auf den Feuchtwiesen und Auen an Rhein und Donau, an Neckar und Fils und an den vielen kleinen Nebenflüssen aus den Höhenzügen und Mittelgebirgen unserer Heimat vor Ort von Naturschützern beobachtet, betreut und geschützt werden müssen. Aber die Zusammenführung und die wissenschaftliche Auswertung, die zentrale Aufarbeitung und Umsetzung in neue Schutzmaßnahmen und deren Kontrollmechanismen müssen an zentraler Stelle erfolgen.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter, ich darf Sie darauf hinweisen, dass Sie Ihre Redezeit bereits überschritten haben.

(Abg. Herrmann CDU: Das ist auch eine Abschiedsrede!)

Abg. Eigenthaler REP: Regionale, gebietsscharf abgegrenzte, jedoch großflächig vernetzte Schutzräume müssen neu ausgewiesen werden, beispielsweise in einem Naturschutzgebiet Schwäbische Alb. Die Natur- und Umweltschutzverbände sowie der Schwäbische Heimatbund, dessen Vorstellungen wir Republikaner weitgehend unterstützen – –

Stellv. Präsident Weiser: Ich weise nochmals darauf hin: Ihre Redezeit ist zu Ende, und zwar schon längst.

(Unruhe)

Abg. Eigenthaler REP: Ich bin gleich zu Ende.

Stellv. Präsident Weiser: Ja.

Abg. Eigenthaler REP: Die Verbände beklagen zu Recht – – Lassen Sie mich doch kurz noch zur Erklärung unseres Antrags kommen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sie haben aber doch gar keine Zeit mehr!)

Stellv. Präsident Weiser: Ich weiß nicht, was Sie alles erklären wollen, aber Ihre Redezeit ist um.

Abg. Eigenthaler REP: Die Natur- und Umweltschutzverbände sowie der Schwäbische Heimatbund, dessen Vorstellungen wir Republikaner weitgehend unterstützen wollen, beklagen zu Recht die zu erwartenden Verzögerungen und die vorprogrammierte, einarmige Bearbeitung der vielen anstehenden und heute bereits aufgestauten Arbeiten.

Wir Republikaner teilen die Bedenken der Verbände gegenüber der Zielsetzung des Ministeriums und beantragen deshalb Zug um Zug die Wieder- bzw. Neubesetzung der Stellen der nach unten verlagerten Bediensteten mit Nachwuchsfachkräften.

(Zurufe der Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen und Scheuermann CDU – Unruhe)

Ich könnte mir vorstellen, dass es selbst – –

Stellv. Präsident Weiser: Ich habe bisher Gnade vor Recht ergehen lassen, aber jetzt ist Schluss. Entschuldigung!

Abg. Eigenthaler REP: Herr Präsident, waren Sie vorhin eigentlich auch so?

Stellv. Präsident Weiser: Ich bin vorhin nicht amtierender Präsident gewesen.

(Heiterkeit)

Sie haben nicht den Präsidenten zu rügen – damit das klar ist –, wenn Sie Ihre Redezeit überziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen und der FDP/DVP)

Abg. Eigenthaler REP: Ich hatte eine Frage gestellt. Entschuldigung, Herr Präsident.

Stellv. Präsident Weiser: Ein bisschen weniger unqualifizierte Angriffe, dann reicht die Zeit.

(Abg. Schmiedel SPD: Schalten Sie doch den Strom ab!)

Abg. Eigenthaler REP: Ich könnte mir vorstellen, dass es selbst innerhalb der CDU Abgeordnete gibt, die einer Schwächung Ihres Landwirtschaftsministeriums, Frau Ministerin Staiblin, nicht zustimmen wollen. Unser Antrag wäre ein Vorschlag, wie man diese Schwächung kompensieren könnte, ohne dass Sie vor den Naturschützern und vor den Landwirten Ihr Gesicht verlieren.

Stellv. Präsident Weiser: Es ist doch nicht Ihr Problem, ob die Ministerin ihr Gesicht verliert. Jetzt ist Schluss!

(Unruhe)

Abg. Eigenthaler REP: Es ist einfach ein Trugschluss, zu glauben, dass man, wenn man ein Bein des Ministeriums amputiert, danach mit dem anderen noch schneller laufen kann.

(Anhaltende Unruhe)

Man fällt nur schneller hin, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Stellv. Präsident Weiser: Frau Ministerin, ich gehe davon aus, Sie können auch mit amputiertem Bein geradeaus hierher kommen, um zu antworten.

(Abg. Zeller SPD: War das jetzt ein Redebeitrag?)

Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur ein kurzer Kommentar zu Ihnen, Herr Eigenthaler: Ich glaube, dass Sie BNL mit BSE verwechselt haben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor drei Wochen hat die Landesregierung den Gesetzentwurf zur Neuorganisation der Naturschutzverwaltung und zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes eingebracht und ausführlich begründet. Ich möchte deshalb heute nur wenige Eckpunkte ansprechen.

Herr Kretschmann, mich wundert es schon, dass Sie mit keiner Silbe erwähnt haben, dass für den Naturschutz in unserem Land 22 zusätzliche Stellen geschaffen werden.

(Beifall des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Drautz FDP/DVP: Das ist der Punkt! – Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Das erwähnen Sie ja jetzt!)

Sie wissen, dass im Koalitionsvertrag vereinbart war, dass 44 Stellen von den Bezirksstellen für Naturschutz und Landschaftspflege in die untere Naturschutzbehörde, sprich Landkreise und Stadtkreise, eingegliedert werden sollten. Sie wissen aber auch, dass der Erhalt der BNLs mit ihrer Aufgabenstellung der Wunsch der Landesregierung war und wir aus diesem Grund einen Kompromiss gefunden haben. Er besteht darin, dass 22 zusätzliche Stellen in die untere Naturschutzbehörde, Landkreise und Stadtkreise, eingegliedert werden. Ich habe größten Wert darauf gelegt, dass auch die derzeitigen Ökologenstellen bei den unteren Naturschutzbehörden erhalten bleiben, das heißt, dass künftig zwei Stellen an den unteren Naturschutzbehörden für die Aufgaben des Naturschutzes zuständig sind.

Herr Dr. Caroli, Sie haben nicht berücksichtigt, dass wir insbesondere durch den neuen Maßnahmen- und Entwicklungsplan in Brüssel die Möglichkeit haben, mehr Geld für den Naturschutz auszugeben. Sie wissen, dass ich größten Wert darauf gelegt habe, die Einjahres- und die Hand-

schlagsverträge für Landschaftspflege in Fünfjahresverträge umzuwandeln. Dadurch ist die EU-Kofinanzierung möglich geworden.

Im neuen MEKA-Programm ist durch das Punktesystem auch auf der Blümchenwiese im Schwarzwald – immerhin liegen 67 % der Landesfläche in benachteiligten Regionen – ein „Naturschutz mit Augenmaß“, wie ich es immer nenne, Herr Kretschmann, nach dem Motto „Schützen durch Nützen“ möglich geworden.

Meine Damen und Herren, für mich hat oberste Priorität, dass unsere bäuerlichen Familienbetriebe mit kleinen Strukturen den Hauptanteil an Naturschutz in unserem Land praktizieren. Darüber hinaus wollen wir die bewährte Unterstützung durch unsere Bezirksstellen für Naturschutz und Landschaftspflege weiterhin erhalten, und der Kompromiss war, dass wir 22 zusätzliche Stellen aus anderen Sonderbehörden in die untere Naturschutzbehörde eingliedern.

Lassen Sie uns das jetzt einmal praktizieren.

(Abg. Göbel CDU: Ja, genau!)

Ich bin davon überzeugt, dass dadurch die untere Naturschutzbehörde, dort, wo die Entscheidungen getroffen werden, wesentlich gestärkt wird. Dass die BNLs mit ihren Fachkräften mit der unteren Naturschutzbehörde zusammenarbeiten, ist selbstverständlich. Es kann überhaupt nicht die Rede davon sein, dass dies ein Schritt rückwärts sei, wie Sie es angesprochen haben. Nein, das ist ein Schritt der Deregulierung in unserem Land.

Das Devolutivrecht soll in ein Vorlagerecht umgewandelt werden. Dieses Vorlagerecht ermöglicht es, dass in besonderen Fällen die ehrenamtlichen Naturschutzbeauftragten ihre Anliegen bei der höheren Naturschutzbehörde vortragen können. Sie wissen, Herr Kretschmann, dass es dieses Devolutivrecht in keinem anderen Bundesland gibt. Also muss es auch nicht unbedingt bei uns erhalten werden.

Parallel dazu schaffen wir das Vorlagerecht im Denkmalschutz. Der Präsident des Landesdenkmalamts bekommt das Recht zur Vorlage an den Regierungspräsidenten und kann so eine einheitliche Praxis in der Denkmalpflege gewährleisten.

Der Ausschuss für Ländlichen Raum und Landwirtschaft hat empfohlen, dem Gesetzentwurf so, wie er Ihnen vorliegt, zuzustimmen. Diesem Votum, meine Damen und Herren, möchte ich mich anschließen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch der Denkmalschutz ist in dem Gesetzentwurf angesprochen. Ich möchte noch eine paar Gründe anführen, warum wir diesen Kompromiss für gut halten.

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

Einerseits wird die unbestritten hohe Fachkompetenz des Landesdenkmalamts berücksichtigt. Denn das Landesdenkmalamt wird bei jedem einzelnen der zu entscheidenden Fälle nach wie vor beteiligt. Seine Argumente werden gehört. In einzelnen schwerwiegenden Fällen besteht ein Vorlagerecht des Präsidenten des Landesdenkmalamts.

Andererseits – darauf hat Herr Abg. Kiel hingewiesen – wird der Ablauf der verwaltungsbehördlichen Verfahren konzentriert und beschleunigt und wird die untere Denkmalschutzbehörde in ihrer Zuständigkeit gestärkt. Der Denkmalschutz behält auch bei diesem Kompromiss seinen hohen Stellenwert.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen in der Allgemeinen Aussprache keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l a b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ländlichen Raum und Landwirtschaft, Drucksache 12/6021.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Naturschutzgesetzes

Wer dem Artikel 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Zurufe, u. a. Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Namentliche Abstimmung bei der Schlussabstimmung!)

– Moment! Die namentliche Abstimmung ist für die Schlussabstimmung beantragt und wird dann auch durchgeführt. – Wer stimmt gegen Artikel 1? – Sie müssen schon ein bisschen aufpassen.

(Heiterkeit)

Danke. – Wer enthält sich? – Niemand. Das Erstere war die Mehrheit. Der Artikel 1 – Änderung des Naturschutzgesetzes – ist damit mehrheitlich angenommen.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich weise Sie auf eines hin: Ich wiederhole keine Abstimmung mehr, nur weil Sie bei dem herrschenden Geräuschpegel nicht merken, worüber abgestimmt wird. Herr Maurer, Sie brauchen nicht abzuwinken.

(Abg. Maurer SPD: Weiter! – Abg. Dr. Caroli SPD: Weitermachen!)

Sorgen Sie für Ordnung in Ihrer Fraktion. Das wäre viel besser.

(Abg. Maurer SPD: Jawohl! Weiter!)

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Denkmalschutzgesetzes

Wer dem Artikel 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? –

(Zurufe von der SPD: Das war die Mehrheit! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Niemals! – Abg. Haasis CDU: Anzweifeln!)

– Meine Damen und Herren, nachdem infrage gestellt wird, dass die Mehrheit dem Artikel 2 zugestimmt hat, schlage ich vor, durch Namensaufruf festzustellen, ob eine Mehrheit hierfür gegeben ist.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über Artikel 2 durch Namensaufruf. Frau Abg. Fauser wird den Namensaufruf vornehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben B.

Frau Abg. Fauser, bitte. Ich gehe davon aus, dass man hört, wie der Einzelne abstimmt.

(Namensaufruf)

Meine Damen und Herren, die Abstimmung ist geschlossen. Ich darf die Schriftführer bitten, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich gebe das durch Namensaufruf festgestellte Ergebnis der Abstimmung bekannt:

An der Abstimmung haben sich 141 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 74 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 67.

Damit ist der Artikel 2 mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung des Landesverwaltungsgesetzes

Wer dem Artikel 3 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Meine Damen und Herren, das Erstere war die Mehrheit. Der Artikel 3 ist angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung des Ernennungsgesetzes

Wer dem Artikel 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer dagegen stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Stimmenthaltungen? – Keine. Das Erstere war die Mehrheit. Artikel 4 ist mehrheitlich angenommen.

(Stellv. Präsident Weiser)

Ich rufe auf

Artikel 5

Übernahme von Bediensteten

Wer dem Artikel 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Erstere war die Mehrheit. Artikel 5 ist angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 6

Personelle Übergangsregelung

Wer dem Artikel 6 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Das Erstere war die Mehrheit. Artikel 6 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 7

Finanzieller Ausgleich

Wer dem Artikel 7 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Artikel 7 ist mehrheitlich angenommen.

Nach der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ländlichen Raum und Landwirtschaft soll nach Artikel 7 ein neuer Artikel 8 – Änderung des Landeswaldgesetzes – eingefügt werden. Wer der Einfügung dieses neuen Artikels 8 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Erstere war die Mehrheit. Der Einfügung ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Der bisherige

Artikel 8

Inkrafttreten

wird neu Artikel 9. Wer dem Artikel 9 (neu) zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Erstere war die Mehrheit. Artikel 9 (neu) ist mehrheitlich angenommen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 21. Februar 2001 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Neuorganisation der Naturschutzverwaltung und zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes“. – Das Haus stimmt der Überschrift zu.

Meine Damen und Herren, für die

S c h l u s s a b s t i m m u n g

ist namentliche Abstimmung beantragt. Findet der Antrag die notwendige Unterstützung? –

(Abg. Wieser CDU: Man gönnt sich ja sonst nichts!)

Das ist der Fall. Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten, wer es ablehnen möchte, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, antwortet mit „Enthaltung“.

Herr Abg. Pfisterer, der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben M.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen, und das Ergebnis wird festgestellt.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

Abgegeben wurden 140 Stimmen.

Mit Ja haben 73 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein 67.

Damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung mehrheitlich verabschiedet.

*

Mit J a haben gestimmt:

Behringer, Hans-Michael Bender, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Ingrid Blank, Bloemecke, Dr. Carmina Brenner, Döpper, Dr. Döring, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Göbel, Dr. Inge Gräßle, Haas, Haasis, Hauk, Hehn, Heinz, Herrmann, Hofer, Keitel, Kiefl, Kiel, Kleinmann, Kluck, Dr. Klunzinger, Köberle, Ursula Kuri, Kurz, Ursula Lazarus, Johanna Lichy, List, Mappus, Dr. Mauz, Mayer-Vorfelder, Mühlbeyer, Ulrich Müller, Veronika Netzhammer, Dr. Noll, Oettinger, Ommeln, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reddemann, Ruder, Rückert, Dr. Schäuble, Dr. Stefan Scheffold, Scheuermann, Roland Schmid, Schuhmacher, Lieselotte Schweikert, Rosely Schweizer, Seimetz, Sieber, Dr. Eva Stanienda, Dr. Steim, Straub, Tölg, Traub, von Trotha, Veigel, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wabro, Wacker, Weiser, Wieser, Winckler, Zimmermann.

Mit N e i n haben gestimmt:

Bebber, Birgitt Bender, Birzele, Braun, Brechtken, Buchter, Capezzuto, Dr. Caroli, Dagenbach, Deuschle, Eigenthaler, Marianne Erdrich-Sommer, Fischer, Göschel, Heinz Goll, Rosa Grünstein, Stephanie Günther, Hauser, Rudolf Hausmann, Heiler, Herbricht, Huchler, Jacobi, Marianne Jäger, Junginger, Käs, Kielburger, Birgit Kipfer, König, Kretschmann, Krisch, Lorenz, Maurer, Moser, Phillip Müller, Dr. Walter Müller, Nagel, Dr. Puchta, Rapp, Renate Rastätter, Redling, Reinelt, Annemie Renz, Christine Rudolf, Dr. Salomon, Dr. Schäfer, Sabine Schlager, Dr. Schlierer, Nils Schmid, Schmiedel, Schöffler, Schonath, Seltenreich, Helga Solinger, Staiger, Stolz, Teßmer, Renate Thon, Troll, Vogt, Walter, Weimer, Wilhelm, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

*

(Stellv. Präsident Weiser)

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/6029, auf und erteile für eine ganz kurze Begründung Herrn Abg. Eigenthaler das Wort.

Abg. Eigenthaler REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte diesen Antrag ja bereits vorhin begründen. Ich mache es jetzt ganz kurz. Ich habe vorhin im Wesentlichen die Gründe aufgeführt, warum es notwendig ist, dass das Ministerium nicht geschwächt wird und dass auch die Bezirksstelle für Naturschutz nicht die Stellen von Naturschutzexperten, von Fachleuten verwaissen lässt, die man auch dort dringend braucht, und zwar gerade zur Umsetzung der anstehenden Arbeiten, die ja zum Teil schon jetzt verspätet bearbeitet worden sind. Ich denke an die FFH-Richtlinie. Hier steht einiges an Arbeit an. Ich glaube kaum, dass sich das Ministerium einen Gefallen tut, wenn es jetzt die Leute abzieht und diese Stellen verwaissen lässt. Ich denke, man muss retten, was zu retten ist, und diese Stellen so schnell wie möglich mit jungen, mit neuen Fachkräften besetzen, um sicherzustellen, dass die Arbeit dort weiterläuft.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich stelle den Antrag zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/6029, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt. Wird das Ergebnis der Abstimmung bezweifelt? – Das ist nicht der Fall.

(Abg. Brechtken SPD: Jetzt nicht!)

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 1. Dezember 2000 – Bericht der Landesregierung von Baden-Württemberg über entwicklungspolitische Maßnahmen in den Jahren 1998/1999 – Drucksachen 12/5790, 12/5915

Berichterstatter: Abg. Vogt

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

(Abg. Brechtken SPD: Bis zu!)

Das Wort hat Herr Abg. Wieser.

(Beifall des Abg. Seimetz CDU – Abg. Brechtken SPD: Hält er auch seine Abschiedsrede?)

Abg. Wieser CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der CDU-Fraktion danke ich dem Wirtschaftsministerium und seinen Mitarbeitern für die ausführliche und gute Darstellung der Entwicklungspolitik in den Jahren 1998 und 1999. Die CDU stimmt den Beschlussempfehlungen zu.

(Abg. Schmiedel SPD: Welchen Beschlussempfehlungen?)

Ich werde meine weitere Wortmeldung von den Redebeiträgen der anderen Fraktionen abhängig machen.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Ich danke allen, die in der Entwicklungspolitik tätig waren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wacker CDU: Sehr gut! – Abg. Seimetz CDU: Beste Rede! – Abg. Heiler SPD: Sehr gute Abschiedsrede!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Schmiedel. In der Bibel steht: Gehe hin und tue desgleichen!

(Heiterkeit)

Abg. Schmiedel SPD: Herr Präsident, ich würde ja gerne das Gleiche tun. Sie haben auch Recht. Es macht eigentlich kaum noch Sinn; denn die Regierungszeit läuft ab. Eine Besserung in der Entwicklungszusammenarbeit ist nicht zu erkennen. Das Dokument zeigt – –

(Oh-Rufe bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Jetzt muss ich doch noch einmal reden! – Zuruf des Abg. Göbel CDU)

– Es tut mir Leid, aber ich kann das ja nicht schönreden.

Es zeigt den beispiellosen Niedergang einer einstmals vorbildlichen Entwicklungszusammenarbeit.

(Abg. Haas CDU: Reden Sie von der Bundesregierung?)

Aber da, wie gesagt, Ihre Regierungszeit zu Ende geht, möchte ich Folgendes sagen.

(Unruhe)

Stellv. Präsident Weiser: Das ist einer der letzten Redebeiträge in dieser Legislaturperiode. Sie haben fünf Jahre lang sehr viel Geduld bewiesen. Bewahren Sie jetzt auch noch eine halbe Stunde Ruhe!

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut! – Abg. Brechtken SPD: Aber keine Minute länger! – Abg. Fleischer CDU: Dann soll er mal einen rechten Satz sagen und nicht nur einen solchen Bockmist!)

Abg. Schmiedel SPD: Ich will ganz kurz in elf Punkten sagen, wie es mit der Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg nach der Landtagswahl weitergeht. Das zeigt gleichzeitig die Defizite der jetzigen Landesregierung.

Erstens: Wir werden nach der Landtagswahl die Ansätze für die Entwicklungszusammenarbeit im Landeshaushalt wieder deutlich erhöhen, damit überhaupt neue Ansätze möglich sind

(Abg. Haas CDU: Null! Nullverschuldung! Wo kommt das Geld her? – Unruhe)

und nicht sozusagen nur Altes abgewickelt wird.

(Anhaltende Unruhe)

(Schmiedel)

Zweitens: Wir werden die Entwicklungshilfe im Land Baden-Württemberg auch über Lotteriespiele stärken.

(Abg. Haas CDU: Nichts als Pfusch!)

Drittens: Wir werden Public Private Partnership zwischen baden-württembergischen Unternehmen und Partnern in der Dritten Welt stärker fördern; denn wir sehen darin einen hervorragenden Ansatz, den die Bundesregierung praktiziert und den es im Land Baden-Württemberg zu stärken gilt.

Wir werden viertens die Eine-Welt-Politik als Querschnittsaufgabe der Landesregierung präzisieren und insbesondere auch im Bereich des interkulturellen und internationalen Dialogs verstärken.

Fünftens werden wir den Aufbau eines landesweiten Netzwerks der entwicklungspolitischen Gruppen in Baden-Württemberg unterstützen und damit die ehrenamtliche Arbeit aufwerten sowie das Engagement und den Dialog der Bürger in Baden-Württemberg fördern.

Sechstens werden wir einen Eine-Welt-Beirat einrichten,

(Abg. Fleischer CDU: Ein Masochist spricht! Ein ausgesprochener Masochist spricht!)

der insbesondere den Dialog zwischen den unterschiedlichen Gruppen und Verbänden fördert, die ansonsten wenig miteinander sprechen.

Siebtens werden wir lokale Informations- und Bildungsarbeit stärker unterstützen.

Achtens wollen wir die Transferstelle für die Lokale Agenda 21 unter Einbeziehung der Eine-Welt-Politik ausbauen.

Neuntens werden wir Eine-Welt-Begegnungen für die baden-württembergische Jugend als Teil der baden-württembergischen Bildungsarbeit unterstützen.

Zehntens werden wir ein Programm „Eine Mark für die Dritte Welt“ auflegen: 50 Pfennig vom Land werden ergänzt um 50 Pfennig von der Kommune.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Elftens werden wir Städte- und Gemeindepartnerschaften mit Entwicklungsländern wieder beleben, ausbauen und qualifizieren.

Dies, meine Damen und Herren, geht weit über das hinaus, dass wir nur sagten, wir wollten im Land Baden-Württemberg mehr Geld einsetzen, was auch dringend notwendig ist. Wir brauchen aber auch neue qualitative Ansätze. Die Entwicklungszusammenarbeit in Baden-Württemberg ist nur ein Stiefkind im Wirtschaftsministerium. In diesem Politikfeld ist kein Engagement der Führung des Hauses vorhanden. Wir werden das korrigieren und hoffen dann auf die tatkräftige Unterstützung auch der Opposition im Landtag.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Fleischer CDU: Begeisterter Beifall! – Abg. Wieser CDU: Das hat sich gelohnt!)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ob die Opposition all das unterstützt, wird an Ihnen liegen und nicht an uns. Aber das ist jetzt kein Thema.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

– Bitte?

(Abg. Zeller SPD: Der Präsident kommentiert nicht! – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Der Oberlehrer Zeller!)

– Herr Zeller, wenn Sie keinen Humor haben, muss ich sagen: Ich habe noch Humor.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Das Wort hat Herr Abg. Buchter.

Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Jenseits der parteipolitischen Betrachtungen, die im Wahlkampf üblich sind, möchte ich ganz einfach und nüchtern eine kleine Bilanz für die Entwicklungszusammenarbeit des Landes aufmachen.

Entgegen den Versprechungen hat Dr. Döring kein neues Konzept vorgelegt.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Er ist ein Modernisierungshindernis!)

Während seiner Verantwortung als zuständiger Minister wurde der Etat der Entwicklungszusammenarbeit glatt halbiert.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Aha!)

Meine Bitte an das künftige Parlament lautet ebenfalls, die Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit ernster zu nehmen und ihr mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, auch wenn das, zugegebenermaßen, eine Freiwilligenleistung des Landes und ein weiches politisches Feld ist. Denn auch in weichen politischen Feldern können sich Versäumnisse aus der Vergangenheit bitter rächen.

Was meine ich damit? Wir in Baden-Württemberg als Exportland sind massiv auf Partnerschaften angewiesen. Ich meine damit Partnerschaften der Städte, der Gemeinden, aber auch des Landes mit Regionen der Dritten Welt,

(Abg. Deuschle REP: Zum Beispiel mit Bagdad!)

Partnerschaften der Nichtregierungsorganisationen, Partnerschaften zum Beispiel auch der Schulen. In all diesen Bereichen ist in der jetzt ablaufenden Legislaturperiode meines Erachtens zu wenig passiert. Die Servicestelle für kommunale Entwicklungsaufgaben, wie sie derzeit vom Bund gefördert und gefordert wird, könnte in all diesen Bereichen Wesentliches leisten. Wenn Sie diese Stelle nicht mitfinanzieren wollen – wofür es auch gute Gründe geben mag –, dann bitte ich Sie doch, sich Alternativen zu überlegen, wie wir die Partnerschaften, zum Beispiel die Partnerschaften zwischen Kommunen, künftig ausbauen können. Was spricht denn eigentlich für die Entwicklungszusammenarbeit auf der Ebene des Landes? Doch gerade, dass das Land an diesen einzelnen Partnern näher dran ist als

(Buchter)

der Bund. Wir sind näher an den Schulen, wir sind näher an den kleinen Nichtregierungsorganisationen, und deswegen wäre es sehr gut, wenn das Land diese Organisationen unterstützen würde.

Es geht aber auch noch um andere Fragen. Ich habe als Referenz an dieses Haus in zwei Perioden wahrgenommen, wie groß das Bemühen um gerechte politische Lösungen ist, auch jenseits aller parteipolitisch unterschiedlichen Positionierungen. Wenn wir uns fragen, wie der internationale Handel heute abläuft, wie benachteiligten Regionen geholfen wird, dann müssen wir, glaube ich, nüchtern feststellen: Auf der globalen Ebene gibt es diese ausgleichende Gerechtigkeit noch nicht. Dafür sollten wir stärker eintreten, und wir sollten uns mehr um politische Lösungen bemühen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Herr Kollege Buchter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Deuschle?

Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Nein.

(Abg. Rapp REP: Schwach!)

Stellv. Präsident Weiser: Das ist seine Entscheidung.

(Abg. Deuschle REP: Ja, aber ich sage trotzdem:
Er ist halt ein Feigling!)

Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Stellen Sie sich vor, Sie wären an einem Ort in der Dritten Welt geboren und hätten das gleiche soziale und demokratische Verständnis, das Sie heute haben. Ich frage Sie: Würden Sie kämpfen? Ich hoffe: ja. Das ist die Ausgangssituation für viele Menschen, und das ist die Ausgangssituation für Entwicklungszusammenarbeit.

(Abg. Wieser CDU: Was heißt „kämpfen“? Wofür kämpfen?)

– Zuhören, Herr Kollege!

(Abg. Wieser CDU: Sprechen Sie vom Bürgerkrieg, oder was?)

– Ich frage, ob Sie für mehr Gerechtigkeit kämpfen würden. Wenn Sie das mit Bürgerkrieg übersetzen, ist das Ihre Auslegung, aber nicht meine.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Es geht um Bemühungen, diese Benachteiligungen, über die ich rede – – Es wäre besser, wenn Sie zuhören würden, Herr Kollege. Jetzt werde ich doch scharf, aber das liegt nicht an Ihnen.

Es wäre sinnvoll, mehr zu tun, damit solche Konflikte entschärft werden. Deswegen ist Entwicklungszusammenarbeit auch ein Beitrag zur Friedenssicherung.

(Abg. Deuschle REP: Ja, ja! Das sehen wir ja gerade in Bagdad!)

Neben diesen konkreten partnerschaftlichen Aspekten spielt meiner Meinung nach eine weitere Partnerschaft eine Rolle, die für uns als Land auch sehr wichtig ist. Ich meine

strategische Partnerschaften. Weil wir exportorientiert sind, sollten wir alles dafür tun, dass dort, wo wir Stärken haben – ich nenne zum Beispiel den Umweltschutzbereich und die Technologie dazu –, diese unterstützt und in globalen Abkommen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass solche Technologien stärkere Verbreitung finden. Ich bin der Meinung, es liegt in unserem eigenen Landesinteresse, dass wir dafür bessere Voraussetzungen schaffen.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Das stimmt!)

Spätestens seit Seattle müssten doch alle kapiert haben, welch große Rolle multilaterale Abkommen zum Beispiel in Bezug auf den Klimaschutz haben. Dafür sollten wir stärker positive Weichen stellen – in unserem Interesse, im globalen Interesse und natürlich auch im Interesse der benachteiligten Regionen.

Jetzt habe ich lange genug gestritten; ich bin sehr gespannt, ob sich Kollege Wieser an sein Wort hält und nicht mehr dazu spricht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Deuschle REP: Sie lassen ja nicht einmal eine Zwischenfrage zu!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Glück.

(Abg. Nagel SPD: Was ein Pech!)

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Entwicklungszusammenarbeit ist primär die Aufgabe des Bundes. Baden-Württemberg leistet auf dem Boden der Freiwilligkeit sehr viel.

(Abg. Schmiedel SPD: Es war schon mal besser!)

– Herr Schmiedel, das sehen wir ganz anders. Ich denke, das kann sich sehen lassen.

(Beifall des Abg. Behringer CDU – Abg. Schmiedel SPD: Es war schon viel besser!)

Es ist sicher richtig, dass wir die Beträge in den letzten Jahren zurückgeführt haben. Wir waren lang uneingeschränkt die Nummer 1, in der Zwischenzeit sind wir in der Tat auf dem zweiten Platz. Aber wenn Sie sich das Ranking anschauen, stellen Sie fest, dass wir gar nicht schlecht liegen. Auch auf dem zweiten Platz sind es immerhin jedes Jahr mehr als 20 Millionen DM.

(Zuruf des Abg. Göbel CDU)

Zum Beispiel wurden für den Bereich der NGOs 1,2 Millionen DM in den letzten Haushalt eingestellt,

(Abg. Wieser CDU: Zusätzlich!)

mit der Möglichkeit, durch Umschichtungen auf 2 Millionen DM zu kommen. Dieses Geld wurde nicht einmal abgerufen. Für dieses Jahr sind 1,4 Millionen DM in den Haushalt eingestellt. Ich hoffe, dass diese Mittel abgerufen werden.

Meine Damen und Herren, wo wird Entwicklungszusammenarbeit geleistet? Es ist sicher ein gewisses Problem,

(Dr. Glück)

dass sie den ärmsten Ländern eigentlich kaum zugute kommt, sondern meistens die Schwellenländer davon profitieren. Es liegt zum Teil auch in der Natur der Sache, dass für die Entwicklungszusammenarbeit – im Gegensatz zu einer Nothilfe, die man wirklich den Ärmsten leistet – in dem jeweiligen Partnerland zumindest ein gewisses Maß an Basisstrukturen erforderlich ist.

In diesem Zusammenhang – das wird immer wieder kritisiert – ist auch nichts dagegen einzuwenden, dass Bosnien-Herzegowina zu diesen Entwicklungsländern gezählt wird. Die OSZE sieht das ja genauso. Das Starthilfeprogramm, für das bis vor zwei Jahren Mittel in unseren Haushalten enthalten waren, umfasst ebenfalls echte und originäre Kosten der Entwicklungszusammenarbeit. Das ist so.

Beim Lesen des Berichts des Wirtschaftsministeriums fällt auf, dass die Zahl der Kleckerbeträge im Vergleich zu früheren Jahren zurückgegangen ist.

(Abg. Wieser CDU: Das haben wir auch immer kritisiert!)

Das ist richtig. Ich ermuntere Sie dazu, noch mehr Positionen zu durchforsten mit dem Ziel, Minimalposten zu streichen, sich dafür aber auf einige größere Punkte zu konzentrieren, denen man dann auch wirklich einen Stempel aufdrücken kann.

Meine Damen und Herren, im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit ist ein fairer Handel mit den betreffenden Ländern notwendig. Ich bedanke mich sehr bei den Eine-Welt-Läden.

(Beifall des Abg. Zeller SPD)

– Besten Dank, Herr Zeller. Das war das erste Mal, dass ich von Ihnen Beifall erhalte. Das freut mich sehr.

Ich bedanke mich aber auch bei Konzernen, die in ihre Angebotspalette inzwischen Produkte aus Entwicklungsländern aufgenommen haben, und zwar Produkte, die über ein Öko-Label und ein Sozial-Label verfügen müssen. Letztlich ist der faire Handel mit diesen Ländern genauso wichtig wie das Ankurbeln der Produktion in dem jeweiligen Land.

Herr Schmiedel, noch ein Wort zur Transferstelle. Darauf wollte ich eigentlich gar nicht eingehen. Natürlich spricht manches für eine zentrale Transferstelle des Bundes. Aber wenn wir Geld zur Verfügung stellen, müssen wir genau wissen, was wir dafür einkaufen. Zunächst einmal zu finanzieren und nicht so richtig zu wissen, was dabei herauskommt, das darf jedoch nicht sein. Vor allem möchte ich auch – speziell für die kleinen NGOs – eine etwas näher gelegene Anlaufstelle haben als eine zentrale in Bonn.

Meine Damen und Herren, trotz aller Wünsche nach humanitärer Hilfe gilt für die Entwicklungszusammenarbeit – das darf man auch aussprechen –, dass sie sehr eng mit der Außenhandelsförderung verknüpft ist. Wichtig sind Wirtschaftsverbindungen mit den betreffenden Ländern. Wir müssen uns in stärkerem Maß an Ausbildungsprojekten beteiligen. Wir brauchen Studenten hier in Deutschland, Studenten, die auch internationale Studiengänge aufnehmen.

Sehr wichtig ist auch die Postgraduiertenförderung. Attraktiv ist das Fernstudium – vor allem, weil das sonst sehr teuer wäre –, das gegenwärtig an der Universität Karlsruhe aufgelegt wird. Ich denke, das ist eine sehr effektive und sehr kostengünstige Möglichkeit.

Eine Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern wie China ist nach meinem Dafürhalten ausschließlich unter Außenwirtschaftsförderungsaspekten zu sehen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch zwei allgemeine Sätze sagen.

Angesichts der Bevölkerungszahlen und der Altersentwicklung in der EU auf der einen und in den Entwicklungsländern auf der anderen Seite sehen wir, wie wichtig Entwicklungszusammenarbeit letztlich ist, um für die betroffenen Menschen eine Möglichkeit zu schaffen, sich in ihrem Land vernünftig fortzuentwickeln. Letztlich ist das eine Voraussetzung für unser eigenes Überleben. Ich meine das wörtlich. Wir müssen lernen, für unsere eigene Zukunft mehr abzugeben.

Meine Damen und Herren, das ist die letzte Rede beim letzten Tagesordnungspunkt. Ich wünsche Ihnen allen einen Wahlkampf ohne Blessuren und ein fröhliches Wiedersehen im Sommer.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Glück, das war natürlich nicht die letzte Rede. Vielleicht haben Sie es auf sich bezogen. Aber wir haben tatsächlich mit meinem zusammen noch drei Debattenbeiträge zu hören. Dabei hätten wir es uns relativ einfach machen können; denn alles, was zu reden ist, ist schon in der Debatte am 5. Oktober gesagt worden. Es sind auch fast dieselben Redner, sodass der alte Satz gar nicht gilt: Es ist zwar schon alles gesagt, aber noch nicht von jedem. Wenn aber nun gewünscht wird, die Debatte zu wiederholen, soll dies geschehen.

Im Wesentlichen kann man es zunächst in den grundsätzlichen Feststellungen zur Entwicklungshilfe zusammenfassen. Es ist richtig, dass Entwicklungshilfe Bundesangelegenheit ist. Es ist aber gut, dass sich die Länder daran beteiligen und diese Aufgaben mit wahrnehmen, wobei wir bei der Gelegenheit auch einmal feststellen müssen, dass Baden-Württemberg seit Bestehen der Beteiligung an der Entwicklungshilfe über 770 Millionen DM geleistet hat. Ich meine, dass dies eigentlich eine Zahl ist, die man sich ins Bewusstsein rufen sollte, bevor man weitere Forderungen aufstellt und so tut, als ob es zu wenig gewesen wäre. Im Berichtszeitraum war es immerhin ein Betrag von 51,6 Millionen DM. Wenn wir es genau nehmen, ist ja die Talsohle durchschritten und im Prinzip die Tendenz wieder steigend. Da aber die Mittel nicht unbegrenzt sind, muss man sich natürlich klar machen, wo die Prioritäten zu setzen sind. Deswegen meine ich, dass es wichtig ist, bei allen Maßnahmen folgende Punkte zu beachten.

(Dr. Schlierer)

Erstens: Konzentration statt Gießkannenprinzip. Das betrifft die Zahl der Projekte. Das betrifft aber auch die Prioritäten in der Ausformung der Projekte selbst. Hier ist der Schwerpunkt auf die Bildung zu setzen, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil wir Hilfe zur Selbsthilfe leisten wollen. Da ist sicherlich die Bildung und Ausbildung in diesen Ländern vorrangig. Weniger Mittel für Einrichtungen hier bei uns im Land und mehr in den Entwicklungsländern. Ich sage das ganz bewusst, weil es sicher wichtig ist, hier bestimmte Einrichtungen zu schaffen, aber die Tendenz, sozusagen noch einen eigenen Apparat aufzubauen, die sicherlich bei jenen spürbar ist, die noch ein paar arbeitslose Sozialpädagogen unterzubringen haben, führt dazu, dass wir im Inland immer mehr Ausgaben haben und immer weniger Geld für die Maßnahmen im Ausland zur Verfügung steht. Deswegen sage ich auch: Wir lehnen eine Entwicklungsagentur ab, und wir halten auch nichts von einer zentralen Transferstelle; denn es gibt einschlägige Erfahrungen, beispielsweise mit CIM oder GTZ, über die ich jetzt hier nicht sprechen kann, die mich aber durchaus skeptisch gegenüber solchen zentralen Einrichtungen machen.

(Beifall bei den Republikanern)

Zum Mitteleinsatz selbst noch ein paar Worte. Die Förderung der Nichtregierungsorganisationen ist ja verstärkt worden. Ich halte das auch für den richtigen Weg. Das gilt erst recht im Blick auf jene Entwicklungsländer, in denen wir keine stabilen Verhältnisse im Bereich der Regierungen und Verwaltungen haben, wo wir Unruhen haben und wo deswegen Maßnahmen sehr schnell ins Leere laufen. Ich will auch noch einmal darauf hinweisen, dass wir auch in diesem Bericht wieder den Hinweis haben, dass unsere Hilfsmaßnahmen in Burundi eingestellt werden mussten und die ganze Maßnahme an sich, wenn man den Zeitlauf sieht, eigentlich infrage gestellt ist.

Vielleicht sollte man bei der Gelegenheit auch noch einmal sagen: Entwicklungsländer, die meinen, sich vor allem im Rüstungsbereich betätigen zu sollen, sollte man, wenn es geht, möglichst wenig unterstützen.

Sinnvoll waren mit Sicherheit im Berichtszeitraum die Maßnahmen in Bosnien-Herzegowina, wobei wir uns aber auch da bewusst machen müssen, dass dies sehr schnell ein Fass ohne Boden werden kann, wenn der Konfliktbereich selber nicht befriedet wird.

Noch ein letztes Wort zum Prinzip der Kofinanzierung. Auch diese sollte gestärkt werden. Dies führt mich nun zu der entscheidenden Forderung, die wir heute noch einmal ins Bewusstsein rufen müssen. Wir haben eine Landesstiftung für Entwicklung und Zusammenarbeit. Ich meine, dass jetzt, nachdem wir gestern gehört haben, dass dank des genehmigten Verkaufs der EnBW-Anteile der große Geldsegen über das Land kommt, noch einmal deutlich gemacht werden muss: Wir brauchen das Stiftungskapital. Wir können es uns nicht leisten, die bisher mit einem fiktiven Kapital fingierten Kapitalerträge jedes Jahr in den Landeshaushalt einzustellen. Deswegen noch einmal die Forderung, endlich diese Stiftung mit den 8 Millionen DM Stiftungskapital auszustatten, damit sie ihre Aufgaben mit ihren eigenen Erträgen wahrnehmen kann. Leider ist uns

dies in dieser Legislaturperiode nicht gelungen, aber ich glaube, Herr Kollege Wieser, dass es in der nächsten Wahlperiode sicher möglich ist. Dann haben wir auch für die Entwicklungshilfe hier im Land einen wichtigen Beitrag geleistet.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Wieser.

Abg. Wieser CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz auf die Kollegen eingehen und ein paar grundsätzliche Bemerkungen machen, auch in Anbetracht dessen, dass eine Debatte über den Bericht der Landesregierung schon am 5. Oktober 2000 in diesem hohen Haus geführt worden ist und dass in der Entwicklungspolitik eine weit gehende Übereinstimmung im Hause herrscht – wenn auch vielleicht nicht mit Herrn Buchter,

(Abg. Dr. Birk CDU: Schmiedel ja wohl auch!
Schmiedel ist auch gegen den Konsens!)

so doch mit den anderen Vertretern der hier anwesenden Fraktionen.

Entwicklungspolitik ist Bundespolitik. Was wir machen, sind ergänzende, flankierende Maßnahmen. Herr Schmiedel, Sie stellen sich hier hin und sagen: „Wenn wir wieder an der Regierung sind, dann wird endlich aufgestockt.“ Das war die Veranlassung, weshalb ich mich zu Wort gemeldet habe. Die Wahrheit ist: Als Sie an der Regierung waren, hat es die größte Talfahrt in der Entwicklungspolitik in diesem Land gegeben. Jetzt hat die Regierung Teufel/Döring eine Trendwende hingekriegt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/
DVP – Abg. Schmiedel SPD: Oh Jesses! So eine
Milchmädchenrechnung! – Abg. Dr. Birk CDU:
Belassen wir den Schmiedel in der Entwicklung!)

Bleiben wir doch bei den Tatsachen. Bei Ihnen war Abstieg, jetzt haben wir einen Aufstieg.

Das ist noch nicht befriedigend; ich meine, wir sollten mehr machen. Ich darf darauf eingehen, was die geschätzten Kollegen Glück und andere gesagt haben: Wir haben vor allem die Mittel für die Nichtregierungsorganisationen aufgestockt.

(Abg. Schmiedel SPD: Wiesers Märchenstunde!)

Da war nach der großen Koalition ja praktisch gar nichts mehr da.

(Abg. Dr. Birk CDU: Da würde ich mal kritisch in mich gehen, Kollege Schmiedel!)

Wir haben vor allen Dingen unsere Partner, die Kirchen, und die Pluralität der Partner gefördert, weil dort auch die größte Erfahrung vor Ort vorliegt: Menschen helfen Menschen. Der Staat braucht Partner, die sich dort auskennen, um in den Entwicklungsländern Menschen helfen zu können. Ich möchte hier insbesondere den Kirchen und allen anderen Partnern danken.

(Wieser)

Zweitens: Bildungsarbeit. Das Kultusministerium hat berufliche Schulen, Schulen insgesamt, Hochschulen, Fachhochschulen gefördert und aufgebaut.

(Abg. Wintruff SPD: Oh, da sieht es schlecht aus!)

Es gibt auch viele Partnerschaften. Nehmen Sie die Dialogprogramme aller Bildungseinrichtungen, die wir haben – schulische und außerschulische.

Aus unserer Sicht gibt es eine Transferstelle;

(Abg. Schmiedel SPD: Was?)

es gibt eine Clearingstelle. Das ist das Wirtschaftsministerium von Baden-Württemberg. Wir brauchen viele Partner, damit vielen geholfen werden kann. Ein Zentralismus in der Entwicklungspolitik, wie die SPD vorschlägt, wäre der Tod jeder lebendigen Partnerschaft, die wir mit der Welt wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Wo könnten wir sparen? Das sollte sich auch eine Regierungspartei überlegen. Wir brauchen vielleicht weniger Hochglanzbroschüren; wir brauchen vielleicht weniger Bürokratie, Herr Staatssekretär – auch in Ihrem Haus.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Na, na, na! – Abg. Schmiedel SPD: Ich denke, das ist die Transferstelle! – Weitere Zurufe)

– Ja, sicher. – Wir brauchen mehr Investitionen und Investitionstätigkeit im Ausland und weniger im Inland. Wir brauchen weniger Selbstdarstellung. Wir haben Grund, die Tausende, die draußen stehen, zu unterstützen. Lieber Herr Kollege Wintruff, wir veranstalten regelmäßig Benefizkonzerte,

(Abg. Wintruff SPD: Oh!)

wir von der CDU-Fraktion machen regelmäßig Weihnachtsaktionen.

(Abg. Wintruff SPD: Wer ist hier „wir“? Sie können doch gar nicht Geige spielen! – Abg. Schmiedel SPD: Wer so falsch singt, dem kann man ja nicht zuhören! – Weitere Zurufe von der SPD)

Bisher ist noch kein SPD-Abgeordneter gesichtet worden, wenn es in dieser Sache um tätige Solidarität geht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Schlierer REP: So ist es! Wo er Recht hat, hat er Recht! – Widerspruch bei der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Machs kurz! Der hat immer so lange Manuskripte!)

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Natürlich ist es ein beliebtes Spiel der

Opposition, der Landesregierung mangelnde Konzeption vorzuwerfen. Nur: Wir haben eine klare Konzeption, die aus folgenden Punkten besteht:

(Abg. Schmiedel SPD: Was? Immer weniger!)

Wir haben ein zwischen Auslandsarbeit sowie entwicklungspolitischer Information und Bildungsarbeit hier im Inland ausgewogenes Maßnahmenbündel. Wir geben ausschließlich Hilfen zur Selbsthilfe. Wir arbeiten mit verantwortungsbewussten, zuverlässigen und entwicklungsorientierten Partnern in den Entwicklungsländern zusammen, häufig mit Unternehmensverbänden oder privaten Nichtregierungsorganisationen. Sowohl die armutsorientierten als auch die wirtschaftsnahen Maßnahmen werden an den lokalen Bedarf angepasst. Wir beziehen schon seit längerem – und das mit großem Erfolg – Unternehmen unseres Landes in die entwicklungspolitische Zusammenarbeit ein. Das wollen auch unsere Partner in den Entwicklungsländern. Größere Projekte werden ausnahmslos von unabhängigen Gutachtern evaluiert. Wir fördern – was ich auch für sehr wichtig halte – den freiwilligen Arbeits- und Studieneinsatz von Jugendlichen in Entwicklungsländern durch das so genannte Arbeits- und Studienaufenthaltsprogramm.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Wir unterstützen die Eine-Welt-Läden in Baden-Württemberg durch gezielte Beratungsmaßnahmen und durch Preise, die wir aussetzen.

(Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Bravo!)

Noch ein Wort zur Lokalen Agenda 21. Wir haben hier in Baden-Württemberg zahlreiche kompetente Akteure auf diesem Gebiet: die Agenda-Transferstelle bei der LFU Karlsruhe, die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, die Carl Duisberg Gesellschaft und viele andere. Alle arbeiten gut.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Wir werden dies fortsetzen. Wir meinen, dass wir mit dieser Arbeit sehr erfolgreich sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, dass das hohe Haus der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses zustimmt und damit den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis nimmt und den Antrag Drucksache 12/5741 für erledigt erklärt. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist so beschlossen.

Ich werde nun die Sitzungsleitung an den Herrn Landtagspräsidenten zurückgeben. Lassen Sie mich aber zuvor einige wenige Sätze sagen.

Es ist dies nach 33 Jahren Parlamentszugehörigkeit meine letzte Sitzung. Ich denke an viele dieser Jahre gerne zurück. Ich möchte Ihnen zwei Dinge sagen.

(Stellv. Präsident Weiser)

Als ich 1968 in den Landtag kam, hatten wir einen Haushaltsplan von knapp über 8 Milliarden DM, und auch damals wurde schon erfolgreiche Landespolitik betrieben. 1976, als ich in das Kabinett berufen wurde, hatten wir einen Haushaltsplan von knapp über 20 Milliarden DM, und wir waren damals sehr stolz und sehr dankbar, dass wir mit diesem Geld sehr erfolgreiche Arbeit in der Landespolitik betreiben konnten.

Ich hatte die Freude, in drei Kabinetten unter verschiedenen Ministerpräsidenten tätig zu sein. Auch diese Arbeit hat mir sehr viel Freude bereitet.

Ich möchte ganz am Schluss nur einen Satz anfügen: Ich bin der Auffassung, dass man sich bei gegenseitigen Unterstellungen etwas mehr Zurückhaltung auferlegen sollte. Denn die Politik wird durch Unterstellungen nicht besser, und vor allen Dingen werden Unterstellungen nicht dadurch wahr, dass man sie möglichst oft behauptet.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Ich bedanke mich bei Ihnen allen für die Zeit, die ich hier verbringen durfte. Ich freue mich nun auf den endgültigen Ruhestand. Jetzt kann ich mich meinen Enkeln widmen. Diese sind etwas umgänglicher als manche Abgeordnete.

(Große Heiterkeit und Beifall)

Ich wünsche Ihnen für die nächste Legislaturperiode, die ich dann in der Landespresse und in den Landesnachrichten aufmerksam verfolgen werde, einen Umgangston, der Ihnen allen Freude bereitet und der, meine Damen und Herren, vor allen Dingen in der Öffentlichkeit weniger an Verdruss über die Politik bewirkt, als dies ab und zu der Fall gewesen ist. Ich wünsche Ihnen dazu viel Erfolg, Gesundheit und Gottes Segen.

(Die Abgeordneten erheben sich und spenden stehend anhaltenden Beifall.)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, bevor ich in der Tagesordnung fortfahre, möchte ich unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne recht herzlich den Botschafter der Republik Burundi, Herrn Aloys Mbonayo begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Botschafter Mbonayo, der sich zurzeit zu einem Arbeitsbesuch in Baden-Württemberg aufhält, wird begleitet von dem für das Land Baden-Württemberg zuständigen Honorarkonsul der Republik Burundi, Herrn Dietrich von Berg.

Exzellenz, ich darf Sie und Ihre Begleitung im Landtag von Baden-Württemberg sehr herzlich begrüßen. Ich wünsche Ihnen weiterhin einen erfolgreichen und angenehmen Aufenthalt in unserem Land.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 21. September 2000 – Denkschrift 1999 des Rechnungshofs zur

Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1997 (Nr. 22) – Kostenvergleich bei den Kliniken für Mund-, Zahn- und Kiefer-Heilkunde – Drucksachen 12/5555, 12/5998

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 8. Januar 2000 – Denkschrift 2000 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1998 (Nr. 28) – Zusammenarbeit der Fachhochschulen mit der Steinbeis-Stiftung für Wirtschaftsförderung – Drucksachen 12/5900, 12/5999

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 4. Januar 2001 – Denkschrift 1999 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1997 (Nr. 18) – Die Einheitsbewertung des Grundbesitzes – Drucksachen 12/5886, 12/6000

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 12/5988, 12/5990, 12/6012, 12/6013, 12/6014, 12/6015, 12/6016

Sie stimmen den Beschlussempfehlungen zu.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksachen 12/5983, 12/5984, 12/6009, 12/6010

Mir wird mitgeteilt, dass die SPD-Fraktion förmliche Abstimmung über die Beschlussempfehlung Ziffer 13 in der Drucksache 12/5984 wünscht.

(Abg. Brechtken SPD: Zu Ziffer 2 der Beschlussempfehlung!)

– Zu Ziffer 2 der Beschlussempfehlung Ziffer 13 in der Drucksache 12/5984.

Ich lasse über die Ziffer 2 dieser Beschlussempfehlung abstimmen. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Beschlussempfehlung ist insoweit mehrheitlich zugestimmt.

Im Übrigen stimmen Sie den Beschlussempfehlungen ohne förmliche Abstimmung zu.

(Präsident Straub)

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Kleine Anfragen – Drucksachen 12/5922, 12/5932, 12/5948, 12/5949

Die Kleinen Anfragen sind in der Zwischenzeit beantwortet worden, oder aber die Fragesteller haben einer Fristverlängerung zugestimmt.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

Abgeordnetenbriefe

Die Abgeordnetenbriefe wurden zwischenzeitlich beantwortet.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

Schlussansprache des Präsidenten

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Einem alten Brauch folgend, wird die letzte Sitzung einer Wahlperiode mit der Ansprache des Präsidenten abgeschlossen. Diese Tradition möchte ich gerne fortführen und eine kurze Rückschau auf die vergangenen Jahre geben.

Die auf fünf Jahre verlängerte Wahlperiode gab uns die Chance, die landespolitischen Aufgaben etwas längerfristig und unter weniger Zeitdruck anzugehen. So hat der Landtag seine wichtigste Funktion, nämlich die des Gesetzgebers, voll ausgeschöpft und ein umfangreiches Gesetzgebungsprogramm bewältigt.

Schwerpunkte in der ersten Hälfte der Wahlperiode waren die Haushaltsstrukturgesetze zur Konsolidierung des Landeshaushalts und der Gemeindefinanzen. Die Bankenfusion, die zur Gründung der Landesbank Baden-Württemberg führte, sowie die Verschmelzung der beiden Rundfunkanstalten zum neuen Südwestrundfunk schlugen sich ebenfalls in der Gesetzgebung des Landtags nieder.

In der zweiten Hälfte der Legislatur bildete einen Schwerpunkt die regionale Gliederung unseres Landes. Ich erinnere insoweit an das Gesetz zum Regionalverband Stuttgart sowie an das gestern beschlossene Gesetz zur Weiterentwicklung der Regionen.

Das Mittelstandsförderungsgesetz setzt in einigen wichtigen Punkten die Ergebnisse der parlamentarischen Mittelstandsenquete um. Es wird eine vorrangige Aufgabe des neuen Landtags und der Landesregierung sein, weitere Konsequenzen aus den vielfältigen Empfehlungen dieser Enquete zu ziehen.

Es gab in dieser Wahlperiode zwei weitere Enquetekommissionen: Die Jugendenquete beschäftigte sich mit den Lebensumständen unserer jungen Menschen, ihren Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt und ihren Zukunftschancen. Die gleich zu Beginn der Wahlperiode eingesetzte Rundfunkenquete lotete die Möglichkeiten der Neuordnung der Rundfunklandschaft im Südwesten aus und begleitete die Regierungsverhandlungen zur Bildung des Südwestrundfunks.

Auch in dieser Wahlperiode hat die parlamentarische Opposition von der Möglichkeit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses Gebrauch gemacht. Wie nicht anders zu erwarten, waren sich Koalition und Opposition in der Beurteilung der Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zur Förderpraxis in der ländlichen Sozialberatung durch die Bauernverbände nicht einig. Ich halte gleichwohl das parlamentarische Untersuchungsrecht für eines der wichtigsten Kontrollinstrumente des Landtags. Allerdings muss sein Einsatz immer sehr sorgfältig und verantwortungsvoll praktiziert werden,

(Abg. Weiser CDU: Sehr gut!)

damit sich diese stärkste Waffe des Parlaments und der Opposition nicht abnutzt und stumpf wird.

Neuland beschritten haben wir mit der Einsetzung des Parlamentarischen Beirats „Neue Steuerungsinstrumente“. Seinem gestern dem Plenum erstatteten Bericht konnten wir entnehmen, wie der Einsatz des neuen Instrumentariums das bisherige Haushaltswesen grundlegend verändert und der Landtag hierauf reagieren muss, wenn er seine Gestaltungs- und Kontrollmöglichkeiten bei der Beratung und Ausführung des Staatshaushaltsplans behalten will.

Im Ländervergleich ist unser Landtag ausgesprochen kommunalfreundlich. So haben wir in dieser Wahlperiode neben dem schon bestehenden Recht auf schriftliche Anhörung auch ein mündliches Anhörungsrecht in den Ausschüssen des Landtags eingeführt. Darüber hinaus haben wir den kommunalen Vertretern auch bei Gesetzesberatungen in wesentlichen Fragen der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen die Möglichkeit einer Mitberatung in den Ausschusssitzungen eingeräumt.

Auch in der 12. Wahlperiode haben wir die Europapolitik zu einem Arbeitsschwerpunkt gemacht. Wir haben unsere europapolitischen Aktivitäten nochmals verstärkt und zusätzliche Kompetenz auf diesem Sektor gewonnen.

Die zunehmende Grenzlandkooperation der Regierungen am Oberrhein hat dazu geführt, dass auch die Parlamente der anliegenden Regionen, Länder und Kantone ihre Zusammenarbeit intensivieren.

(Abg. Reddemann CDU: Sehr gut!)

In diesem Zusammenhang werte ich es als großen Erfolg, dass es gelungen ist, den Oberrheinrat als ein quasi parlamentarisches Gremium von Gewählten aus vier Grenzregionen und drei Nationen zu bilden.

(Beifall des Abg. Haas CDU)

Auch in der Parlamentarier-Kommission Bodensee haben wir die parlamentarische Zusammenarbeit kontinuierlich ausgebaut.

An diesen Beispielen zeigt sich, dass die Länder und deren Parlamente einen eigenen Beitrag zur europäischen Integration leisten können, indem sie durch grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit ein immer dichter werdendes Netz der europäischen Regionen knüpfen

(Präsident Straub)

und auf diese Weise den Aufbau und den Zusammenhalt Europas fördern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Diese gegenseitigen Kontakte werden immer wichtiger, je größer die Europäische Union wird.

Einen Baustein im Europa der Regionen bildet auch der bei der Europäischen Union angesiedelte Ausschuss der Regionen. Durch den Vertrag von Amsterdam hat dieses Gremium eine Aufwertung erfahren. Künftig sind seine Mitglieder an ein politisches Mandat gebunden. Die unmittelbare Vertretung von Regierung und Landtag in diesem Ausschuss hat sich bewährt. Durch die Mitwirkung in diesem Organ haben sich die Informationen über die Arbeit der EU-Organe beschleunigt und verbessert.

Auch in der Konferenz der deutschen Landtagspräsidenten haben wir uns in den vergangenen Jahren regelmäßig mit den Anliegen der Landesparlamente im europäischen Rahmen beschäftigt.

Meine Damen und Herren, ich bin vor fünf Jahren mit dem Versprechen angetreten, dafür zu sorgen, dass Ihnen die Landtagsverwaltung die Dienstleistungen bietet, die Sie, aber auch die Fraktionen, für die parlamentarische Arbeit brauchen. Ich meine, dass wir unseren Service entscheidend verbessert haben. Alle Abgeordneten verfügen – wenn sie dies wollen – über einen direkten Anschluss ihrer Wahlkreisbüros an das Informationssystem des Landtags. Alle Landtagsdrucksachen und Plenarprotokolle sind im Volltext elektronisch gespeichert, damit die Abgeordneten sowohl in ihren Büros in Stuttgart als auch zu Hause direkt darauf zugreifen können.

Für die Akzeptanz des Landtags bei den Bürgerinnen und Bürgern ist es ganz wichtig, dass die parlamentarische Arbeit so transparent wie möglich ist. Wir haben deshalb in den vergangenen fünf Jahren einiges für die Präsenz des Landtags in der Öffentlichkeit getan.

So wurde das mediale Angebot verbreitert und vertieft. Speziell für unsere jungen Besucher haben wir eine CD-ROM entwickelt, die in anschaulicher Weise das Parlamentsgeschehen erläutert.

Vor allem ist der Landtag seit gut drei Jahren im Internet präsent. Unser Internetangebot ist in Form und Inhalt benutzerfreundlich. Alle Parlamentsdokumente sind im Volltext abrufbar und stehen online für Recherchen zur Verfügung.

Der Landtag hat große Anstrengungen unternommen, seinen Bekanntheitsgrad nach draußen zu steigern. Dies ist besonders gelungen im letzten Jahr beim Tag der offenen Tür, den der Landtag überhaupt zum ersten Mal in seiner Geschichte veranstaltet hat. Mehr als 10 000 Besucher strömten in das Landtagsgebäude, um die Arbeitsweise des Parlaments und die Arbeitsbedingungen der Fraktionen und der Abgeordneten näher kennen zu lernen. Dank der hervorragenden Resonanz dieser Veranstaltung bin ich der Meinung, dass wir diesen Tag der offenen Tür auch in der neuen Wahlperiode durchführen sollten.

Auf großes Publikumsinteresse stieß die Vortragsreihe über die gesellschaftspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Bedeutende Persönlichkeiten – Professor Dr. Issing, Dr. Marianne Haug, Dr. Dieter Hundt, Professor Dr. Hans Küng, Professor Dr. Franz Josef Radermacher und Martin Walser – haben uns aus ihrer Sicht die Chancen, aber auch die Gefahren des neuen Jahrhunderts skizziert.

Besonders eindrücklich wie menschlich bewegend sind für mich wie für viele Kolleginnen und Kollegen die Begegnungen mit behinderten Menschen. Zweimal in der ablaufenden Wahlperiode, nämlich 1998 und 2000, haben wir einen Tag der behinderten Menschen im Landtag organisiert, wo uns ungeschminkt und ungefiltert die Lebenswirklichkeit dieser gesellschaftlichen Gruppe vor Augen geführt worden ist.

Ein drängendes Problem ist die Bekämpfung des Rechtsextremismus. Der Landtag hat im letzten Herbst hierzu eine sehr ernste Debatte geführt. Sie ergab eine eindeutige Botschaft: Rechtsextremen Gewalttätern, die mit ihren Aktionen das friedliche Zusammenleben in unserer freiheitlichen und humanen Gesellschaft bedrohen, wird mit aller Entschlossenheit und der ganzen Härte des Gesetzes entgegengetreten.

Und ich füge hinzu: Politisch motivierte Gewalt, von welcher Seite sie auch kommen mag, darf nicht toleriert werden. In einer Demokratie, deren oberster Repräsentant das frei gewählte Parlament ist, darf unter keinen Umständen das staatliche Gewaltmonopol infrage gestellt werden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Zusammenfassend bin ich der Meinung, dass der 12. Landtag eine gute und erfolgreiche Arbeit zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger geleistet hat. Deshalb können wir mit Zuversicht nach vorn blicken. An Problemen, deren Lösung dauerhafte Anstrengungen erfordert, wird es jedoch auch dem neuen Landtag nicht fehlen. Doch aufbauend auf unserer bisherigen Arbeit, werden wir auch die neuen Herausforderungen meistern.

Wir sollten allerdings dabei bedenken, dass größtmögliche Publizität noch nicht die Garantie für gute Politik ist.

(Abg. Weiser CDU: Sehr gut!)

Ich halte es da lieber mit dem Motto eines hoch angesehenen schwäbischen Politikers. Danach setzt erfolgreiche Politik den Mut voraus, auch langweilig zu sein. Wenn „langweilig“ in diesem Sinne gleichzusetzen ist mit stetig und konsequent, so ist gute Politik nicht immer unterhaltsam und populär, aber auf längere Sicht von Erfolg bestimmt.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, am Ende dieser Wahlperiode verlassen uns besonders viele Abgeordnete. Wir sollten uns in dieser Stunde bewusst machen, dass alle diese Kolleginnen und Kollegen ihre volle Kraft und sehr viel Zeit für das Parlament und für unser Land aufgebracht haben. Sie haben sich damit um unsere Bürgerinnen und Bürger im wahrsten Sinne des Wortes verdient gemacht.

An erster Stelle nenne ich Herrn Vizepräsidenten Dr. h. c. Gerhard Weiser. Sie, lieber Herr Weiser, gehen nach 33

(Präsident Straub)

Jahren Zugehörigkeit zum Landtag in den politischen Ruhestand. Sie haben sich in 20-jähriger Ministertätigkeit herausragende Verdienste um unsere heimische Landwirtschaft erworben. Nach Ihrem Rückzug aus dem Regierungsgeschäft haben Sie für weitere fünf Jahre das Amt eines stellvertretenden Präsidenten des Landtags übernommen. Sie haben unsere Sitzungen – das hat sich auch heute wieder gezeigt – mit Autorität, Schlagfertigkeit und Witz geleitet. Mit Ihnen verlässt ein großer Landespolitiker das Parlament. Wir verabschieden Sie voller Dankbarkeit und mit hohem Respekt vor Ihrer Lebensleistung.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Kollege Robert Ruder, Sie sind mit 30 Jahren Parlamentszugehörigkeit nach Herrn Weiser der dienstälteste Abgeordnete, den wir heute verabschieden. Mit viel Unabhängigkeit und unverwechselbarem Profil haben Sie Ihr Mandat ausgeübt. Zwölf Jahre gehörten Sie der Landesregierung als Staatssekretär an und trugen dabei insbesondere Verantwortung für unsere Polizei. Als Vorsitzender des Innenausschusses haben Sie sich fraktionsübergreifend Ansehen erworben. Dafür herzlichen Dank!

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Ein weiterer Ausschussvorsitzender, der ebenfalls früher als Staatssekretär der Landesregierung angehört hat, verlässt nach 27-jähriger Mitgliedschaft den Landtag. Ich meine unseren Kollegen Hermann Mühlbeyer, der ebenso unüberhörbar wie unermüdlich für eine gerechte Sozialpolitik gekämpft hat. Für den Vorsitz im Sozialausschuss erntete er auf allen Seiten nur Lob.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Drei ausscheidende Mitglieder blicken auf 25 Jahre im Landtag zurück. Ich spreche von den Kollegen Heinrich Haasis, Peter Reinelt und Klaus von Trotha. Herr Kollege von Trotha hat sich als weit über die Landesgrenzen hinaus anerkannter Minister um unsere Wissenschaft und um unsere Hochschulen verdient gemacht.

Gleiches gilt für Herrn Kollegen Reinelt in seiner Funktion als langjähriger hochschulpolitischer Sprecher und Mitglied des Wissenschaftsausschusses. In der großen Koalition hat er als Staatssekretär Verantwortung für unsere Umwelt getragen.

Mit Heinrich Haasis verlässt uns ein Kollege, der in seiner Fraktion besonders schnell Karriere gemacht hat, dies vor allem wegen seiner Kompetenz und überragenden Sachkunde, die ihm über die Fraktionsgrenzen hinweg hohe Anerkennung gebracht hat.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Die Kollegen Rainer Brechtken, Bernd Kielburger, Eberhard Lorenz, Gerhard Mayer-Vorfelder, Ludger Reddemann und Hermann Schaufler gehören dem Landtag 21 Jahre, Arnold Tölg sogar 23 Jahre an.

Sie, Herr Kollege Brechtken, haben ein breites politisches Feld bearbeitet und sich als stellvertretender Petitionsausschussvorsitzender, als Vorsitzender des Finanzausschusses,

als Staatssekretär im Wirtschaftsministerium und zuletzt als parlamentarischer Geschäftsführer Ihrer Fraktion bleibende Verdienste erworben.

Herr Kollege Kielburger hat sich früher vor allem um die Medienpolitik seiner Fraktion gekümmert. Daneben hat er sich im Innenausschuss hervorgetan, bevor sein Interesse in den letzten Jahren der Finanz- und Haushaltspolitik galt.

Herr Kollege Lorenz, Computerexperte seiner Fraktion,

(Heiterkeit)

gehörte ebenfalls viele Jahre dem Innenausschuss und dem Präsidium an. Mich hat vor allem sein Engagement beeindruckt, mit dem er im Petitionsausschuss für die Hilfe suchenden Bürgerinnen und Bürger eingetreten ist.

Mit dem früheren Kultusminister und späteren Finanzminister Mayer-Vorfelder verlässt eine besonders markante Persönlichkeit die politische Landesbühne. Wenn für ihn das abgewandelte Wort „Viel Streit, viel Ehr“ gilt, so heißt dies vor allem, dass er stets seine Meinung ungeschminkt geäußert sowie unbeirrt und mit großer Sachkompetenz für eine solide Finanzpolitik unseres Landes gekämpft hat. Es ist keine Frage: Ohne ihn wäre es im Landtag langweiliger gewesen.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Dies gilt auch für Hermann Schaufler, dem dank seiner politischen Begabung eine frühe und schnelle Karriere in der Landespolitik als Staatssekretär, als Wirtschaftsminister und als Minister für Umwelt und Verkehr beschieden war.

Mit Ludger Reddemann verlässt ein gestandener Agrarpolitiker das Haus, der als Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium erfolgreich gewirkt und in dieser Wahlperiode sehr umsichtig und routiniert den Vorsitz im Landwirtschaftsausschuss geführt hat.

In Arnold Tölg verlieren wir einen anerkannten Wirtschafts- und Tourismusexperten, der sich viele Jahre im Petitionsausschuss für die Interessen des so genannten kleinen Mannes engagiert hat. Auch Ihnen herzlichen Dank!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Nach 17 Jahren im Parlament ziehen sich die folgenden Kollegen aus der Landespolitik zurück: Es sind dies Gerhard Bloemecke, anerkannter Wirtschafts- und Mittelstandsexperte seiner Fraktion, Karl Göbel, Agrarfachmann und Vorsitzender des Arbeitskreises Landwirtschaft der CDU-Fraktion, Heinz Goll, der allseits respektierte stellvertretende Vorsitzende des Sozialausschusses, Ernst Keitel, der sich als Vorsitzender des zuständigen Fraktionsarbeitskreises stark in der Finanzpolitik engagiert hat, bevor er sich in dieser Wahlperiode der Rechts- und Wirtschaftspolitik zuwandte, Alfred Schöffler, einer der wenigen Handwerksmeister im Parlament, dessen politisches Interesse als leidenschaftlicher Jäger natürlich der Landwirtschaftspolitik galt, sowie Gerd Weimer, der früher hochschulpolitischer Sprecher seiner Fraktion und später deren effizienter parlamentarischer Geschäftsführer war.

(Beifall bei allen Fraktionen)

(Präsident Straub)

Auch Frau Kollegin Helga Solinger vollendet jetzt eine 17-jährige Tätigkeit als Abgeordnete. In der Zeit der großen Koalition war sie kenntnisreiche und engagierte Sozialministerin. Außerdem hat sie sich vor allem als kunstpolitische Sprecherin ihrer Fraktion profiliert. Herzlichen Dank!

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Vier Abgeordnete, die dem Haus 13 Jahre lang angehört haben, verlassen das Parlament: Frau Kollegin Birgitt Bender, Rechts- und Sozialexpertin ihrer Fraktion, Kollege Michael Jacobi, Medienpolitiker und früherer parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion, Dr. Paul-Stefan Mauz, sektenpolitischer Sprecher seiner Fraktion,

(Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Sehr wichtig! – Vereinzelt Heiterkeit)

und Gerd Zimmermann, langjähriges Mitglied des Innenausschusses und früherer Fraktionssprecher für die Polizei.

(Unruhe)

Es folgen neun Abgeordnete, die neun Jahre Mitglieder des Landtags waren. Es sind dies die Kollegin Rosely Schweizer

(Beifall des Abg. Fleischer CDU)

sowie die Kollegen Johannes Buchter, Walter Heiler,

(Beifall des Abg. Zeller SPD)

Friedrich-Wilhelm Kiel, Wolfram Krisch, Manfred List, Dr. Walter Müller und Gerd Scheffold. Sie sehen mir bitte nach, wenn ich Sie nicht einzeln würdigen kann. Doch haben Sie sich alle mit großer Berufserfahrung und hoher Sachkunde in die parlamentarischen Beratungen eingebunden und haben diese bereichert und sich in die Arbeit des Landtags eingebracht. Ich danke Ihnen herzlich für Ihr Engagement.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

Neun Jahre im Landtag war auch der frühere Staatssekretär und „Botschafter“ des Landes in Bonn, Gustav Wabro. Mit seiner offenen und herzlichen Art hat er den traditionell guten Ruf Baden-Württembergs in der Bundeshauptstadt gefestigt. Dafür gilt ihm unser Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich komme nun zu den Mitgliedern, die nur eine kurze Zeitstrecke im Landtag verbracht haben. Die Kolleginnen Annemie Renz und Sabine Schlager

(Einzelner Beifall)

sowie die Kollegen Karl Hehn, Dr. Dietrich Hildebrandt, Josef Huchler und Martin Zeiher verlassen uns jetzt nach fünf Mandatsjahren. Auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben Ihr Mandat mit viel Einsatz ausgeübt, wofür ich Ihnen danken möchte.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Schließlich möchte ich denjenigen Abgeordneten danken, die als Nachrücker eine relativ kurze Zeit im Landtag vertreten waren. Es handelt sich um die Kollegen Dirk Ommeln, Phillip Müller und Hans Vogt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren, zum Abschluss möchte ich auch jenen, die uns durch ihre Dienste die parlamentarische Arbeit erleichtern, nämlich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, ein herzliches Dankeschön sagen.

(Lebhafter Beifall bei allen Fraktionen)

In meinen Dank schließe ich besonders Herrn Landtagsdirektor Dr. Grupp ein, der mich in meiner Amtsausübung mit großer Loyalität, mit Ideenreichtum und Tatkraft unterstützt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wenn ich einen weiteren Namen nenne, so liegt dies an den besonderen Umständen. Herr Hugo Müller, der seit 35 Jahren unsere Plenarsitzungen vorbereitet und von seinem Stuhl aus von früh bis spät begleitet, scheidet leider Ende April altershalber aus. Wir alle werden Sie, lieber Herr Müller, sehr vermissen. Ich danke Ihnen für Ihren außerordentlichen und außergewöhnlichen beruflichen Einsatz.

(Starker Beifall im ganzen Haus)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, allen Mitgliedern des 12. Landtags von Baden-Württemberg danke ich abschließend für ihre Teilnahme an den parlamentarischen Arbeiten zum Wohl des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger. Den ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen wünsche ich von Herzen, dass sie ihren verdienten politischen Ruhestand in Harmonie und Muße verbringen dürfen, und uns allen wünsche ich eine gute und erfolgreiche Zukunft.

Ich möchte Sie nun alle sehr herzlich zu einem gemütlichen Beisammensein in der Eingangshalle des Landtags einladen.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und schließe die Sitzung.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Schluss: 15:37 Uhr

Statistische Angaben über die Arbeit des 12. Landtags von Baden-Württemberg

(Stand: 20. Februar 2001)

	12. Wahlperiode – Stand: 20.02.2001 –	11. Wahlperiode	10. Wahlperiode
I. Gesetze			
1. Gesetzentwürfe	158	168	157
– davon Gesetzentwürfe der Fraktionen und Abgeordneten	51	77	76
– Gesetzentwürfe der Regierung	107	91	81
2. Verabschiedete Gesetze	120	105	92
II. Anfragen und Anträge			
1. Aktuelle Debatten	133	102	80
2. Fragestunden	44	31	34
mit Mündlichen Anfragen	206	199	284
3. Große Anfragen	82	120	62
– davon in den Ausschüssen behandelt	24	23	12
4. Kleine Anfragen	1245	2137	1487
5. a) Selbstständige Anträge (312 – ca. 12 v. H. – der selbstständigen Anträge gelten ohne Weiterberatung als durch die Stellungnahme der Regierung erledigt.)	2649	2999	3329
b) Nichtselbstständige Anträge (Anträge zu Gesetzen und Großen Anfragen)	699	347	416
c) Dringliche Anträge	8	22	40
III. Petitionen	8133	7878	8866

	12. Wahlperiode – Stand: 20.02.2001 –	11. Wahlperiode	10. Wahlperiode
IV. Sitzungen			
1. Plenarsitzungen	105	81	86
2. Ausschusssitzungen	581	614	516
Präsidium	52	41	42
Ständiger Ausschuss	38	30	32
Finanzausschuss	66	49	55
Wirtschaftsausschuss	48	36	34
Innenausschuss	37	28	31
Ausschuss für Schule, Jugend und Sport	43	30	31
Ausschuss für Umwelt und Verkehr	38	28	34
Ausschuss für Ländlichen Raum und Landwirtschaft	37	29	31
Sozialausschuss	31	27	32
Verkehrsausschuss	—	23	—
Ausschuss für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst	—	19	—
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	34	24	31
Petitionsausschuss	42	36	45
Notparlament	1	1	3
Wahlprüfungsausschuss	2	2	4
3. Sitzungen von Untersuchungsausschüssen			
Untersuchungsausschuss „Praxis der Überwachung, der Dokumentation und der Weitergabe von geheimhaltungsbedürftigen Erkenntnissen des von staatlichen Stellen kontrollierten Telefonverkehrs in Baden-Württemberg“	—	14	—
Untersuchungsausschuss „Genehmigungsverfahren, sicherheitstechnische Auslegung, Aufsicht und Begutachtung im Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk Obrigheim (KWO)“	—	31	—
Untersuchungsausschuss „Die Gleichheit der Steuerbürgerinnen und -bürger vor den Steuerbehörden Baden-Württembergs und die Steuerverwaltungspraxis im Fall Stefanie/Peter Graf, Brühl“	—	15	—
Untersuchungsausschuss „Förderpraxis bei der ländlichen Sozialberatung der Bauernverbände“	24	—	—

	12. Wahlperiode – Stand: 20.02.2001 –	11. Wahlperiode	10. Wahlperiode
4. Sitzungen von Enquetekommissionen			
Enquetekommission „Kinder in Baden-Württemberg“	—	25	—
Enquetekommission „Entwicklung, Chancen und Auswirkungen neuer Informations- und Kommunikationstechnologien in Baden-Württemberg (Multimedia-Enquete)“	—	17	—
Enquetekommission „Rundfunk-Neuordnung“	17	—	—
Enquetekommission „Jugend – Arbeit – Zukunft“	24	—	—
Enquetekommission „Situation und Chancen der mittelständischen Unternehmen, insbesondere der Familienunternehmen, in Baden-Württemberg“	39	—	—
Parlamentarischer Beirat „Neue Steuerungsinstrumente“	8	—	—
5. Kommissionssitzungen			
Unterkommission des Petitionsausschusses	119	105	117
6. Anhörungen der Ausschüsse			
	34	38	25
7. Fraktionen			
Fraktionssitzungen	708	533	452
Arbeitskreissitzungen	1057	873	953

Verabschiedete Gesetze

1. Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes
2. Gesetz zur Änderung des Eingliederungsgesetzes
3. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (Asylorganisationsänderungsgesetz)
4. Gesetz zum Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über den Südwestfunk
5. Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1996
6. Haushaltsbegleitgesetz 1996
7. Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer des Landes Baden-Württemberg zum Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer im Land Nordrhein-Westfalen
8. Gesetz zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Dritter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)
9. Gesetz zum Staatsvertrag über die Bestimmung aufsichtsführender Länder nach Artikel 87 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland
10. Gesetz zu dem Dritten Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Baden-Württemberg über die Änderung der Landesgrenze
11. Haushaltsstrukturgesetz 1997
12. Erstes Gesetz zur strukturellen Entlastung der Gemeindehaushalte und zur Stärkung der Kommunalen Selbstverwaltung (Erstes Gemeindehaushaltsstrukturgesetz)
13. Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1997 (Staatshaushaltsgesetz 1997)
14. Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes für das Land Baden-Württemberg
15. Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung und des Kommunalwahlgesetzes
16. Landeshochschulgebührengesetz und Gesetz zur Änderung der Hochschulgesetze und des Hochschulzulassungsgesetzes
17. Gesetz zur Aufhebung des Landesabfallabgabengesetzes
18. Gesetz über die Umwandlung des Instituts für Auslandsbeziehungen in einen eingetragenen Verein
19. Gesetz zum Staatsvertrag über Mediendienste (Mediendienste-Staatsvertrag)
20. Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1997
21. Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes
22. Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes

23. Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes, des Landesumzugskostengesetzes, der Auslandsreisekostenverordnung des Landes und der Landestrennungsgeldverordnung
24. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit
25. Gesetz zum Staatsvertrag über den Südwestrundfunk
26. Gesetz zur Änderung des Landespresse- und des Landesmediengesetzes
27. Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1997
28. Gesetz zur Reform der Hochschulmedizin (Hochschulmedizinreform-Gesetz – HMG)
29. Gesetz zur Beschleunigung von Verwaltungsverfahren (Landesverwaltungsverfahrenbeschleunigungsgesetz – VwVfBG)
30. Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes
31. Gesetz über die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen (Flüchtlingsaufnahmegesetz – FlüAG)
32. Gesetz zur Aufhebung der Staatsschuldenverwaltung Baden-Württemberg
33. Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Vorschriften
34. Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung für Baden-Württemberg
35. Gesetz zur Änderung des Ministergesetzes
36. Haushaltsstrukturgesetz 1998
37. Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 1998 und 1999 (Staatshaushaltsgesetz 1998/99)
38. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Fleischhygienegesetzes sowie des Landesgebührengesetzes
39. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die juristischen Staatsprüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst
40. Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg
41. Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Ernennungsgesetzes
42. Gesetz über die Errichtung des Landesamtes für Geologie, Rohstoffe und Bergbau
43. Gesetz zur Vereinfachung und Beschleunigung wasserrechtlicher Verfahren (Wasserrechtsvereinfachungs- und -beschleunigungsgesetz)
44. Gesetz zur Änderung des kommunalen Verfassungsrechts
45. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Rettungsdienst
46. Gesetz zur Ausführung der Insolvenzordnung (AGInsO)
47. Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes
48. Gesetz über das Versorgungswerk der Steuerberater in Baden-Württemberg (Steuerberaterversorgungsgesetz – StBVG)

49. Gesetz zu dem Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags über die Zugehörigkeit der Apotheker, Apothekerassistenten und Pharmaziepraktikanten des Landes Baden-Württemberg zur Bayerischen Apothekerversorgung
50. Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes
51. Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg (Landesbankgesetz – LBWG)
52. Gesetz über die Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank –
53. Gesetz über eine Versorgungsrücklage des Landes Baden-Württemberg (Versorgungsrücklagegesetz – VersRückIG)
54. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Kommunalen Versorgungsverband
55. Gesetz zur Änderung des Ernennungsgesetzes und anderer Gesetze
56. Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung
57. Landesmessegesetz
58. Gesetz zur Einführung des Euro für Baden-Württemberg (Euro-Einführungsgesetz Baden-Württemberg)
59. Gesetz zur Änderung des Kindergartengesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes
60. Ausführungsgesetz zum Baugesetzbuch (AGBauGB)
61. Gesetz zu dem Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten
62. Gesetz zur Änderung des Architektengesetzes
63. Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
64. Gesetz zur Umwandlung des Badischen Elektrizitätsverbandes
65. Gesetz zur Änderung des Landespflegegesetzes
66. Gesetz zur Entlastung der Regierungspräsidien
67. Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1999
68. Gesetz zur Reform der Studentenwerke und zur Änderung der Landeshochschulgesetze
69. Gesetz über die Oddset-Wette in Baden-Württemberg (Oddset-Wettegesetz)
70. Gesetz zur Änderung des Landesmediengesetzes
71. Gesetz zur Änderung gemeindewirtschaftsrechtlicher Vorschriften und anderer Gesetze
72. Gesetz zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes
73. Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes
74. Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften
75. Gesetz zur Privatisierung von Aufgaben auf dem Gebiet des Fahrerlaubnis- und Fahrlehrerrechts
76. Gesetz zur Änderung des Vermessungsgesetzes und anderer Gesetze

77. Gesetz zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts
78. Gesetz über die Weiterentwicklung des Verbands Region Stuttgart
79. Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundessozialhilfegesetz
80. Gesetz zur Änderung des Kammergesetzes
81. Gesetz zur Ausführung des Geflügelfleischhygienegesetzes und zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Fleischhygienegesetzes
82. Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg
83. Gesetz zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften
84. Gesetz zur Änderung des Sparkassengesetzes für Baden-Württemberg
85. Gesetz zur Einführung des maschinell geführten Grundbuchs sowie zur Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit und des Landesjustizkostengesetzes
86. Gesetz zum Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung des Landesmediengesetzes
87. Gesetz über die Landesversicherungsanstalt Baden-Württemberg (Landesversicherungsanstaltsgesetz)
88. Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 (Staatshaushaltsgesetz 2000/01)
89. Gesetz zur Änderung des Landespflegegesetzes
90. Gesetz zur Umwandlung des St.-Vincentius-Vereins Karlsruhe
91. Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes, des Landesrichtergesetzes, des Ernennungsgesetzes und des Gesetzes über den Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg
92. Gesetz zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen
93. Gesetz zur Änderung des Landesdatenschutzgesetzes und anderer Gesetze
94. Gesetz zu dem Protokoll zur Änderung des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen
95. Gesetz zur obligatorischen außergerichtlichen Streitschlichtung und zur Änderung anderer Gesetze
96. Gesetz zur Errichtung der Fachhochschule Stuttgart – Hochschule der Medien
97. Gesetz zur Änderung eingliederungsrechtlicher Vorschriften
98. Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes
99. Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg
100. Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes
101. Gesetz zur Erprobung elektronischer Bürgerdienste unter Verwendung der digitalen Signatur (e-Bürgerdienste-Gesetz)

102. Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Bildung einer gemeinsamen Einrichtung nach § 6 Abs. 1 Satz 7 des Abfallverbringungsgesetzes
103. Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes
104. Gesetz zur Änderung des Heilberufe-Kammergesetzes
105. Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2000/2001
106. Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 96/82/EG des Rates vom 9. Dezember 1996 zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen
107. Gesetz zur Änderung des Versorgungsrücklagegesetzes
108. Gesetz zur Änderung des Mittelstandsförderungsgesetzes
109. Gesetz zur Neuorganisation der Führungsakademie des Landes Baden-Württemberg
110. Gesetz zum Fünften Rundfunkänderungsstaatsvertrag, zur Änderung des Landesmediengesetzes und zur Aufhebung von Rechtsvorschriften
111. Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung Baden-Württemberg
112. Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes
113. Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Meldegesetzes
114. Gesetz zur Errichtung der UMEG, Zentrum für Umweltmessungen, Umwelterhebungen und Gerätesicherheit Baden-Württemberg
115. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen für Baden-Württemberg
116. Gesetz über die Medienzentren (Medienzentrengesetz)
117. Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes
118. Gesetz über die Weiterentwicklung der Regionen und zur Änderung des Landesabfallgesetzes
119. Gesetz über die Unterbringung besonders rückfallgefährdeter Straftäter (Straftäter-Unterbringungsgesetz – StrUBG)
120. Gesetz zur Neuorganisation der Naturschutzverwaltung und zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes